

UNIVERSITÄTSSTADT

TÜBINGEN

VERWALTUNGSBERICHT FÜR DAS KALENDERJAHR

1954

Stadtarchiv
Tübingen
UM
252a
4

•UM 252a14

W 53/4

UNIVERSITÄTSSTADT
TÜBINGEN



VERWALTUNGSBERICHT

1954

UM
252a
4

UNIVERSITÄTSSTADT

TÜBINGEN

VERWALTUNGSBERICHT FÜR DAS KALENDERJAHR

1954



HERAUSGEGEBEN VOM BÜRGERMEISTERAMT
TÜBINGEN

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Vorwort</i>	5	Schauspielkunst	33
<i>Einführung</i>	7	Universität	33
<i>Bauwesen</i>	9	Städt. Volksbücherei	34
Stadtplanung	9	Archiv	34
Hochbau	10	Städt. Sammlungen	35
Tiefbau	14	Hölderlinhaus	36
Stadtvermessung	18	Jugendarbeit	36
		Leibesübungen	37
<i>Finanzwesen</i>	19	<i>Liste der Tagungen und Kongresse</i>	38
Allgemeines	19	<i>Verkehrswesen</i>	38
Haushaltsplan 1954	19	Allgemeines	38
Schulden	21	Fremdenverkehr	39
Liegenschaftsverwaltung	22	<i>Stadtwerke</i>	40
Steueramt	22	Strom	40
Stadtkasse	23	Gas	42
<i>Wohnungsamt</i>	24	Wasser	42
<i>Sozialarbeit</i>	25	Bäder	43
Förderung der Jugend	25	<i>Öffentliche Einrichtungen</i>	44
Öffentliche Fürsorge und Wohlfahrtspflege	26	Feuerlöschwesen	44
Lastenausgleich	26	Land- und Forstwirtschaft	44
Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestellten-Versicherung	27	Veterinärwesen	44
Altersheime	27	<i>Verwaltungsämter</i>	45
Gemeindekrankenpflegestationen	28	Hauptamt	45
Kindergärten	28	Standesamt und Rechtsamt	46
Friedhöfe	28	Rechnungsprüfungsamt	47
<i>Schulwesen</i>	28	Amt für öffentliche Ordnung	47
Schulgeld und Schulkosten	28	<i>Lustnau und Derendingen</i>	48
Schulbesuch	29	<i>Personalwesen</i>	49
<i>Kulturpflege</i>	30	<i>Aus Bürgerschaft und Verwaltung</i>	50
Allgemeines	30	<i>Anhang</i>	51
Volkshochschule	32	Reden aus Anlaß der Verabschiedung der Herren Oberbürgermeister Dr. Mühlberger und Stadtdirektor Asmuß	51
Amerikahaus und Centre d'Etudes Françaises	32	Übersicht über die Rahmenplanwerke des Stadtmessungsamts	60
Denkmalschutz	32		
Musik	32		
Bildende Kunst	33		

Bearbeitung: Bürgermeisteramt Tübingen

Druck: Tübinger Chronik, Druckerei- und Verlagsgenossenschaft eGmbH, Tübingen

Klischees: Graphische Kunstanstalt Erich Maurer, Tübingen

Fotos: Barth 17, 41, 42; Göhner 4, 11, 12, 16, 17, 18, 27, 31, 36, 37; Hell 35; Helle 4, 15; Jäggle 34; Kleinfeldt 38; Kocher 4; Metz 13, 41; Queißner 11; Schwöbel 33



W 53/4



DR. WOLF MÜLBERGER
Oberbürgermeister von 1949–1954



GUSTAV ASMUS
Stadtdirektor von 1948–1954

VORWORT

Für das Jahr 1954 legt das Bürgermeisteramt wiederum den nachstehenden VERWALTUNGSBERICHT vor. Er ist, wie in den Vorjahren, gekennzeichnet durch eine weitere stetige Vorwärtsentwicklung unserer Universitätsstadt auf baulichem, sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Diese Weiterentwicklung vollzog sich unter der bewährten Leitung der Herren Oberbürgermeister DR. WOLF MÜLBERGER und Stadtdirektor GUSTAV ASMUS und in bester Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und den städtischen Ämtern.

Auf Schluß des Jahres 1954 endete die Amtszeit von Oberbürgermeister Dr. Mülberger und am 1. Dezember 1954 die Tätigkeit von Stadtdirektor Asmuß, der einem Ruf des Städteverbands Baden-Württemberg als dessen Hauptgeschäftsführer gefolgt ist.

Am 30. Dezember 1954 wurden beide Herren, Dr. Mülberger und Asmuß, in der öffentlichen Gemeinderatssitzung in Anwesenheit von Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller, Regierungspräsident Dr. Walser und Sr. Magnifizenz Prof. Dr. Arnold, des derzeitigen Rektors der Universität, verabschiedet. Es wurde ihnen für ihre verantwortungreiche Tätigkeit gedankt und ihre in sechsjähriger gemeinsamer Amtszeit erworbenen Verdienste wurden eingehend gewürdigt.

Die bei dem Abschied gehaltenen bemerkenswertesten Reden sind am Schluß dieses Verwaltungsberichts enthalten. An der Jahreswende 1954/55 möchte auch die Stadtverwaltung an dieser Stelle den beiden ausgeschiedenen Herren für die erfolgreiche Zusammenarbeit und für alles in den letzten sechs Jahren erwiesene Wohlwollen den herzlichsten Dank sagen.

Dem neuen Stadtvorstand HERRN OBERBÜRGERMEISTER GMELIN gilt der Gruß der Verwaltung mit den besten Wünschen für eine ersprießliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit im neuen Jahre und in den künftigen Jahren zum Wohle unserer „guten Stadt“ Tübingen und ihrer Bevölkerung.

Tübingen, an der Jahreswende 1954/55.

Bürgermeisteramt.

EINFÜHRUNG

Wenn dieser Verwaltungsbericht in die Hände der Bürgerschaft gelegt wird, dann sind 10 Jahre verflossen seit den wohl dunkelsten Stunden und Wochen unserer Stadtgeschichte. Wir wollen nicht darüber rechten, welches Jahrhundert unserer Stadt die tiefsten Wunden schlug und den Bürgern das schwerste Leid aufgebürdet hat – sei es die Feuersbrunst von 1280, über die der Chronist berichtet, die Stadt sei damals ausgelöscht worden, seien es die Kriegswirren unter der Regierung von Herzog Ulrich oder die Brandschatzungen der Reformationskriege. Eines wissen wir gewiß: im Jahre 1945 war die Not groß und der Schmerz übermächtig. Die meisten Väter und Söhne befanden sich in Gefangenschaft, viele waren gefallen. 7000 Verwundete lagen in den Tübinger Kliniken und Behelfslazaretten. Die dringendsten Bedürfnisse des Lebens konnten nicht mehr befriedigt werden. Ab Januar 1945 bis zum Tage der Besetzung am 19. April mußte 95mal Fliegeralarm gegeben werden. 29 Personen wurden durch Bombenangriffe getötet, 82 Häuser sind vollständig zerstört, 104 schwer und 600 leichter beschädigt worden. Noch am 17. April erhielt der Güterbahnhof 160 Volltreffer. Nachdem die ersten Tage der Besetzung vorüber waren, begann die Bürgerschaft mit den Aufräumungsarbeiten und, soweit es die lähmenden Einschränkungen erlaubten, mit dem Wiederaufbau. Nachdem die Besatzungsmächte frühere Aversionen zurückgestellt hatten und an deren Platz die Hilfe des Marshallplans treten ließen, stand der Weg offen für den Einsatz des Arbeitswillens der Bevölkerung.

In der Zeit seit der Währungsreform im Sommer 1948 konnten zahlreiche Aufgaben gelöst werden. Für das Jahr 1954 legt der vorliegende Bericht Zeugnis davon ab, was in diesem Jahr auf kommunalpolitischem Gebiet geschehen ist. Viele Wünsche mußten allerdings unberücksichtigt, manche Planung unausgeführt bleiben. Besonders auf dem Gebiet des Bauwesens harren entscheidende Fragen noch ihrer Bearbeitung, so beispielsweise die Fertigstellung der Pläne für Flächennutzung und Generalbebauung, die Altstadtsanierung und die Lösung zahlreicher Verkehrsprobleme. Die weiteren Bauabschnitte der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsschule und der Doppeltturnhalle im Ammertal sind in Angriff genommen. Der Plan für die neue Kläranlage auf dem rechten Neckarufer unterhalb Lustnau liegt jetzt vor und ein Bauprogramm für Kinderreiche wird zur Zeit beraten. Neben den verschiedenen Problemen der Innenstadt stehen diejenigen der Stadtteile von Lustnau und Derendingen. Darüber hinaus wird der Förderung und Ansiedlung von neuen Industrieunternehmungen besondere Beachtung geschenkt. Die ständig wachsende Bevölkerung erfordert von Gemeinderat und Stadtverwaltung immer neue Überlegungen zur Sicherstellung der steigenden Bedürfnisse. Der Abgabe städtischen Geländes für den Wohnungsbau müssen Neuerwerbungen gegenüberstehen. Die Stadtwerke haben durch vorausschauende Erweiterung ihrer Anlagen Gewähr zu bieten für die reibungslose Versorgung von Haushalt, Gewerbe und Industrie mit Strom, Gas und Wasser. Den weitgespannten Anforderungen, die an den arbeitenden Menschen gestellt werden, muß eine erhöhte Aufmerksamkeit der Träger der Sozialarbeit und des Gesundheitswesens entsprechen.

Auch die kulturellen Aspekte des Lebens dürfen von der Stadt nicht vergessen werden; eröffnen doch gerade sie oft den Zugang zu den höchsten Gütern der Menschheit. Sorgfältige Schulerziehung, gepflegte Erwachsenenbildung, Freistellung schöpferischer Kräfte sind unschätzbare Beiträge zur Entfaltung der Persönlichkeit. Pflege der Tradition und Erschließung der Gegenwart haben sich in kluger Ausgewogenheit zu ergänzen und mitzuwirken, das Antlitz der Stadt zu formen.

Die vielfältigen Aufgaben einer Gemeinde verlangen von der Spitze der Verwaltung große Leistungen. Alle eigenen Leistungen und Gaben würden freilich nicht hinreichen, um den gestellten Aufgaben gerecht zu werden, dürfte die Stadtverwaltung nicht auf Rat und Tat anderer Behörden rechnen. Sie hat an dieser Stelle der Landesregierung, dem Regierungspräsidium und dem Landratsamt, sowohl den leitenden Persönlichkeiten als auch deren Mitarbeitern, für die Förderung und das gewährte Vertrauen verbindlich zu danken. Die Stadtverwaltung richtet ferner ihren Dank an die Universität, an die französischen Dienststellen und an zahlreiche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Institutionen.

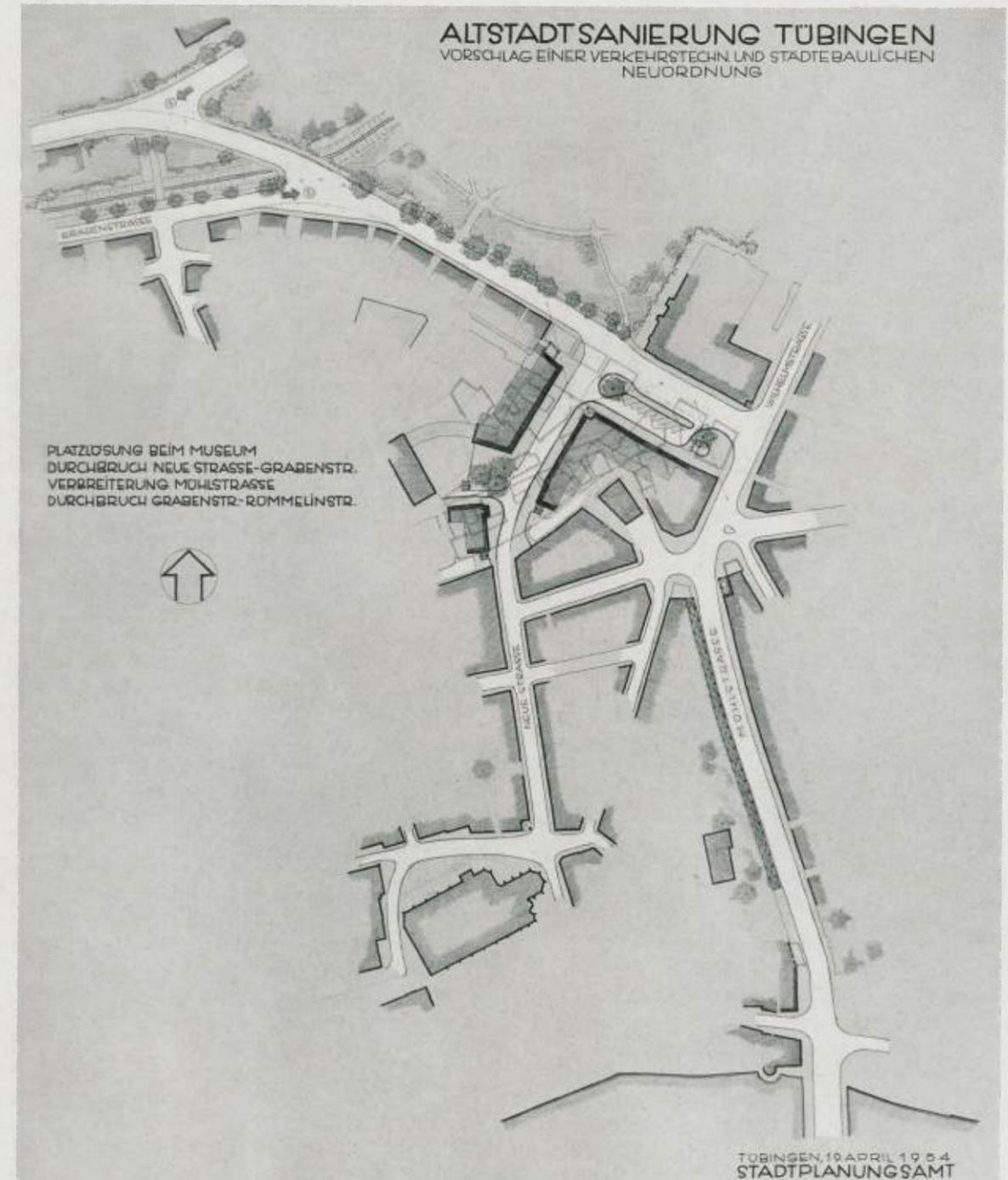
Tübingen grüßt die befreundeten Städte Bougie, Ivrea, Namur-Jambes und Monthey.

VOM PLANEN UND ERSCHLIESSEN

Für die bauliche Entwicklung eines Gemeinwesens ist die vorausschauende Planung und die rechtzeitige Geländerschließung eine der ersten und wichtigsten Voraussetzungen.

Das *Stadtplanungsamt* bemüht sich daher, das steigende Bedürfnis nach Gestaltung von Raum und Baugelände,

von nötigen Straßen und befriedigenden Verkehrsmöglichkeiten zu erfüllen. Die umfassenden Arbeiten für den *Flächennutzungsplan*, dem der *Bestandsplan* zugrunde liegt, sind in Arbeit. Voraussichtlich kann der Flächennutzungsplan im Jahre 1955 dem Gemeinderat vorgelegt werden.



Der Verkehr, unsere Hauptsorge

Um den großen Schwierigkeiten im Bereich des Lustnauer Tors und an der Einmündung der Grabenstraße in die Wilhelmstraße abzuhelfen, ist eine Altstadtsanierung zwischen Neue Straße und Grabenstraße geplant. Eng im Zusammenhang damit steht der Vorschlag, durch Anlage eines Verbindungsstückes zwischen Grabenstraße (bei der Gaststätte „Ritter“) und Rümelinstraße die Verkehrsverhältnisse hinsichtlich des Ein- und Ausfallverkehrs zur Bundesstraße Nr. 28 einer wesentlichen Neuordnung zu unterziehen, und zwar einerseits im Zuge Rheinland-, Westbahnhof-, Keltern- und Grabenstraße und andererseits der Herrenberger Straße. Auf diese Weise würden gleichzeitig im wichtigen Bereich der Innenstadt ein neues Geschäftszentrum geschaffen und bisher ungelöste Verkehrsprobleme verbessert werden. Dieser Vorschlag fand die grundsätzliche Zustimmung des Gemeinderats. Infolge großer Bauvorhaben am Hechinger Eck mußte an eine detaillierte Verkehrsplanung an dieser Stelle gegangen werden. Schon 1952 wurde vom Stadtplanungsamt eine Kreisverkehrslösung vorgeschlagen, zu der jetzt weitere Untersuchungen angestellt werden, um den künftigen Verkehrsbedürfnissen Rechnung zu tragen.

Neuer Wohnraum

Durch den Bau neuer Institute (Virusforschungsinstitut Prof. Traub) auf der Waldhäuser Höhe entsteht in die-

sem Gebiet ein großer Wohnbedarf. Aus diesem Grund wurde nach eingehenden Untersuchungen geologischer, verkehrstechnischer und struktureller Art ein Bebauungsplan für dieses Gebiet ausgearbeitet, der etwa 400 Wohnungen für rund 1700 Menschen vorsieht. Vermutlich wird die Bautätigkeit in diesem Gebiet schon bald beginnen. Im Zusammenhang damit steht die Planung einer neuen tangentialen Verkehrsverbindung Stadtgebiet – Waldhäuser – Schönblick – Sand – Stadtgebiet. Weitere Planungen wurden bearbeitet für die Wohngebiete Hasenbühl, an der Rappenberghalde, im Gebiet Schwanzer, an der Rathstraße, an der Friedrich-Zundelstraße, an der Vogthaldenstraße und auf dem Kreuz sowie eine Vorplanung des Gebiets „Feuerhägle“. Für die Gebiete „Feuerhägle“ und „Untere Viehweide“ – „Waldhäuser“ sind Modelle im Maßstab 1:1000 und 1:500 in Arbeit, außerdem ein Modell des ganzen Stadtbereichs im Maßstab 1:10 000. Dieses Modell stellt eine wesentliche topographische Grundlage für den entstehenden Flächennutzungsplan dar. Weitere Ortsbaupläne wurden gefertigt und genehmigt; bei anderen läuft das Genehmigungsverfahren oder werden bearbeitet und demnächst zur Feststellung kommen. Für zahlreiche Bauvorhaben von Industrie, Universität, Kirchen usw. wurde die Beratung des Stadtplanungsamts nötig. Dazu kamen die laufenden Beratungen und Beurteilungen sowie Arbeiten auf dem Gebiet der Baupflege.

DIE STADT WÄCHST – AUS DER ARBEIT DES HOCHBAUAMTS

Die Bautätigkeit im Jahre 1954 war noch größer als im vergangenen Jahr. Die Aufgaben konnten nur erfüllt werden unter Anspannung aller Kräfte des örtlichen Bauhandwerks. Unter den *Bauten des Landes* werden besonders erwähnt diejenigen für die Universität (Neubau, Vergrößerung und Ausbau der bestehenden Institute, Ausbau des Faser-Forschungsinstitutes, früher Phrix-Konzern, Südwestfunk Studio Tübingen, des Studentenheims), unter den *Bauten des Bundes*: das Forschungsinstitut Traub, Bauten der Besatzungsmacht (Schulneubau, Economat, Wohnungsbau), Industriebauten usw.

Gegen Ende des Jahres machten sich Anzeichen auf Verknappung von Material, weitgehende Verlängerung der Lieferungsstermine und Anziehen der *Holzpreise* bemerkbar.

Der *private Wohnungsbau* – soweit die Stadt finanziell wesentlich beteiligt ist – wurde wiederum wie im Vorjahr ausschließlich durch die *Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Tübingen m. b. H.* als Bauträger ausgeführt. Entwurf und Bauleitung der Wohnungsbauten lagen in Händen von Tübinger Privatarchitekten, da dem Hochbauamt die notwendigen technischen Arbeitskräfte fehlten. Der Schwerpunkt der Planung und Bautätigkeit des Hoch-

bauamts lag in diesem Jahr bei den *öffentlichen Gebäuden*. Im Rahmen des Umzugs der Verwaltung wurden im Rathaus bauliche Veränderungen vorgenommen und eine Auskunftsteilung geschaffen, außerdem wurde die Fernsprechanlage vergrößert. Es ist geplant, die *Stadtkasse* in die Ladenräume des französischen Economats, Am Markt 1, zu verlegen und die alten Räume zum Sitzungssaal auszubauen. Auf die Renovierung der *Südfront* des Rathauses und auf die Freilegung alter Malereien wird in dem Bericht des Kulturamts eingegangen. Nach Fertigstellung des ersten Bauabschnitts des Technischen Rathauses konnte der Umzug der Technischen Ämter im Juli 1954 erfolgen. Der zweite Bauabschnitt des Technischen Rathauses, in dem Räume für die *Stadtbücherei* neu geschaffen werden sollen, ist im Rohbau fertig. Im Zusammenhang mit der Verlegung des Amtes für öffentliche Ordnung in die *Silberburg* wurden auch dort kleinere Umbauten vorgenommen. In sämtlichen *Schulen* wurden weitgehende Instandsetzungsarbeiten durchgeführt (z. B. Erneuerung von 17 Klassenzimmern, Befestigung der Schulhöfe usw.). Besonders zu erwähnen ist eine Instandsetzung der schadhafte Tragkonstruktion im *Kirchstraßenschulhaus Lustnau* und der

Eingangshalle
im Technischen Rathaus
Brunnenstraße



Einbau neuer Lehrmittlräume und einer Spülabortanlage. Für die *Mittelschule* wurde eine Klasse im Industriesaal eingerichtet, die übrigen Klassen sind zur Zeit in den alten Schulgebäuden untergebracht. Im *Wildermuth-Gymnasium* wurden vier von der Besatzungsmacht freigegebene Klassenzimmer neu eingerichtet. Ein Erweiterungsbau des *Kepler-Gymnasiums* auf dem alten Baggerplatz an der Uhlandstraße ist geplant. In dem Neubau für die *Gewerbliche und Kaufmännische Berufsschule* wurde der Innenausbau einschließlich Heizung und Beleuchtung ausgeführt. Rund 2000 qm sind als Werkstattgebäude mit zehn geschlossenen Abteilungen

für die einzelnen Berufe bebaut worden. Für die künstlerische Ausgestaltung des Giebels und den Neubau eines Brunnens im Innenhof wurden zwei Wettbewerbe veranstaltet. Die Erneuerung des *Frauenarbeiterschulgebäudes*, Schulberg 10–12, ist mit zehn Klassen, Lehrerzimmer, Nebenräumen und Hausmeisterwohnung fertiggestellt worden. Der Rohbau der *Doppelturnhalle im Ammertal* soll bis Februar 1955 fertiggestellt sein. Die Halle wird folgende Räume umfassen: Zwei Sporthallen mit je 16,65 × 24,5 m, die zu einem großen Raum zusammengesetzt werden können. Ein Bühnenraum 8 × 18 m, der gleichzeitig als Turn-

Neubau
der Gewerblichen
und Kaufmännischen
Berufsschule an der
Primus-Truber-Straße.
1. Bauabschnitt



fläche benützt werden kann. Ein Gymnastikraum, ein Konferenz- und Singzimmer, Auskleide- und Waschräume, zwei Lehrerzimmer, Hausmeisterzimmer, Garderoben, und Hausmeisterwohnung. Die Kosten für den Bau, der am 15. August 1954 begonnen wurde und 6000 cbm Erdaushub, 85 t Stahl für die Konstruktion erfordert und eine Fläche von 1730 qm umfaßt, betragen etwa 900 000 DM. Das Wirtschaftsgebäude des *Pauline-Krone-Heims* wurde um- und ausgebaut, im Alt- und Mittelbau wurden Zentralheizung und gleichzeitig Gemeinschaftsräume eingerichtet.

Der neuerbaute *Kindergarten* an der Hallstattstraße (Sofie-Haug-Kindergarten), der 80-100 Kindern Platz bietet, wurde Ende November mit vier Spielzimmern und einer Fläche von 130 qm in Betrieb genommen.

Im *Freibad* wurde auf der Spielwiese beim Planschbeken ein neues Umkleidehaus für die Mütter mit Kindern gebaut.



Für die *Stadtwerke* errichtete das Hochbauamt auf Markung Lustnau bei der Firma Braun & Kemmler ein *Schaltbaus*. Außerdem wurden Ausbau- und Unterhaltungsarbeiten in zahlreichen *stadteigenen Gebäuden* durchgeführt. Das Gebäude Haaggasse 35 wurde abgebrochen und dafür ein neues Wohn- und Geschäftshaus, in dem die Freibank untergebracht werden wird, erstellt.

Im Schaukasten der Stadt beim Kommödle wurden 21 Ausstellungen der Stadt und weiterer Institutionen, wie Universität, Landestheater, Segelflieger, Foto-Amateure, Briefmarkenverein, Südwestfunk, Singschule usw. gezeigt. Neben all diesen Arbeiten hatte das Hochbauamt wie alljährlich Brennmaterial, Reinigungsmaterial und Möbel aller Art für Verwaltung, Schulen, Heime usw. zu besorgen.

Sozialer Wohnungsbau 1954

(Bericht des sachbearbeitenden Hauptamts)

Während Südwürttemberg-Hohenzollern im Rechnungsjahr 1953 noch 28 Millionen DM öffentliche Bauförderungsmittel erhielt, waren für das Baujahr 1954 nur elf Millionen DM zugeteilt. Von dieser Summe war ein großer Teil zweckgebunden für Sowjetzonenflüchtlinge, Lastenausgleichsberechtigte, Umsiedler, Besatzungsverdrängte usw. Mindestens die Hälfte dieser Bauförderungssumme sollte für die Schaffung von Eigenheimen und Stockwerkseigentum Verwendung finden.

Mit den im Baujahr 1954 der Universitätsstadt Tübingen zugeteilten Mitteln im Betrag von 1 500 000 DM konnten 246 Wohneinheiten bei einem Verteilungsschlüssel von durchschnittlich 6000 DM je Wohneinheit gefördert werden.

Die geförderten Wohnbauvorhaben gliedern sich wie folgt auf:

a) nach Bauherren:	WE
Mietwohnungen von Wohnungsunternehmen und privaten Bauherren	171
Erwerbshäuser von Wohnungsunternehmen	20
Eigenheime von privaten Bauherren	55
	<u>246</u>
b) nach Bindungen:	
aa) für Neusiedler (Umsiedlung von Land zu Land)	48
bb) für Sowjetzonenflüchtlinge	54
cc) für Binnenumsiedler	51
dd) für Lastenausgleichsberechtigte	15
	<u>168</u>
c) somit stehen für den <i>allgemeinen Wohnungsbau</i> noch zur Verfügung die Mittel für	78
	<u>gibt wieder 246</u>

Sofie-Haug-Kindergarten an der Hallstattstraße

Von den im allgemeinen Wohnungsbau geförderten 78 WE entfallen auf die *bevorrechtigten* Personenkreise:

Schwerbeschädigte und Kriegshinterbliebene	17
Spätheimkehrer	8
Landesbedienstete (Post, Eisenbahn, Zoll)	30
nichtbevorrechtigte Personenkreise	23

ÖFFENTLICH GEFÖRDERTER WOHNUNGSBAU

Folgendes Bild gestattet einen Vergleich des öffentlich geförderten Wohnungsbaues in den Baujahren 1949 bis einschließlich 1954:

Jahresprogramm	Zahl der geförderten WE	Gesamtbetrag der Darlehen DM	Darlehen je WE durchschnittlich DM	Geförderte WE je 1000 Einwohner	Gesamtherstellungskosten je WE (50 qm) DM
1949	180	871 600	4800	4,5	12 000
1950	384	3 260 768	7950	9	13 500
1951	+ 62 Einzel. 187				
	+ 46 Einzel. + Finanz.Hilfe	1 655 000	8070	4,7	16 000
1952	286				
	+ 11 Einzel.	2 446 000	8300	7,2	17 000
1953	288				
	Instandsetz.-Darl. u. kleine Baumaßnahmen	68 000	—	—	—
1954	246				
	+ 40 Ein-Zimmer-Wohnungen	2 080 000	6000	5,6	17 000
	Instandsetzungsdarlehen				

Somit konnten von 1949 bis heute insgesamt *1 571 WE* mit öffentlichen Mitteln in Höhe von rund *13 Millionen DM* gefördert werden.

Für den gesamten Förderungsbetrag hat die Universitätsstadt Tübingen in jedem Einzelfall gegenüber der Württ. Landeskreditanstalt nach dem Wohnungsbürgschaftsgesetz die Ausfallbürgschaft übernommen.

Aufbaudarlehen

Im Rahmen des Lastenausgleichsgesetzes sind für den Wohnungsbau von Geschädigten und Heimatvertriebenen wiederum besondere Mittel bereitgestellt worden. Die Anträge auf Gewährung von Aufbau- bzw. Arbeitsplatzdarlehen werden bei der Zweigstelle des Kreisausgleichsamtes Tübingen in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt bearbeitet.



Diözesan-Siedlung im Neubaugebiet am Fuß des Galgenbergs



Instandsetzungsdarlehen

Zur Durchführung dringender Instandsetzungen an Altwohngebäuden wirtschaftlich schwacher Hauseigentümer stehen im laufenden Jahr 37 000 DM zur Verfügung.

Aus der Tätigkeit des Bauordnungsamtes

Die Bautätigkeit, besonders die der Wohnungsbaugenossenschaft, war in diesem Jahr reger als in den Jahren 1950—1953. Nachstehend nennen wir einige Zahlen, um wenigstens einen kurzen Überblick zu geben:

Bei der *Baupolizei* wurden 348 Baugesuche eingereicht, von denen 337 genehmigt wurden. Von den genehmigten Baugesuchen entfallen auf:

Wohnbauten	131 Gesuche
Gewerbl. und Industriebauten	66 Gesuche
Öffentliche Bauvorhaben	17 Gesuche
Wohngebäude, Garagen, Ein-, Auf- und Umbauten	123 Gesuche

DAS TIEFBAUAMT UND SEINE VIELSEITIGEN AUFGABEN

Auch das Städt. Tiefbauamt ist im Juli 1954 in das neu erstellte Gebäude an der Brunnenstraße umgezogen. Die Räumlichkeiten im *Technischen Rathaus* bieten jetzt ausreichend Platz für das gesamte Personal des Tiefbauamts, auch sind die einzelnen Arbeitsplätze viel günstiger als bisher.

Im Jahre 1954 betrug der Anteil der vom Tiefbauamt bewirtschafteten Mittel am Gesamtaufkommen der Stadt im *ordentlichen Haushalt*:

an Einnahmen: 1 222 880 DM = 10,9 Prozent	der Gesamteinnahmen
an Ausgaben: 2 841 130 DM = 25,5 Prozent	der Gesamtausgaben.

Der Anteil des Tiefbauamts in den Vorjahren am *ordentlichen Haushalt* betrug:

1952	Einnahmen: 11,82 Prozent
	Ausgaben: 24,54 Prozent
1953	Einnahmen: 11,18 Prozent
	Ausgaben: 23,30 Prozent.

Im *außerordentlichen Haushalt* werden vom Tiefbauamt in Einnahmen und Ausgaben 1 968 000 DM bewirtschaftet. Bei einer Gesamtplansumme von 4 662 000 DM der Stadt in Einnahmen und Ausgaben beträgt der Anteil des Tiefbauamts 42,41 Prozent. Der Anteil des Tiefbauamts am *außerordentlichen Haushalt* belief sich im Jahre

1952	auf 43,21 Prozent
1953	auf 26,30 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil des Tiefbauamts am *außerordentlichen Haushalt* um rund 16 Prozent gestiegen.

An *Wohnungsbauten* wurden im Jahr 1954:

a) fertiggestellt und bezogen	370 Wohnungen
mit einem Bauaufwand von	7 270 000 DM
b) im Rohbau erstellt	299 Wohnungen
mit einem Bauaufwand von	5 480 000 DM
c) von der Besatzungsmacht erstellt	6 Wohnungen
mit einem Bauaufwand von etwa	250 000 DM

Das sind zusammen 675 *Wohnungen* mit einem Aufwand von etwa 13 Millionen DM. Außerdem wurden Bauten für die Wirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe mit einem Bauaufwand von etwa 950 000 DM erstellt.

In vielen Fällen mußte das Bauordnungsamt die *Baukontrolle* und die *Feuerschau* durchführen, ferner wurden Anträge auf gemeinderätliche *Verkehrswertschätzung* und *Grundsteuervergünstigung* für Wohnungsneubauten bearbeitet. Die *Bauregistratur* wurde auch in diesem Jahr von privaten Architekten und den städtischen Ämtern stark benützt. Seit 1. April 1954 ist dem Bauordnungsamt auch die *Mitwirkung bei der Preisbehörde für Mieten und Pachten* übertragen.

Von den Straßen

Der *Unterhaltungsaufwand* für die Ortsstraßen erfordert insgesamt einschließlich der Löhne 450 000 DM jährlich. Die vom Tiefbauamt zu unterhaltenden 8,8 km Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen und Landstraßen erster Ordnung und 3,4 km Ortsdurchfahrten von Landstraßen zweiter Ordnung blieben in diesem Jahr unverändert.

Im Zusammenhang mit der Straßenunterhaltung muß auf die laufend auftretenden *Panzerschäden* verwiesen werden. Für Panzerschäden wurden im Jahre 1954 21 047 DM vergütet. Seit 1945 wurden für 119 271 DM Schäden beim Entschädigungsgericht angemeldet. Davon wurden vom Entschädigungsgericht 56 848 DM übernommen, weitere 27 529 DM befinden sich noch im Ausstand. Von den nicht anerkannten 34 897 DM Panzerschäden sind beim Bund im Jahre 1954 zur Gewährung einer Bundesfinanzhilfe 12 097 DM angemeldet worden.

Folgende Straßen wurden neu gebaut:

	Aufwand:
Versorgungskrankenhaus, Zufahrtstraße	20 000 DM
Sternplatz, restlicher Ausbau	15 000 DM
Eberhardstraße, Randsteinsatz	12 500 DM
Hechinger Straße, Ausbau	9 200 DM
Mühlbachbrücke beim Rathaus in Derendingen	7 500 DM
Friedhof Lustnau, Herstellung eines Parkplatzes	6 000 DM
Untere Schaffhausenstraße	90 000 DM
Zufahrtstraße zur Firma Braun & Kemmler, Erweiterung	13 600 DM
Zusammen:	173 800 DM

Im Ausbau befinden sich:

Schnarrenberg, Auffahrtstraße zu den Kliniken	350 000 DM
Geländeerschließung Hechinger Eck und Steinlach	92 000 DM
Erschließung Virusforschungsinstitut	30 000 DM
Primus-Truber-Straße, Ausbau	15 000 DM
Mühlstraße, neuer Gehweg bei Schnaith	13 000 DM
Zusammen:	500 000 DM

Noch auszuführen sind:

Friedrich-Zundel-Straße	15 000 DM
Erbreiterung Wilhelmstraße	30 000 DM
Verkehrsteiler Reutlinger-Eberhardstraße	12 100 DM
Mörikestaffel	16 700 DM
Hasenbühl-Erschließung	14 500 DM
Neckarhalde, Erweiterung beim Stift	10 000 DM
Neckarhalde, Erweiterung beim Dekanat	10 000 DM
Schwabstraße, Ausbau	15 000 DM
Stuttgarter Straße, nördlicher Gehweg	12 000 DM
Völkerweg, Neubau	7 500 DM
Waldhörnlestraße, Ausbau	21 000 DM
Westbahnhofstraße, nördlicher Gehweg	6 500 DM
Omnibushaltestelle Lustnau	3 500 DM
Herstellung von Fußgängerfurten	15 000 DM
Bebenhäuser Straße, Erweiterung	170 000 DM
Zusammen:	358 800 DM

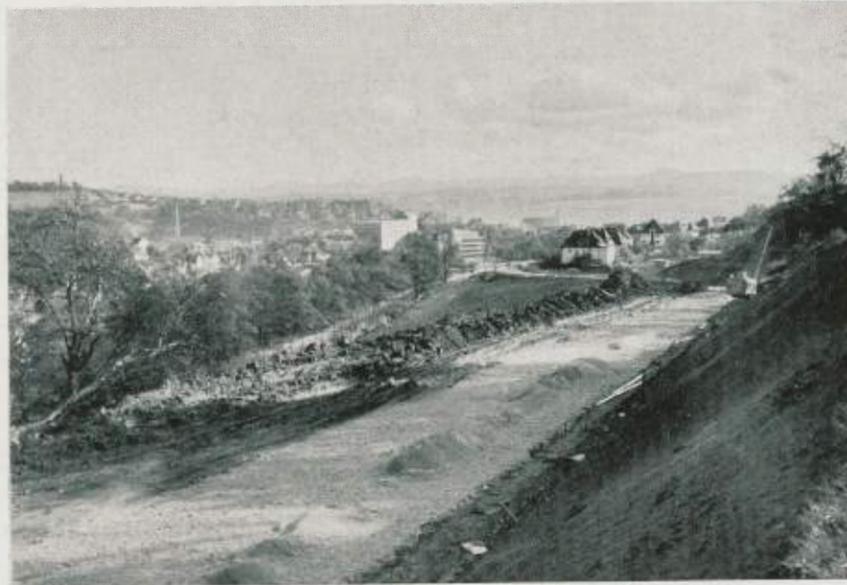
Durch den anhaltenden Wohnungsbau, die Erschließung von Gelände für Industrie und den zweifellos noch vorhandenen Nachholbedarf ist das Tiefbauamt nach wie vor mit all seinen Kräften restlos ausgelastet. Der Nachholbedarf dürfte aber in spätestens zwei Jahren abgewickelt sein, so daß sich das Amt dann in erster Linie auf die laufende Unterhaltung und die Erschließung von Wohnungs-Neubau- und Industriegebieten konzentrieren kann. Im Rahmen der Straßenunterhaltung wurden 1954 eine 500-Liter-*Teermaschine* für den Ortsteil Lustnau mit einem Aufwand von rund 4000 DM und eine 250-Liter-*Handteermaschine* mit einem Aufwand von etwa 2000 D-Mark beschafft.

Der Bestand an *stadteigenen Walzen* wurde durch eine 3-t-Gehwegwalze mit einem Aufwand von rund 14 000 D-Mark erweitert.

Der *Steinbruch Reusten* arbeitet seit dem 1. Januar 1954 ausschließlich für den Bedarf der Stadt; durch die Einstellung des Verkaufes an Dritte wird eine *Steuereinsparung von etwa 10 000 DM* jährlich erzielt. Mit der neuen Brecheranlage können statt bisher etwa 10 000 cbm jähr-



Sternplatz, Eugenstraße, Eberhardstraße



Bau der Straße
zum Schnarrenberg

lich je nach Bedarf bis zu 20 000 cbm gefördert werden. Im ersten Halbjahr 1954 konnte die Produktion auf 10 800 cbm gesteigert werden. Diese Steigerung war bedingt durch den starken Bedarf für Straßenneubauten und die Straßenunterhaltung. An Neuanschaffungen ist eine Bosch-Bohranlage für 2500 DM vorgesehen. Die Rentabilität des Steinbruchs konnte in den letzten Jahren wesentlich gesteigert werden.

Wasserläufe, Wasserbau und Uferschutz

Der Anteil der Stadt an den vom Wasserbauamt Reutlingen derzeit durchgeführten *Neckaruferunterhaltungsarbeiten* zwischen Lustnau und Kirchentellinsfurt wird etwa 10 000 DM betragen.

Nachstehende Arbeiten wurden vom Tiefbauamt bereits in Angriff genommen oder werden demnächst begonnen werden:

	Aufwand:
Ausräumung der Steinlach	6500 DM
Herstellung eines Uferpflasters am Weilersbach	3500 DM
Ausräumung der Ammer beim Schlachthaus	7000 DM
Ausräumung des Käsenbachs beim Fernheizwerk	3000 DM
Backofen, Befestigung der Bachsohlen	7500 DM
Zusammen:	27 500 DM

In der Verwaltung des *Städt. Bauhofs* wurde mit einem Aufwand von rund 1000 DM eine Taylorix-Buchführung eingerichtet. Zur Vervollständigung der Großgeräte ist die Anschaffung eines Kompressors um rund 7500 DM vorgesehen.

Stadtentwässerung und Kläranlagen

Der ständig steigende Anfall an Abwässern veranlaßte den Gemeinderat, den *Neubau einer Kläranlage* zu beschließen, die etwa 1,5 Millionen DM kosten wird. Die

Ausarbeitung der Planunterlagen ist bereits der Firma Südd. Abwasserreinigungsgesellschaft Steinle & Co., GmbH, Ulm a. D., übertragen. In diesem Zusammenhang wird zur Entwässerung des südlichen Stadtgebiets ein *neuer Sammelkanal* mit einem Aufwand von rund 1,3 Millionen DM erforderlich. Die Arbeiten für den Sammelkanal, der eine Länge von 3,2 km erhalten wird, sind bereits in Angriff genommen; 2 km Rohre sind schon verlegt. Mit dem Abschluß der Arbeiten kann im März 1955 gerechnet werden.

Neben dieser Großbaustelle wurden folgende *Kanalbauten* vom Tiefbauamt durchgeführt:

	Aufwand:
Burgholzweg	12 000 DM
Kanalstraße Derendingen	4 000 DM
Breuningstraße	3 500 DM
Fronsbbergstraße	3 800 DM
Köstlinstraße	15 000 DM
Schwärzlocher Straße	30 000 DM
Julius-Wurster-Birkenstraße	22 500 DM
Zusammen:	90 800 DM

Im Bau befinden sich:

	Aufwand:
Kanal Virusforschungsinstitut	41 300 DM
Kanal Friedrich-Zundel-Straße	8 700 DM
Kanal Heinrichsweg	8 500 DM
Kanal Schwabstraße	12 000 DM
Kanal Waldhäuser Straße	50 000 DM
Kanal Schnarrenberg	87 000 DM
Zusammen:	207 500 DM

Noch auszuführen sind:

	Aufwand:
Kanal Stellegraben	15 000 DM
Kanal Wennfelder Garten	15 400 DM
Kanal Aule-Rathstraße	7 000 DM
Kanal Am Apfelberg	20 000 DM

Übertrag 57 400 DM

	Übertrag 57 400 DM
Kanal Hasenbühl-Goesstraße	9 000 DM
Kanal Mohlstraße	13 000 DM
Kanal Steinbößstraße	24 400 DM
Kanal Sieben-Höfe-Straße	32 000 DM
Sammelkanal im Schwanzer zwischen Herrenberger Eisenbahnbrücke u. Hirschauer Straße einerseits und Neckarhalde und Neckar andererseits	42 000 DM
Eindolung der Ammer zwischen Krumme Brücke und Schweickhardtscher Mühle	105 500 DM
Zusammen:	283 300 DM

Für die Kläranlage ist außerdem ein Sandfangräumer mit rund 8500 DM in Auftrag gegeben und ein Kanalentgaser zu 4000 DM bestellt.

Straßenreinigung und Müllbeseitigung

Geplant sind eine neue Abortanlage an der Alleenbrücke mit einem Aufwand von rund 13 000 DM, die Anschaffung eines neuen Fahrgestells für einen Fäkalienwagen zu rund 38 000 DM, die Anschaffung einer neuen Teermaschine für 41 000 DM und die Anschaffung eines Müllwagens mit rund 35 000 DM Aufwand. Die übrigen Einnahmen und Ausgaben bewegen sich auf der gleichen Höhe wie in den Vorjahren.

Fuhrpark

Im Jahre 1954 wurde der Bestand an Fahrzeugen um einen 6-t-Lkw-Kipper (32 000 DM) und einen Volkswagen (6000 DM) ergänzt. Ein weiterer Pkw (Wagen des Stadtvorstandes) ist mit einem Aufwand von rund 14 000 D-Mark verplant.

Die Einnahmen und Ausgaben bewegen sich in der Höhe der Vorjahre. Der Wagenbestand blieb gleich, die er-



Bau des neuen Schwemmkanals
für das Südgebiet der Stadt

wähnten Beschaffungen waren als Ersatz für abgängige Fahrzeuge notwendig. Auch der Personalstand hat sich gegenüber dem Vorjahr mit einem Kraftfahrzeugmechanikermeister, einem Mechaniker und zwölf Kraftfahrern nicht verändert.

Die *Park- und Gartenanlagen* erforderten wie in den Vorjahren einen Aufwand von rund 95 000 DM. Personelle Veränderungen sind nicht eingetreten. Besonders zu erwähnen ist:

	Aufwand:
Die Herrichtung des Schloßgartens Ost	etwa 7000 DM
Die Instandsetzung des Volksgartens	2000 DM
Die Herrichtung der Anlage beim Arbeitsamt	800 DM
Zusammen:	9800 DM

Die *Brunnen* im Stadtgebiet erforderten wieder einen Aufwand von rund 2800 DM, obwohl keine besonderen Renovierungsarbeiten oder Neubauten vorgenommen



Eindolung des Gutleuthausbachs
in der Köstlinstraße



Östlicher Schloßgarten

wurden. Eine Untersuchung über die stillgelegten alten Brunnen und ihre erneuerte Inbetriebnahme ist durchgeführt.

Die Umlegung im Gebiet des Galgenbergs konnte abge-

schlossen werden; zur Restfinanzierung hat die Stadt den Betrag von 25 000 DM zur Verfügung gestellt.

Die Bauratschreiberei

Die Bauratschreiberei, die im Sommer 1954 ebenfalls in das Technische Rathaus umgezogen ist, hat außer der Führung des Baulastenbuches Abt. I und II die *Anlieger- und Dolenbeiträge* sowie die *Schwemmkanalgebühren* und die *Hausgebühren* (für die Straßenreinigung und Müllabfuhr) zu berechnen und anzufordern.

In der Berichtszeit wurden von der Bauratschreiberei veranlagt:

<i>Anliegerbeiträge</i> in 179 Fällen	etwa	72 000 DM
<i>Dolenbeiträge</i> in 193 Fällen	etwa	79 000 DM
<i>Schwemmkanalgebühren</i> in etwa 1800 Fällen	etwa	195 000 DM
<i>Hausgebühren</i> (Gebühren für die Straßenreinigung und Müllabfuhr) in etwa 4800 Fällen	etwa	187 000 DM
	insgesamt:	etwa 533 000 DM

EINBLICK IN DIE ARBEIT DES STADTMESSUNGSAMTES

Die starke Bautätigkeit und der lebhaft Grundstücksverkehr haben das Stadtmessungsamt erheblich beansprucht. In seiner Stellung als Glied zwischen Planung und Bauausführung, Grundbuch- und Liegenschaftsverwaltung, mußte es durch rasche und zuverlässige Arbeit die Unterlagen für Planung und Bauausführung sowie für die notwendigen rechtsgeschäftlichen Verträge schaffen. Aus den vielseitigen Arbeiten soll hier im einzelnen folgendes angeführt werden:

Auf dem Gebiet der *Katastervermessung* waren 140 Fälle in 67 Meßurkunden zu erledigen, teils im Auftrag der Liegenschaftsverwaltung, teils des Staates und privater Bauherrschaften; ferner waren acht Grenzbestimmungen zu machen. Weitere 21 Vermessungen, darunter umfangreiche Straßenvermessungen sind in Arbeit. 100 Neubauten wurden vermessen und im Kataster fortgeführt. Insgesamt wurden etwa 1100 *Lagepläne* gefertigt. Für 130 Baugesuche wurden Geländeschnitte gefertigt. Die Bauten wurden teilweise wiederholt örtlich abgesteckt und nach Beendigung der Grabarbeiten die Schnurgerüste eingeschnitten. Auch für Vorgartenmauern und andere Bauten wurden die Fluchtlinien angegeben und Schnurgerüste eingeschnitten.

Zur Erhaltung der Stadtvermessung und für den Ausbau des *Rahmenplanwerks* wurden Liniennetzpunkte festgelegt und verlorengegangene Liniennetze wieder hergestellt. Auch wurden mehrere Rahmenpläne kartiert und

davon lichtpausfähige Mutterpausen gezeichnet. Im Rahmenplanwerk, das übrigens von städtischen Dienststellen und privater Seite lebhaft benützt wird, so daß die jahrelange Arbeit und das investierte Kapital sich jetzt bezahlt machen, wurden die umfangreichen Änderungen fortlaufend nachgetragen. Im Anschluß an das bereinigte Bundeshöhennetz 1951 wurde das *Höhennetz* in den verschiedensten Teilen der Stadt weiter ausgebaut. Von diesem Arbeitsgebiet der Stadtvermessung erfahren wir nur durch die Höhenmarken, die manchmal an Häusern, meistens wenig erkennbar, angebracht sind.

Ein weiterer Arbeitszweig ist die *Tiefbauvermessung*, die natürlicherweise in enger Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt erfolgen muß. Hier wurden im Berichtsjahr für Kanalbauten etwa 1800 lfdm, für Gas- und Wasserleitungsbauten etwa 8600 lfdm, für Kabelbau etwa 4000 lfdm vermessen. Weitere tiefbautechnische Vermessungen für den Straßenbau, Brücken- und Wegeabsteckung, Randstein-, Gelände- und Höhenaufnahmen mußten durchgeführt werden.

Als Grundlage für die Berechnung der *Anliegerleistungen* wurden umfangreiche Pläne über Straßenbauten und Randsteinsatz gefertigt und ergänzt. Verschiedene *Ortsbaupläne* mußten gefertigt, Grunderwerbspläne hergestellt und Arbeiten für Grundstücksschätzungen und Steuerbewertungen erledigt werden.

DER FINANZHAUSHALT UNSRER STADT

Allgemeines

Gesunde Steuerquellen, sparsame Haushaltsführung und zweckdienliche Verwendung der verfügbaren Mittel sind die Grundlagen für eine nutzbringende Arbeit der Stadtverwaltung. Oberbürgermeister, Gemeinderat und Amtsvorstände müssen dauernd unterrichtet sein über die von vielen Faktoren abhängige Finanzlage der Stadt, um jederzeit und rasch die Kommunalpolitik den Erfordernissen der Finanzlage anpassen zu können. Strenge Gewissenhaftigkeit bei Überwachung der Einnahmen und geschmeidige Schwerpunktbildung auf der Ausgabenseite müssen zusammenwirken, um die nötige Stetigkeit und Solidität der auf lange Fristen angewiesenen Verwaltungsarbeit sicherzustellen.

Rückblick auf das Vorjahr

Um die gewünschte Übersicht zu gewährleisten wurde der Rechnungsabschluß 1953 schon in der Auslaufperiode des Rechnungsjahres 1953 gefertigt und das Ergebnis bereits am 26. Juli 1954 dem Gemeinderat bekanntgegeben.

Das *Rechnungsjahr 1953* hat abgeschlossen im *ordentlichen Haushalt*

in den Einnahmen mit	11 809 563.95 DM
in den Ausgaben mit	11 968 600.86 DM
somit Fehlbetrag	159 036.91 DM

In einem Nachtrag zum ordentlichen Haushaltsplan 1954 wird dieser Fehlbetrag auf der Ausgabenseite veranschlagt. Damit erfolgt seine Abdeckung im Rechnungsjahr 1954. Durch den zeitigen Rechnungsabschluß 1953 waren eine befriedigende Ausgangsposition und förderliche Unterlagen für das Rechnungsjahr 1954 geschaffen.

Der Haushaltsplan 1954

Mit den Vorarbeiten für die Aufstellung des Haushaltsplanes 1954 wurde wiederum frühzeitig begonnen. Es war möglich, die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben

Bezeichnung des Einzelplanes	Gesamteinnahmen	%	Gesamtausgaben	%	Zuschuß (-) Überschuß (+)
0 Allgemeine Verwaltung	192 860	1.5	730 610	5.8	— 537 870
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	39 000	0.3	328 675	2.6	— 289 675
2 Schulen	395 280	3.1	2 384 875	18.9	— 1 989 595
3 Kultur	6 325	0.1	216 625	1.7	— 210 300
4 Fürsorge und Jugendhilfe	2 210 000	17.5	2 642 310	21.0	— 432 310
5 Gesundheitswesen und Jugendpflege	52 180	0.4	123 505	1.0	— 71 325
6 Bau- und Wohnungswesen	790 075	6.3	2 560 205	20.3	— 1 770 130
7 Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	727 710	5.8	1 927 620	15.3	— 1 199 910
8 Wirtschaftliche Unternehmen	1 069 050	8.5	146 360	1.2	+ 922 690
9 Finanzen und Steuern	7 111 140	56.5	1 532 715	12.2	+ 5 578 425
zusammen	12 593 500	100.0	12 593 500	100.0	

(Vgl. die Übersicht auf Seite 20)

1954 dem Gemeinderat schon am 12. April 1954 zur Beschlußfassung vorzulegen.

Der *Haushaltsplan* wurde festgesetzt

im *ordentlichen* Haushaltsplan

in Einnahmen und Ausgaben auf je 11 144 500 DM

im *außerordentlichen* Haushaltsplan

in Einnahmen und Ausgaben auf je 4 662 000 DM

Leider waren wichtige Positionen zur Zeit der Beschlußfassung noch nicht bekannt. Insbesondere waren die Verhandlungen über den Finanzausgleich zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Gemeinden noch nicht zu Ende geführt.

Nach langwierigen Verhandlungen im Landtag von Baden-Württemberg ist schließlich am 22. Juli 1954 das für die kommunalen Finanzen so wichtige *Gesetz über den Finanzausgleich zwischen dem Land und den Gemeinden* sowie den Gemeindeverbänden in Baden-Württemberg beschlossen worden.

Der Gemeinderat wurde am 4. Oktober 1954 im Rahmen des vorgeschriebenen *Zwischenberichts* über alle erheblichen Änderungen der Einnahmen und Ausgaben und über die Auswirkungen des Finanzausgleichsgesetzes 1954 unterrichtet.

Nachtragshaushaltsplan 1954

Durch den am 20. Dezember 1954 vom Gemeinderat beschlossenen Nachtragshaushaltsplan für 1954 erhöhten sich im *ordentlichen* Haushalt

die Einnahmen und Ausgaben um je 1 449 000 DM
auf je 12 593 500 DM

im *außerordentlichen* Haushalt

wurden die Einnahmen und Ausgaben
um je 144 775 DM
auf je 4 517 225 DM

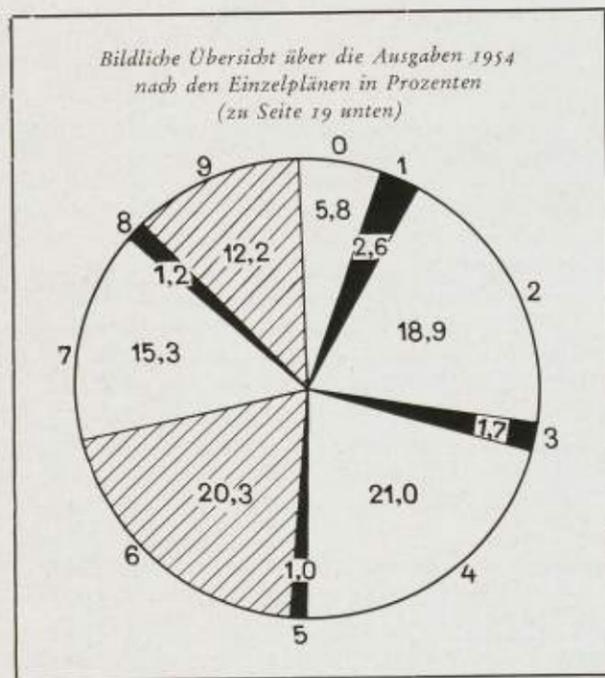
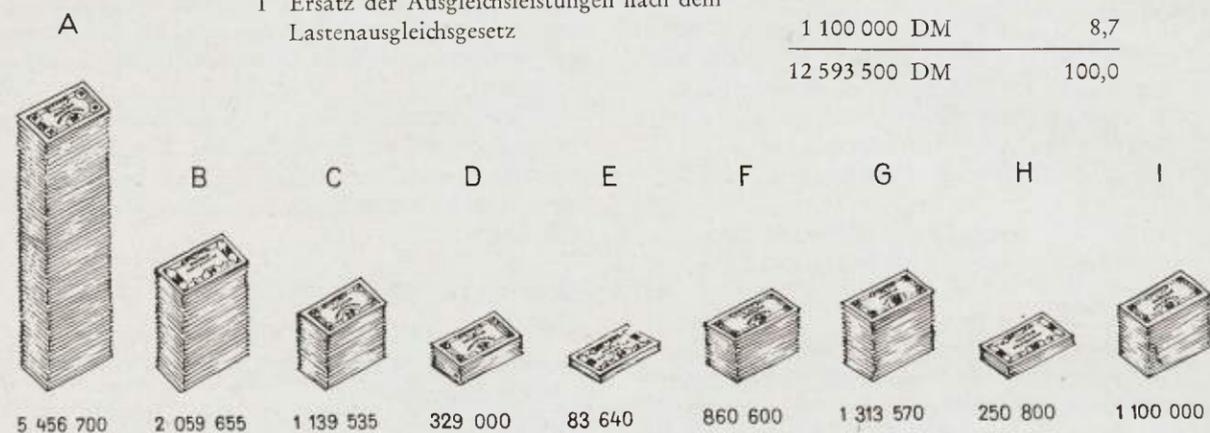
gekürzt.

Die Aufteilung auf die Einzelpläne 0—9 des Haushalts zeigt nachstehende Übersicht:

QUERSCHNITT DURCH DEN

Einnahmen-
seite

		In Prozent der Gesamteinnahmen
A Eigene Steuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Getränke- steuer, Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Einwohnersteuer)	5 456 700 DM	43,3
B Zuweisungen von Bund, Land, Kreis usw.	2 059 655 DM	16,4
C Gebühren, Beiträge und gebührenartige Entgelte	1 139 535 DM	9,0
D Verpflegungsgelder des Bürger- und Pauline-Krone-Heims	329 000 DM	2,6
E Schul- und Kursgelder	83 640 DM	0,7
F Ablieferungen der Stadtwerke an Kon- zessionsabgabe und Gewinn	860 600 DM	6,8
G Andere Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	1 313 570 DM	10,5
H Einnahmen aus Vermögensbewegung	250 800 DM	2,0
I Ersatz der Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz	1 100 000 DM	8,7
	<u>12 593 500 DM</u>	<u>100,0</u>



Der außerordentliche Haushalt

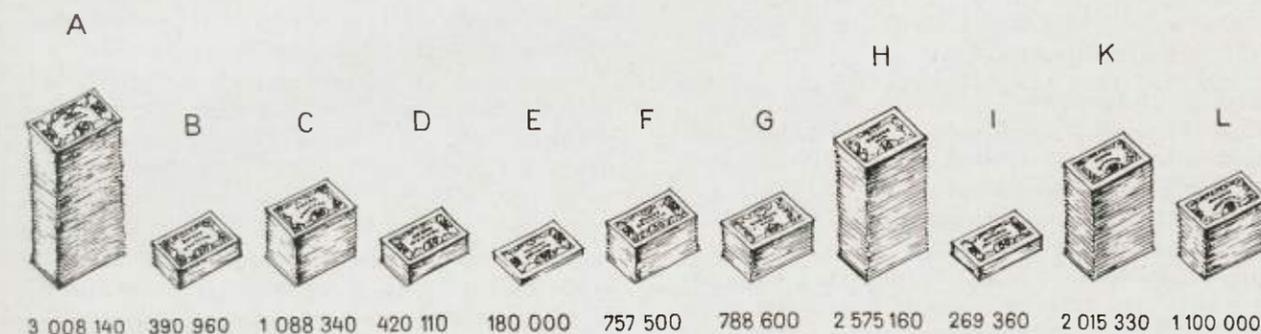
Es ist bemerkenswert, daß die Ausgaben der Vermögensbewegung gegenüber den Vorjahren infolge der Erhöhung der sächlichen und persönlichen Ausgaben zurückgingen. Für die Vorhaben, welche in früheren Jahren beschlossen und bereits in Angriff genommen sind, waren weitere Mittel zu veranschlagen. Es handelt sich um:

Neubau der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsschule	Aufwand:
— II. Bauabschnitt —	1 300 000 DM
Erweiterung der Kläranlage	
— II. Bauabschnitt —	740 000 DM
Dazu kamen folgende neue Vorhaben:	
Neubau einer Doppelturnhalle für die Volksschulen im Westen der Stadt	
— I. Bauabschnitt —	400 000 DM
Erweiterung des städt. Bauhofs	170 000 DM
Geländerschließungen:	
Auffahrtsstraße zum Schnarrenberg	350 000 DM
Kanäle zum Schnarrenberg	90 000 DM
(beides für den Neubau der Universitätsklinik).	

ORDENTLICHEN HAUSHALTSPLAN

Ausgaben-
seite

		In Prozent der Gesamtausgaben
A Persönliche Ausgaben	3 008 140 DM	23,9
B Zuweisungen und Umlagen an Land, Kreis usw.	390 960 DM	3,2
C Lehrstellenbeiträge	1 088 340 DM	8,7
D Kreisverbandsumlage	420 110 DM	3,3
E Gewerbesteuerausgleichszuschüsse	180 000 DM	1,4
F Fürsorgeleistungen	757 500 DM	6,0
G Anteilsbeträge an den a. o. Haushaltsplan	788 600 DM	6,3
H Andere sächliche Ausgaben	2 575 160 DM	20,4
I Schuldendienst (Zins und Tilgung)	269 360 DM	2,1
K Ausgaben der Vermögensbewegung (ohne Schuldentilgung)	2 015 330 DM	16,0
L Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz	1 100 000 DM	8,7
	<u>12 593 500 DM</u>	<u>100,0</u>



Ferner mußten 128 000 DM für die Erschließung des Geländes zwischen Hechinger Eck und der Steinlach veranschlagt werden.

Die Rücklagen

Das Rücklagen-Soll beträgt auf Schluß des Rechnungsjahres 1954 voraussichtlich	1 146 170 DM
Der Bestand verteilt sich auf	
Betriebsmittelrücklage	375 000 DM
Allg. Ausgleichsrücklage	240 000 DM
Bürgschaftssicherungsrücklage und Tilgungsrücklagen	104 000 DM
Erneuerungs-, Erweiterungs- und Sonderrücklagen	398 370 DM
Rücklageähnliche Gelder	
— Einzahlungen auf Bausparverträge —	28 800 DM
Zusammen	<u>1 146 170 DM</u>
Unter den Erneuerungs-, Erweiterungs- und Sonderrücklagen befindet sich u. a. die Rücklage für den Wohnungsbau für Kinderreiche und sozial Schwache mit	300 000 DM

und die Rücklage für den Neubau eines Kindergartens mit 66 000 DM. Beide Rücklagen konnten im Jahre 1954 aus Nachlieferungen an Konzessionsabgabe und Gewinn der Stadtwerke sowie aus erhöhten Finanzzuweisungen angesammelt werden. Sie werden im Jahre 1955 für den vorgesehenen Zweck verwendet.

Die Schulden

Auf Ende des Rechnungsjahres 1953 betrug der Schuldenstand der Stadt (ohne Stadtwerke)	3 188 566 DM
Im Laufe des Rechnungsjahres 1954 wurden aufgenommen	1 220 000 DM
getilgt wurden	124 075 DM
somit Zugang	<u>1 095 925 DM</u>
Schuldenstand auf Ende des Rechnungsjahres 1954	4 284 491 DM
Hiezu kommen innere Anleihen 1954 mit	580 000 DM
somit Gesamtschuldenstand auf 31. 12. 1954	<u>4 864 491 DM</u>

Die <i>Schulden der Stadtwerke</i> betragen auf 31. 12. 1954	3 617 632 DM
Davon entfallen auf	
äußere Schulden	1 018 332 DM
Schulden an die Stadt	
a) Leihgelder aus dem o. H.	819 300 DM
b) Übernahmeschuld der Bäder	780 000 DM
c) beteiligungsähnliche Darlehen	1 000 000 DM
ergibt wieder	—: 3 617 632 DM

Erfreulich ist, daß die städtischen Finanzen trotz der durchgeführten Bauvorhaben als gesund bezeichnet werden können.

Diese günstige Finanzsituation konnte aber nur erreicht werden durch die seitherige Zurückstellung vieler Vorhaben der Stadt und durch alljährliche erhebliche Kürzungen der von den städtischen Ämtern angeforderten Haushaltsmittel.

Lebhafter Grundstücksverkehr

Die Liegenschaftsverwaltung ist stets bemüht, Gelände aufzukaufen, um Bauplätze an private Bauherren und Gemeinnützige Wohnungsgesellschaften zum Bau von weiteren Wohnungen abgeben zu können.

Bei dem umfangreichen Bauprogramm im Jahre 1954 sah sich die Liegenschaftsverwaltung vor besonders schwierige Aufgaben gestellt. Die Verhandlungen mit den privaten Grundstücksbesitzern werden immer schwieriger. Die Tendenz einer Preissteigerung für die Bauplätze setzt sich fort.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 252 Verträge im Grundstücksverkehr abgeschlossen. Erworben wurden 19 ha Grundstücke mit einem Wert von 714 000 DM, darunter 1 ha Straßenflächen und 5 Gebäude. Verkauft wurden 14 ha Grundstücke mit einem Wert von 664 000 DM. Im Erbbaurecht, also vorwiegend für den Sozialen Wohnungsbau im engeren Sinne, wurden 3,50 ha Gelände im Wert von 169 000 DM abgegeben. Besondere Bauzentren haben sich am Galgenberg, Wennfelder Garten, am Hechinger Eck und im Aule in Lustnau entwickelt.

Besonders erwähnt sei der Verkauf von etwa 1 ha 90 a Gelände im Bereich des Hechinger Ecks an den Bund zum Bau von etwa 136 Austauschwohnungen für Besatzungsangehörige sowie von etwa 82 a im gleichen Gebiet an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Tübingen zum Bau von Wohnungen für Landesbedienstete.

Für den geplanten Bau eines Krankenhauses für Schwerunfallverletzte im Gewand Öschle wurden etwa 3 ha städtischen Grundbesitzes zur Verfügung gestellt.

Folgende Gebäude wurden von der Stadt erworben: die Wohnhäuser Beim Nonnenhaus 4, Kirchplatz 10 (in Lustnau) und Gartenstraße 12 (früheres Schwabenhaus), ferner die Scheuer Beim Nonnenhaus 12, die zum Abbruch bestimmt ist. Die baufälligen Häuser Lange Gasse 17 und

Haaggasse 35 wurden abgebrochen. Ein Schafstall im Wennfeld und eine Feldscheuer beim Gaswerk sind abgebrannt.

Die *Flurbereinigungen* Galgenberg und Ziegeltäle, an denen die Stadt mit beachtlichem Grundstücksbesitz beteiligt war, wurden Ende des Jahres abgeschlossen.

Der Grundbesitz der Stadt Tübingen

Von dem 4485,45 ha großen Gemeindegebiet sind 1699,06 ha Grundbesitz der Stadtgemeinde Tübingen.

Darunter befinden sich	
Waldungen	1001,87 ha
landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Grundstücke	311,19 ha
Straßen, Wege, Plätze	196,78 ha
sonstige unbebaute Grundstücke	67,19 ha
Bebaute Flächen	47,91 ha

Industrieansiedlung

Die *Ansiedlung weiterer Industriebetriebe* zur Hebung der Finanzkraft der Stadt wurde stark gefördert. Eine Kunstdruckerei- und Papierverarbeitungs-firma konnte endgültig für Tübingen gewonnen werden. Sie hat bereits mit ihren Bauten im Unteren Wöhrd begonnen. Weiter konnte die Textilfirma Rösch aus Bühl, Kreis Tübingen, im Bereich des Unteren Wöhrds angesiedelt werden. Mit der Ansiedlung dieser beiden Betriebe hat die Stadt ihr letztes größeres Vorratsgelände für die Ansiedlung von Industriebetrieben im Unteren Neckartal nördlich der Bahnlinie vergeben.

Sodann ist in diesem Zusammenhang noch zu erwähnen die Abgabe eines Bauplatzes an der Walter-Simon-Straße an die Firma Gebr. Gräter, Lackierwerkstätte, hier, die dort ein größeres Wohn- und Werkstattgebäude errichtet, sowie die Abgabe von Baugelände an die Firma Breitmaier in der Reutlinger Straße zur Erstellung einer größeren Reparaturwerkstätte.

Von den Steuern

Das *Steueramt* ist Ende Mai von der Silberburg in das Rathaus umgezogen. Die Raumverhältnisse sind durch Zuteilung weiterer Diensträume bedeutend verbessert worden.

Dank der verhältnismäßig guten Wirtschaftslage ist die konjunkturrempfindliche *Gewerbesteuer* auch im abgelauenen Kalenderjahr im erwarteten Umfang eingegangen. Neben den Gewerbesteuervorauszahlungen 1954 mit 2 300 000 DM sind nach heutiger Voraussicht an Nachholungen aus früheren Jahren (insbesondere aus 1952) rund 1 200 000 DM, zusammen also 3 500 000 DM angefallen.

Besonders erfreulich ist, daß die Finanzämter die Veranlagungsrückstände zum großen Teil aufgeholt haben. Die Veranlagung für das Kalenderjahr 1953 ist nahezu durchgeführt.

Mit dem Wegfall der hohen Gewerbesteuernachzahlungen aus früheren Jahren ist die Zahl der Stundungsgesuche neuerdings etwas zurückgegangen. Dieser Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Vorauszahlungen in letzter Zeit dem Aufkommen entsprechend festgesetzt worden sind.

Die Zahl der *Gewerbemeldungen* ist beträchtlich gesunken, gegenüber den 207 An- und 223 Abmeldungen im Vorjahr sind es nur noch 174 An- und 194 Abmeldungen. Da der größte Teil dieser An- und Abmeldungen das Wander-gewerbe betrifft, wirkt sich der Rückgang an steuerpflichtigen Gewerbebetrieben auf das Gewerbesteueraufkommen nicht aus.

Der Gewerbesteuerausgleich, der eine große Verwaltungsarbeit verursacht, sollte im Berichtsjahr auf eine neue Grundlage gestellt werden. Bis heute ist die Neuregelung noch nicht durchgeführt worden, so daß, wie in den Vorjahren wieder ein Kopfbetrag von 50 DM für jeden ausgleichspflichtigen Arbeitnehmer zu bezahlen ist.

So hatte die Stadt Tübingen an 56 gleichberechtigte Gemeinden insgesamt 189 800 DM Ausgleichszuschüsse zu leisten (für 3796 Personen je 50 DM). Sie erhielt von 25 Gemeinden insgesamt 24 650 DM (für 493 Personen je 50 DM).

Für die Handwerkskammer Reutlingen waren auch im vergangenen Jahr die Handwerkskammerbeiträge auf die einzelnen Betriebe umzulegen und einzuziehen. Die Umlage belief sich bei 731 Betrieben auf rund 15 500 DM.

Das im Haushaltsplan 1954 veranschlagte *Grundsteuer-aufkommen* in Höhe von 1 290 000 DM liegt um 44 000 DM über dem des Rechnungsjahres 1953. Bei der Veranschlagung der Grundsteuer für das Berichtsjahr konnte das auf Grund der regen Bautätigkeit zu erwartende Mehr-aufkommen nicht in voller Höhe angesetzt werden, da mit verschiedenen Ausfällen zu rechnen war. Diese Ausfälle beruhen auf der steuerlichen Begünstigung der neuerstellten Wohnbauten, der Neubewertung von Kanalbauten der Kraftwerke und der Freistellung des gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken dienenden Grundbesitzes.

Die Grundsteuerbegünstigung nach dem Ersten Wohnungsbaugesetz vom 25. 8. 1953 ist ab 1. 4. 1954 auf weitere 250 bezugsfertige Neubauten ausgedehnt worden. Des weiteren wurden im Berichtsjahr vom Finanzamt nachträglich weitere Teilbefreiungen des sogenannten Neuhausbesitzes ausgesprochen.

Nach dem heutigen Veranlagungsstand beträgt der jährliche Grundsteuerausfall 168 800 DM.

Die Getränkesteuer ist mit 180 000 DM (darunter Nachholungen 30 000 DM) veranschlagt worden. Der Landesverband des Hotel- und Gaststättengewerbes Südwürttemberg-Hohenzollern — Kreisstelle Tübingen — hat

erneut einen Antrag auf Abschaffung der Getränkesteuer gestellt.

Die Einwohnersteuer wird nach Hebesatz I erhoben. Der Plansatz mit 174 000 DM wird erreicht.

Die Vergnügungssteuer wird zu 80 Prozent von den Lichtspieltheatern aufgebracht. Insgesamt sind 170 000 DM veranschlagt.

Für die Hundesteuer sind 40 000 DM in Rechnung gestellt.

Wie im Vorjahr mußte eine Reihe von Einsprüchen und Beschwerden behandelt werden. Im allgemeinen wurden sie aber nach gründlicher Besprechung zurückgenommen; in einigen Fällen mußte die Innere und Technische Abteilung des Gemeinderats die Entscheidung treffen. Neben diesen Aufgaben hat das Steueramt noch die *Lohnsteuer-karten* auszuschreiben, die *Personenstandskartei* weiterzuführen, die *Urkartei des Finanzamts* zu ergänzen, die *Brand- und Sturmschadenumlage* für die Württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt zu fertigen und die Entschädigungsansprüche aus Brand- und Sturmschäden zu bearbeiten.

Die Steuerveranlagungen konnten im Berichtsjahr zu den vorgesehenen Terminen durchgeführt werden.

Gesteigerter Geldumlauf

Der Umsatz der Stadtkasse (bar und unbar) betrug im Rechnungsjahr 1954 rund 53 000 000 DM (im Vorjahr rund 51 000 000 DM). Die Zahl der Einnahmehbuchungen hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter erhöht. Im Vorjahr wiesen die beiden Maschinen 144 125 Buchungen auf, während diese Zahl im Rechnungsjahr 1954 auf 144 587 angewachsen ist.

In der Hauptferienzeit (Monate August bis September) wurde versuchsweise die Beitreibung weitgehend eingeschränkt. Die Folge war ein rasches Absinken der Einnahmen. Nur durch das Bestehen der Einheitskasse (Vereinigung der Sonderkasse der Stadtwerke mit der Stadtkasse) konnte die Aufnahme eines Kassenkredits verhindert werden. In den letzten Monaten des Rechnungsjahres mußte daher der Beitreibung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Erfolg blieb erfreulicherweise nicht aus. Es kann schon im jetzigen Zeitpunkt gesagt werden, daß die Ausstände auf Schluß des Rechnungsjahres nicht höher sein werden als in den Vorjahren.

Viel Sorge bereiteten die zahlreichen Amtshilfeersuchen fremder Kassen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Amtshilfeersuchen nahezu verdoppelt.

Der Rechnungsabschluß 1953 konnte schon auf 30. Juni 1954 gefertigt werden. Damit ist die Stadt Tübingen die erste Stadt Baden-Württembergs, die um diese Zeit bereits das endgültige Rechnungsergebnis vorliegen hatte. Die Verbundrechnung wurde weiter ausgebaut.

DAS WOHNUNGSAMT

Trotz der Hoffnungen der Väter des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes vom 31. 3. 1953 und des Landesgesetzes zur Ausführung dieses Gesetzes vom 14. 6. 1954 ist eine wesentliche Entspannung der Wohnungslage bis jetzt nicht eingetreten. Die Zahl der Wohnungssuchenden ist sogar weiter angestiegen. Es sind nun 3190 Familien in die Liste der Wohnungssuchenden eingetragen. Der Zugang von Wohnungsanträgen hält in unvermindertem Maße an. Dagegen ist die Zahl der vergebenen Wohnungen etwa gleich geblieben wie im Vorjahr.

Die Zahl von 3190 Wohnungsanmeldungen gibt jedoch noch kein genaues Bild über den tatsächlichen Wohnungsbedarf. Es soll nicht gesagt werden, daß zur Schaffung normaler Verhältnisse in Tübingen rund 3200 Wohnungen benötigt würden, aber auch wenn man, wie das Statistische Landesamt, nur einen Fehlbedarf von 2100 (Stand 1. 1. 1954) annimmt, so muß man feststellen, daß vorerst mit einer fühlbaren Entlastung nicht gerechnet werden kann, zumal sich auch in diesem Jahr die Neubautätigkeit des sozialen Wohnungsbaus weitgehend mit Sonderbauprogrammen befaßt hat, die großenteils Personenkreise treffen, die in der Liste der Wohnungssuchenden überhaupt nicht geführt werden.

Die neuen Gesetze haben für die in Tübingen angewandte Praxis keine umwälzenden Neuerungen gebracht. Schon vor dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen wurde auf Beschluß des Gemeinderats durch das Wohnungsamt eine weitgehende Verwaltungsvereinfachung geübt. Das Wohnungsamt hat heute dem Vermieter gegenüber nicht mehr wesentlich größere Rechte als ein Wohnungsvermittler. Es ist allerdings noch nicht so, wie vielfach angenommen wird, daß das Wohnungsamt heute *jedem* Zuteilungsantrag der Vermieter unbedingt entsprechen muß oder entsprechen kann. Selbstverständlich wird den Hausbesitzern in möglichst weitgehendem Umfang das Recht der Wahl des neuen Mieters gelassen. Wenn aber wichtige Gründe der Wohnraumbewirtschaftung gegen den vom Hausbesitzer benannten Mieter sprechen, so muß eine Ablehnung erfolgen. Im allgemeinen gelingt es, Ablehnungen auszusprechen, ohne Streitfälle hervorzurufen. Heute macht die Vergabe einer Wohnung oftmals mehr Schwierigkeiten und Arbeit als früher, wo man vom Vermieter verlangte, seine Auswahl aus einem ihm unterbreiteten Bewerbervorschlag zu treffen.

Auch bei dem jetzigen Verfahren kann ermöglicht werden, daß die Wohnungssuchenden einigermaßen nach der Dringlichkeit ihrer Anträge zum Zuge kommen. Etwa die Hälfte der Wohnungsvergaben erfolgt auf Grund von Vorschlägen der Vermieter, während der anderen Hälfte Bewerbervorschläge des Wohnungsamtes zugrunde liegen. Der Prozentsatz der förmlichen Zuweisungen ist ganz gering. Als „Zuweisung“ sollen dabei nur die Fälle bezeichnet werden, in denen in gewissem Umfang ein Zwang ausgeübt werden muß.

Nicht zu bestreiten ist, daß die Auflockerung der Wohnungszwangsbewirtschaftung, die mit den neuen Gesetzen angestrebt wird, für eine sehr erhebliche Zahl von Wohnungssuchenden Nachteile bringt. Es handelt sich dabei insbesondere um sozial schwache Familien und um solche mit mehreren Kindern. Diese sind heute noch schwieriger unterzubringen als früher. Eine wirkliche Entlastung tritt nur ein, wenn von öffentlicher Seite die Initiative zum Wohnungsbau ergriffen und dabei speziell für diese Wohnungssuchenden gebaut wird. In diesem Sinn hat der Gemeinderat Ende 1954 bereits den Bau von 48 Wohnungen beschlossen.

Seit 1. 7. 1954 sind Wohnungsabteilung und Wohnungsausschuß aufgelöst. Die Aufgaben des Wohnungsausschusses nimmt die Innere Abteilung des Gemeinderats wahr.

Die Zahl der dringenden Wohnungsfälle einschließlich der gerichtlichen Räumungstitel und der unzumutbaren Mieter liegt ständig zwischen 250 und 300. Die Dringlichkeitsliste wird laufend ergänzt. Das Wohnungsamt sorgt dafür, daß in der Regel nur Wohnungssuchende, die in die Dringlichkeitsliste eingetragen sind, bei der Wohnraumvergabe zu berücksichtigen sind. Die Entscheidung, welcher Fall in die Dringlichkeitsliste gehört, ist nicht leicht zu treffen. Das Wohnungsamt ist sich auch völlig klar darüber, daß es nur *versuchen* kann, so gerecht als möglich zu urteilen.

Zur Zeit kann den vielen Wünschen, die an das Wohnungsamt herangetragen werden, unmöglich termingemäß entsprochen werden. Ein großer Teil von Wohnungssuchenden, die von auswärts nach Tübingen ziehen wollen, wird zunächst entweder die tägliche Fahrt nach Tübingen in Kauf nehmen müssen oder von der Familie getrennt in einem möblierten Zimmer in Tübingen untergebracht sein. Die auswärtigen Wohnungssuchenden machen mindestens ein Drittel der Gesamtzahl aus.

Trotz der vielen Schwierigkeiten ist es gelungen, Beschwerden beim Regierungspräsidium oder gar Klagen beim Verwaltungsgerichtshof weitgehend zu vermeiden. Die erhobenen Beschwerden wurden teilweise wieder zurückgezogen, zum Teil auch zurückgewiesen.

Von der Besatzungsmacht beschlagnahmt sind noch 126 Wohnungen und 43 Einzelzimmer. Die für Herbst 1954 vorgesehene Freigabe von 100 Wohnungen ist noch nicht erfolgt, weil das Ersatzwohnungsbauprogramm erheblich verspätet in Gang gebracht wurde. Mit Freigaben wird deshalb nicht vor Ende 1955 in größerem Umfang gerechnet werden können.

Für Besatzungsverdrängte sind wiederum 37 Wohnungen gebaut worden. Zehn von diesen 37 Wohnungen wurden von Besatzungsverdrängten in Anspruch genommen, die übrigen wurden anderweitig vergeben.

Insgesamt wurden 616 Wohnungen und Teilwohnungen vergeben. Sie verteilen sich auf die einzelnen Personengruppen wie folgt:

	Neubau	Altbau	Zusammen
Heimatvertriebene	51	3	54
Zonenflüchtlinge	41	3	44
Spätheimkehrer	4	19	23
Spätestheimkehrer	4	1	5
Universität	7	9	16
Räumungsurteile	5	16	21
Besatzungsverdrängte	10	7	17
Regierungspräsidium	15	6	21
Industrie	5	7	12
Baukostenzuschuß	36	8	44
Politisch Verfolgte	1	1	2
Stufe II	7	55	62
Stufe III	28	175	203
Sonstige Fälle	34	58	92
Zusammen:	248	368	616

Von diesen 616 Wohnungen entfallen auf:

	Neubau	Altbau	Zusammen
Tübingen-Stadt	212	297	509
Tübingen-Lustnau	32	38	70
Tübingen-Derendingen	4	33	37
Zusammen:	248	368	616

DIE SOZIALE ARBEIT DER STADT TÜBINGEN

Die Sozialarbeit kann nur teilweise durch Zahlen dargestellt werden, erschöpft sie sich doch nicht nur im Bewilligen und Auszahlen mehr oder weniger kleiner Geldbeträge. Der Schwerpunkt muß vielmehr in dem Bestreben liegen, den Hilfesuchenden Rat zu geben und sie durch geschickte, nicht von ausschließlich finanziellen Erwägungen geleitete Maßnahmen wieder auf eigene Füße zu stellen und sie unabhängig von der öffentlichen Wohlfahrt zu machen. Solche Maßnahmen, Verhandlungen und Bemühungen sind aber nicht im Bilde oder in der Statistik festzuhalten. Guter Rat und helfende Hände müssen in der Stille gegeben und gereicht werden.

Wenn also in den folgenden Ausführungen Zahlen erscheinen, dann ist die Unvollständigkeit solcher Berichterstattung offenbar. Bei der Betrachtung dieser Zahlen muß auch beachtet werden, daß nur ein kleinerer Teil aus städtischen Haushaltsmitteln in Anspruch genommen wird. So entfallen von den Gesamtausgaben des Sozialamts rund 91 Prozent zu Lasten des Bundes, des Landes, des Kreisverbands und anderer Verbände. Die Ausgaben des Ausgleichsamts werden voll vom Ausgleichsfonds getragen. Alle diese Ausgaben sind aber öffentliche Mittel, die von der Wirtschaft aufgebracht und deshalb vorsichtig verwaltet werden müssen.

Die lebhafteste Gesetzgebung auf dem Gebiet des Fürsorge-, Lastenausgleichs-, Versorgungs- und Versicherungsrechts, insbesondere bezüglich der Höhe der einzelnen Leistungen, brachte in den vergangenen Monaten enorme Arbeit

Auch in diesem Jahr ist wiederum ein Wohnraumschwund zu verzeichnen, der sich nicht vermeiden ließ und sich auch in weiterer Zukunft nicht vermeiden lassen wird.

Es sei noch erwähnt, daß seit April 1954 das förmliche Zuteilungsverfahren für möblierte Einzelzimmer aufgehoben ist. Die Benutzungsgenehmigung gilt mit Erfüllung der polizeilichen Meldepflicht als erteilt. Es kann ohne weiteres festgestellt werden, daß diese Auflockerung möglich war. Der Bedarf an möblierten Zimmern kann im allgemeinen ohne Schwierigkeit gedeckt werden. Allerdings ist zuzugeben, daß die neu nach Tübingen kommenden Studenten am Semesterbeginn teilweise Unterkunftssorgen haben. Dies hat sich aber auch schon in früheren Jahren nicht verhindern lassen, und diese zu Semesterbeginn manchmal vorhandenen Sorgen konnten im allgemeinen später behoben werden. Eine von verschiedenen Seiten befürchtete Abwanderung von Studenten ist jedenfalls nicht in einem Umfang eingetreten, der zu ernsthaften Befürchtungen Anlaß geben könnte. Es hat sich im Grundsatz bewährt, daß man den Vermietern möblierter Zimmer jetzt freie Hand läßt.

durch notwendige Umrechnungen, Überprüfungen und Umstellungen laufender sowie die Bearbeitung neuer Anträge.

Wie schon im Vorjahr, so ist auch heuer wieder auf die sehr starken Bemühungen von Bund, Land und Gemeinden zugunsten unserer *Jugend* hinzuweisen. Die Zahl der beim Sozialamt und Ausgleichsamts eingereichten Anträge auf Erziehungsbeihilfen nach dem Bundesversorgungsgesetz, dem Lastenausgleichsgesetz u. a. Vorschriften, ist weiter im Ansteigen. Im Jahre 1954 sind an 781 Jugendliche insgesamt 444 585 DM zur Erziehung und Erwerbsbefähigung ausgezahlt worden. Davon entfallen allein auf Studierende 295 034 DM.

Durch die Kasse des Sozialamts wurden an Fürsorge- und Ausgleichsleistungen insgesamt 3 161 377 DM in 24 232 Einzelbeträgen bar oder unbar ausbezahlt.

Die öffentliche Fürsorge und freie Wohlfahrtspflege

Die derzeitigen monatlichen Fürsorgesätze mit

- 55 DM für einen Alleinstehenden
- 48 DM für einen Haushaltsvorstand
- 34 DM für Haushaltsangehörige über 16 Jahren
- 29 DM für Haushaltsangehörige unter 16 Jahren plus monatlicher Miete

sind an der Grenze des Erträglichen. Das Sozialamt war deshalb bemüht, der schlimmsten Not durch Gewährung einmaliger Beihilfen zur Beschaffung von Kohlen und

Holz, Kleidung und Schuhwerk abzuholen. Leider war es trotz äußerster Anstrengung des Fürsorgefachpersonals nicht möglich, die so notwendige Einzelbetreuung durch Hausbesuche im erwünschten Umfang durchzuführen. Es ist deshalb besonders dankbar anzuerkennen, daß Privatpersonen und andere Verbände durch geeignete Hinweise das Sozialamt auf unverschuldete Not und verschämte Arme aufmerksam gemacht haben. Trotzdem wird es sich nicht vermeiden lassen, schon in Bälde eine Verstärkung des Fürsorgefachpersonals und eine Erweiterung der Diensträume herbeizuführen.

Die *Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen* machten von den Möglichkeiten der Kapitalisierung ihrer Versorgungsrenten und der Darlehensaufnahme bei der Württ. Landeswohlfahrtskasse wieder recht regen Gebrauch. In insgesamt 69 Fällen konnten 105 868 DM vermittelt werden und dadurch manches Vorhaben, wie Hausbau, Existenzgründung oder Möbelbeschaffung, überhaupt erst ermöglicht werden. Ebenso hat die Hauptfürsorgestelle Tübingen durch Vermittlung des Sozialamts 79 Fälle mit 33 377 D-Mark einmalige Unterstützungen an die sonderbetreuten Kriegsblinden, Ohnhänder, Pflegezulageempfänger und Hirnverletzten bewilligt. Außerdem ist zahlreichen Kriegerwaisen und Kindern von Schwerbeschädigten ein Erholungsaufenthalt in Hallwangen, in verschiedenen Solbädern und in Brissago am Lago Maggiore ermöglicht worden.

Auch das Versorgungsamt Rottweil hat zahlreichen Kriegsoffizieren in Härtefällen durch einmalige Beihilfen geholfen. Auf Grund des *Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes* sind schon über 1000 Anträge eingegangen. Soweit die Antragsteller Heimkehrer aus den Jahren 1953 und 1954 waren, konnten ihre Anträge schon im Monat Juli 1954 beschieden werden. Die Anträge der übrigen Heimkehrer werden zur Zeit verwaltungsmäßig so vorbereitet, daß nach Ausschüttung weiterer Mittel jederzeit die Auszahlung erfolgen kann.

Zu unserem Bedauern sind seit dem 2. Januar 1954 *keine Kriegsgefangenen* mehr in unsere Stadt heimgekehrt. Wir beklagen immer noch das Schicksal von elf Männern, die im Osten oder Westen noch hinter dem Stacheldraht oder in Gefängnissen sein müssen. Die Stadt versucht, in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz durch monatliche Übersendung sorgfältig ausgelesener Geschenkpakete das Schicksal der Gefangenen etwas zu lindern. In der *Kriegsgefangenengedenkwoche* und zu Weihnachten ist ihren Angehörigen, soweit sie in Tübingen wohnen, ein gleiches Paket zugegangen. Wir hoffen sehr, daß wir in Bälde die letzten Gefangenen bei uns begrüßen dürfen.

Die in Gemeinschaft mit den freien Wohlfahrtsverbänden im Vorjahr aufgebaute „*Zentrale Betreuungsstelle für Durchreisende*“ hat sich sehr bewährt und wurde von der Stadt und dem Kreis nach Kräften unterstützt. Ihrer Tätigkeit ist es zu verdanken, daß viele durchreisende, nicht selbständige Jugendliche von unüberlegten Schritten noch rechtzeitig zurückgehalten, wohnungsmäßig untergebracht und in Arbeit vermittelt werden konnten. In die-

sem Zusammenhang darf dankend der segensreichen Tätigkeit der hiesigen Verbände der *freien Wohlfahrtspflege* sowie des *Jugendsozialwerkes* mit seiner männlichen Gruppe in der Eugenstraße und der Frauengruppe in der Gartenstraße gedacht werden. Die gute Zusammenarbeit mit diesen Stellen sowie mit dem Arbeitsamt, dem Gesundheitsamt und dem Umsiedlungsamt und all den anderen Vereinigungen und Gruppen ist hervorzuheben.

Viel Sorge und Arbeit brachte die Betreuung der *Sowjetzonenflüchtlinge* und der *Besucher aus der Sowjetzone*. Den ersteren mußte bei Einweisung in ihre Wohnungen größtenteils mit einmaligen Beihilfen zur Möbelbeschaffung geholfen werden. Die letzteren kamen vielfach ohne Barmittel zu ihren Angehörigen; sie wollten unterstützt und zur Rückreise mit Geld versehen werden. Es hat viel Geduld und Takt erfordert, manchen Antragstellern zu erklären, daß in Ermangelung einer Bundesregelung nicht immer geholfen werden kann. Erst neuerdings ist es möglich, wenigstens notwendig gewordene Krankenhilfeleistungen an Besucher aus der Sowjetzone mit dem Bund zu verrechnen.

Im einzelnen ergibt sich im Fürsorgewesen folgendes Zahlenbild, wobei alle vermittelten Leistungen, soweit sie durch die Kasse des Sozialamts ausbezahlt wurden, mit einbezogen sind:

Fürsorgeart	laufende und einmalige Unterstützungen		Aufwand DM
	Part.	Pers.	
Vertriebene	1110	1274	106 338.02
Evakuierte	60	77	40 014.20
Sowjetzonenflüchtlinge	1204	1264	119 526.46
Ausländer u. Staatenlose	96	117	15 627.71
Angeh. v. Kriegsgefangenen u. Vermißten sowie Heimkehrer	20	22	7 950.14
Kriegsbesch. u. Hinterbl.	295	368	144 141.04
Krankenhilfe für Unterhaltshilfeempfänger	139	165	15 577.33
Kriegsgefangenenentschädigung	22	22	89 670.—
Allgemeine Fürsorge	1618	1884	318 423.80
Vorläufige Fürsorge, insbesondere Klinikfälle	852	859	18 748.60
Tuberkulosenhilfe	107	135	73 671.23
Geschlechtskrankenfürsorge	23	23	3 244.09
Weihnachtsbeihilfen vom Bund und Land	1174	1909	42 430.—
Kohlenspende der Deutschen Wirtschaft	538	753	16 054.—
Tübinger Hilfswerk	1188	1663	26 196.65
Insgesamt:			1 037 613.47

Der Lastenausgleich

Bei der Stadt Tübingen ist eine Zweigstelle des Kreisgleichsamts mit weitgehender Selbständigkeit gebildet. Sie ist die Nachfolgerin des früheren Städt. Soforthilfeamts.

Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß die bis vor einem Jahr noch drohende Gefahr der Überflutung des Amtes durch eine Unmenge von Anträgen und dauernde Gesetzesänderungen gebannt ist. Die Bearbeitung der Anträge aller Leistungsarten ist, soweit vom Bundesgleichsamts Mittel freigegeben wurden, auf dem laufenden.

Neu ist die Mitwirkung des Ausgleichsamts in Sonderfällen des Altsparengesetzes. Die Unterhaltshilfesätze sind auf Ende des Jahres von 85 auf 100 DM im Regelfall erhöht worden. Die Umrechnung konnte noch rechtzeitig vor Weihnachten durchgeführt werden. Soweit die zweite Rate der Hausrathilfe in Sonderfällen zur Auszahlung kommen konnte, ist alles geschehen, um den Geschädigten ihre Ansprüche zukommen zu lassen. Hervorzuheben ist auch hier, daß die Zahl der durch den Härtefonds betreuten Sowjetzonenflüchtlinge im Steigen ist. Dies fällt besonders bei den Ausbildungshilfen auf, die zahlreichen Studierenden aus der Sowjetzone zugute kommen. Das folgende Zahlenbild möge die Leistungen des Ausgleichsamts wiedergeben:

Leistungsart	eingegangene Aufträge	erledigte Aufträge	Leistungen DM
Kriegsschadenrente	837	746	326 625
Hausrathilfe	2970	2135	655 543
Ausbildungshilfe	667	667	349 732
Aufbaudarlehen für gewerbliche Wirtschaft u. freie Berufe	74	59	173 200
Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau	79	69	223 000
Währungsausgleich und Altsparengesetz	1582	1461	395 664
Insgesamt:			2 123 764

Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Neben einer großen Zahl täglicher Beratungen von Versicherten und Erledigung verschiedener Amtshilfeersuchen aller Versicherungsträger wurden 6771 Versicherungskarten aufgerechnet und neu ausgestellt, 251 Rentenanträge entgegengenommen, 317 Unfalluntersuchungen durchgeführt und 32 Heilverfahrensanträge von Versicherten, die keiner reichsgesetzlichen Krankenkasse angehören, entgegengenommen. Von den 317 Unfällen, die von der Ortsbehörde bearbeitet wurden, waren fast die Hälfte Verkehrsunfälle.

Die Altersheime

In diesem Jahr sind zur großen Freude ihrer Bewohner auch die Altgebäude des Pauline-Krone-Heims an die Zentralheizung angeschlossen worden. Gleichzeitig konnte eine größere Zahl von Zimmern renoviert werden. Es bleibt dem neuen Jahr vorbehalten, die restlichen Instandsetzungsarbeiten am Außen und im Innern dieser Gebäude noch zu finanzieren. Die derzeit 220 Plätze in den städt. Altersheimen Bürgerheim und Pauline-Krone-Heim reichen bei weitem nicht mehr aus, um den immer dringender werdenden Nachfragen um Aufnahme in unsere Altersheime gerecht werden zu können. So liegen zum Schluß dieses Jahres beim Sozialamt 207 Vormerkungen vor. Es ist ausgeschlossen, diese hohe Zahl von Bewerbern in absehbarer Zeit zu berücksichtigen, wenn man nur auf freierwerdende Plätze in den bereits vorhandenen Häusern angewiesen ist. Zwar wird der Bau des Karl-Steeb-Alters- und Pflege-Heimes in Lustnau eine gewisse Entlastung bringen, doch ist sicher, daß die dort neu ge-



Einweihung des Sofie-Haug-Kindergartens

schaffenen 80 Plätze wiederum nicht ausreichen. Es wird sich deshalb nicht umgehen lassen, in Bälde durch einen Neubau, wenigstens für die zahlreichen Pflegefälle, eine Aufnahmemöglichkeit zu schaffen. Bei den heutigen engen Wohnverhältnissen, die auch durch die im sozialen Wohnungsbau in den letzten Jahren erstellten Neubauten nicht aufgelockert wurden, wird es mehr und mehr eine öffentliche Aufgabe, für die alten Leute, die bei den größeren werdenden Familien ihrer Kinder einfach nicht mehr bleiben können, geeignete Wohnräume zusätzlich zu schaffen. Der Bau von Altersheimen wird deshalb in nächster Zeit in der gleichen Weise wie der Bau von Familienwohnungen vorangetrieben werden müssen.

Dankbar sei hier der am 23. Januar 1954 verstorbenen Stadträtin Dr. Gertrud *Himmelreicher* gedacht, die sich um die Bewohner sowie um Betrieb und Erweiterung der Altersheime besonders verdient gemacht hat.

Die Gemeindefrankpflegestationen

Die Krankenschwestern in Lustnau und Derendingen sowie in der Evang. Schwesternstation in Tübingen haben wiederum in aller Stille ihre aufopferungsvolle Arbeit getan. Die Tätigkeit der Krankenschwestern soll demnächst durch den Einsatz einer besonderen Hausschwester ergänzt werden. Diese *Hausschwester* soll in den Familien eingesetzt werden, bei denen die Mutter krank geworden ist und die in der ersten Zeit ohne Hilfe sind.

Die Kindergärten

Der Sofie-Haug-Kindergarten in der Hallstattstraße konnte in den letzten Novembertagen eingeweiht und in Betrieb genommen werden. Die Kleinen fühlen sich in

den hellen, lichten Räumen unter der Obhut bewährter Kindergärtnerinnen sehr wohl. Die Stadt betreibt nun fünf Kindergärten, die von insgesamt rund 500 Kindern besucht werden. Die konfessionellen Kindergärten werden von der Stadt laufend mit namhaften Beträgen unterstützt. Durch das Wachsen der Stadt wird man sich dem Bau neuer Kindergärten in den neuen Siedlungsgebieten, so südlich der Stuttgarter Straße, in der Gartenstadtsiedlung und auf dem Sand nicht entziehen können. Eine entsprechende Rückstellung ist im Nachtragshaushaltsplan 1954 bereits vorgesehen.

Die Friedhöfe

Die größer werdende Bevölkerungszahl zwingt uns, den 1945 erstmals mit Kriegstoten belegten *Bergfriedhof* ständig zu erweitern. Die derzeit zur Benützung vorhandene Gräberfläche wird gerade noch bis zum Sommer 1955 ausreichen. Es muß deshalb schon in der allernächsten Zeit mit der Erweiterung des Friedhofs und dem Bau eines Aufsehergebäudes begonnen werden.

Der *Stadtfriedhof* ist überbelegt. In einigen Monaten werden nur noch gelegentlich freiwerdende Wahlgräber abgegeben werden können. Auch die Zahl der zur Wiederbelegung freiwerdenden Reihengräber schrumpft von Monat zu Monat zusammen.

Im *Derendinger Friedhof* sind die Planarbeiten für den Bau einer Leichenhalle fertiggestellt. Mit dem Bau kann, da die Mittel bereits im Haushaltsplan ausgeworfen sind, in Bälde begonnen werden.

Im *Lustnauer Friedhof* ist mit der Belegung der vor kurzem ausgeführten östlichen Erweiterung angefangen worden.

untersteht der Schulaufsicht des Bezirksschulamts, die übrigen öffentlichen Schulen der des Oberschulamts.

Schulskosten

Hinsichtlich des *Zuschußbedarfs* steht der Einzelplan 2 — Schulwesen — im Haushaltsplan (einschl. Nachtrag) für das Rechnungsjahr 1954 an *erster Stelle*. Die Ausgaben sind mit 2 384 875 DM veranschlagt, denen an Einnahmen 395 280 DM gegenüberstehen, die sich in der Hauptsache aus Schulgeldern und Gastzuschülerbeiträgen zusammensetzen. Der eigentliche Zuschußbedarf beträgt also 1 989 595 DM, das sind 15,80 Prozent der Gesamtausgaben. Im einzelnen setzt sich der Zuschußbedarf wie folgt zusammen:

Allgemeine Schulverwaltung	17 460 DM (i. V. 15 350 DM)
Volks- u. Hilfsschulen	568 580 DM (i. V. 515 760 DM)
Mittelschule	41 525 DM (i. V. 14 314 DM)
Höhere Schulen	560 145 DM (i. V. 505 220 DM)
Berufsschulen	713 680 DM (i. V. 579 070 DM)
Haushaltungs- u. Frauenarbeitsschule	53 175 DM (i. V. 58 620 DM)
Waldorfschule	35 000 DM (i. V. 35 000 DM)
	<hr/>
	1 989 595 DM (i. V. 1 723 334 DM)

Schulträgerin der öffentlichen Schulen ist die Stadt Tübingen. Die Waldorfschule wird von der Tübinger Freien Schulgemeinde e. V. getragen.

Schülerzahlen im Schuljahr 1954/55

(Stichtag 15. 5. 1954):

	1954/55	Im Vorjahr 1953/54	Gegenüber 1939 mehr
Volks- u. Hilfsschulen	2906	3077	12% (i. V. 18%)
Mittelschule	229	120	
Höhere Schulen	1990	1909	102% (i. V. 93%)
Kaufm. Berufsschule	564	549	135% (i. V. 129%)
Gewerbl. Berufsschule	1487	1382	142% (i. V. 136%)
Hausw. Berufsschule	288	320	43% (i. V. 58%)
Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule	199	197	89% (i. V. 90%)

Das freiwillige 9. Schuljahr wurde am Schulbeginn von 29 Schülern besucht. Inzwischen ist etwa die Hälfte ausgeschieden, da es den Schülern gelang, eine Lehrstelle zu bekommen.

Auswärtige Schüler wurden im Schuljahr 1954/55 aufgenommen

	Aus dem Kreis Tübingen	Aus anderen Kreisen
an der Mittelschule	43 (i. V. 16)	5 (i. V. 0)
an den Höheren Schulen	328 (i. V. 343)	45 (i. V. 28)
an der Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule	77 (i. V. 69)	13 (i. V. 12)

DIE TÜBINGER SCHULEN — IHRE SORGEN UND FREUDEN

In Artikel 14 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg ist für unser Land Schulgeld- und Lernmittelfreiheit vorgesehen. Das Gesetz über Schulgeld- und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen wird demnächst vom Landtag verabschiedet. In dem kommenden Gesetz ist auch die Schulgelderhebung für das Schuljahr 1954/55 geregelt. Durch ständiges Senken der Sätze wird die Schulgeldfreiheit bis zum Beginn des Schuljahrs 1957/58 und an Volks- und Berufsschulen auch die Lernmittelfreiheit bis 1958/59 hergestellt. Sobald die Lernmittelfreiheit an den Pflichtschulen erreicht ist, soll sie auch an Mittelschulen, Aufbauklassen der Volksschulen, Höheren Schulen und Berufsfachschulen in den folgenden fünf Jahren verwirklicht werden.

Durch das Gesetz über das Schulgeld in den Regierungsbezirken Südbaden und Südwestfalen-Hohenzollern für das *Schuljahr 1953/54* vom 1. März 1954 wurden die Schulgeldsätze im Regierungsbezirk um 30 v. H. gesenkt:

a) an der Mittelschule	31.50 DM statt 45 DM
b) an den Höheren Schulen	
Klassen 1—5	84.— DM statt 120 DM
Klassen 6—9	112.— DM statt 160 DM
c) an den Berufsfachschulen	63.— DM statt 90 DM

Der Schulgeldausfall in Höhe von 55 438.67 DM wurde der Stadt vom Land voll zurückerstattet.

Für das *Schuljahr 1954/55* werden nach dem Gesetzentwurf nur noch 30 v. H. der 1952 gültigen Sätze erhoben. Das Schulgeld wird also betragen:

a) an der Mittelschule	13.50 DM jährlich
b) an den Höheren Schulen	
Klassen 1—5	36.— DM jährlich
Klassen 6—9	48.— DM jährlich
c) an den Berufsfachschulen	27.— DM jährlich

Alle Oberschulen führen seit Januar 1954 die Bezeichnung „*Gymnasium*“. Die Volks-, Hilfs- und Mittelschule

Im Rechnungsjahr 1953 betragen

- die Beiträge der Kreisverbände, zu deren Bezirk die Schülerwohngemeinden gehören, 75 v. H. der Kopfbeträge = 67 967 DM (i. V. 60 295 DM)
- die Zuschüsse des Landes aus dem Hilfsstock 25 v. H. der Kopfbeträge = 22 655 DM (i. V. 20 146 DM)

ferner erhielt die Stadt einen Sonderzuschuß vom Land mit 11 445 DM (i. V. 8 854 DM)

Nach § 3 des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich zwischen dem Land und den Gemeinden sowie den Gemeindeverbänden in Baden-Württemberg vom 26. Juli 1954 erhalten die Schulträgergemeinden vom Rechnungsjahr 1954 an für jeden auswärtigen Schüler aus der gesamten kommunalen Finanzausgleichsmasse einen Beitrag, den sogenannten *Gastzuschülerbeitrag*. Wie sich diese neue Regelung finanziell auswirken wird, läßt sich heute noch nicht absehen.

Schulgeldnachlässe

Die Schulgeldordnung vom 17. 9. 1948 sieht vor, daß bedürftigen Schülern das Schulgeld ganz oder teilweise nachgelassen werden kann, wenn Persönlichkeit, Leistung, Fleiß und Verhalten eine besondere Förderung rechtfertigen. 8 v. H. der Schulgeldeinnahmen werden nach einem Gemeinderatsbeschluß für Schulgeldnachlässe bereitgestellt. Von den Rektoraten sind im Schuljahr 1954/55 insgesamt 461 Anträge auf Schulgeldnachlaß übergeben worden.

Die bewilligten Nachlässe betragen:

- bei der Mittelschule 183.30 DM
- bei den Höheren Schulen 4338.80 DM (i. V. 14 379 DM)
- bei der Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule 194.20 DM (i. V. 817 DM)

Bei den Nachlässen für das Schuljahr 1954/55 muß berücksichtigt werden, daß sie ebenfalls um 70 v. H. ermäßigt wurden, wie die Schulgeldsätze.

Die in den Schuljahren 1946 bis 1953 bestandene Schulgeldregelung für Kinder von Ausgewiesenen ist durch Verordnung des Kultusministeriums vom 15. 6. 1954 aufgehoben worden.

Mittelschule

Der ursprüngliche Plan, die im Schuljahr 1952 begonnene Mittelschule nur einzügig durchzuführen, ließ sich nicht verwirklichen. Zu Beginn des Schuljahrs 1954/55 haben so viele Schüler die Aufnahmeprüfung bestanden, daß drei erste Parallelklassen gebildet werden mußten. Unter

den Prüflingen, die bestanden haben, befanden sich 28 Auswärtige. Ihre Aufnahme in die Mittelschule mußte erfolgen, da sich der Gemeinderat nicht zur Einführung des numerus clausus entschließen konnte. Die Mittelschule umfaßt im gegenwärtigen Schuljahr (27. April 1954 bis 3. April 1955) eine 3. Klasse, zwei 2. Klassen und drei 1. Klassen. Auch im kommenden Schuljahr müssen wieder drei 1. Klassen eingerichtet werden, da die Zubringerklassen der hiesigen Volksschulen ziemlich stark sind. Einen entsprechenden Beschluß hat der Gemeinderat gefaßt.

Höhere Handelsschule

Nachdem der Gemeinderat am 4. Februar 1952 im Grundsatz die Einrichtung einer Höheren Handelsschule gebilligt hatte, bat der Leiter der Kaufmännischen Berufsschule, Oberstudienrat Beeser, diese Schulform einzurichten. Die im neuen Gebäude der Gewerblichen Berufsschule an der Primus-Truber-Straße der Kaufmännischen Berufsschule zur Verfügung gestellten neuen Klassenräume würden ausreichen, um neben der Kaufmännischen Berufsschule auch die Höhere Handelsschule unterzubringen. Daraufhin beschloß der Gemeinderat in seiner Sitzung am 26. Juli 1954, die Höhere Handelsschule in Tübingen vom Schuljahr 1955 an mit einer Vorklasse einzurichten. Zunächst können also nur Volksschüler aufgenommen werden, die die 8. Klasse absolviert haben. Schüler aus den hiesigen Gymnasien finden erst vom Schuljahr 1956 an Aufnahme.

Der Neubau der *Gewerblichen Berufsschule* ist soweit vorangeschritten, daß er nach den Sommerferien 1955 seiner Bestimmung übergeben werden kann. In dieses neue Schulgebäude werden die Gewerbliche Berufsschule, die Kaufmännische Berufsschule und die Höhere Handels-

schule aufgenommen. Die alten Schulgebäude an der Schmiedtorstraße und an der Münzgasse werden dann anderen Zwecken zugeführt.

Turnunterricht

Zur Durchführung des lehrplanmäßig durchzuführenden Turnunterrichts für die Schüler der Volksschulen an der Graben- und Keltornstraße, der Hilfsschule sowie der Haushaltungs- und Frauenarbeitsschule steht bis jetzt nur der ganz unzulängliche Turnraum im Erdgeschoß der Silcherschule zur Verfügung. Infolgedessen kann für die unteren Klassen der Volksschulen überhaupt kein Turnunterricht erteilt werden. Der Gemeinderat hat am 26. Juli 1954 beschlossen, an der Westbahnhofstraße eine *Doppelturnhalle* zu erstellen. Die Finanzierung erfolgt mit Hilfe von Darlehen. Darüber hinaus wird auch ein Beitrag des Landes Baden-Württemberg erwartet. Mit der Fertigstellung der Doppelturnhalle, über die im Bericht des Hochbauamts nähere Ausführungen enthalten sind, wird bis zum Herbst 1955 gerechnet.

Ausblick auf das neue Schuljahr

Die französische Besatzungsmacht hat für die Kinder hier wohnender französischer Familien an der Alexanderstraße ein eigenes Schulgebäude mit 15 Klassenräumen erstellt. Der Neubau dürfte voraussichtlich im Frühjahr, d. h. mit Beginn des Schuljahrs 1955/56 bezugsfertig werden. Im Zusammenhang damit wird mit der völligen Freigabe der Wildermuthschule gerechnet. Dadurch werden für deutsche Schulzwecke wiederum zwölf Klassenräume und eine Anzahl Spezialräume gewonnen, wodurch die Schulraumnot weiterhin gemildert werden kann.

TRADITION UND GEGENWART IN DER KULTURPFLEGE

Die kommunale Kulturarbeit hat in den letzten fünf Jahren eine bedeutsame Entwicklung durchgemacht. Archiv und Sammlungen sind einer geregelten, amtlichen Betreuung zugeführt und in ihrem realen und ideellen Wert erfaßt worden. Die *Stadtbücherei* entwickelte sich von einer bescheidenen privaten Stiftungsbibliothek zu einer ansehnlichen Volksbücherei. Durch die Restaurierung verschiedener Gebäude wurde die Schönheit und Anziehungskraft von Tübingen erhöht, in diesem Jahr durch die *freigelegte Fassadenmalerei am Rathaus* und das *neu eröffnete Hölderlinhaus*.

Die *Kulturabteilung* des Gemeinderats hat sich in acht Sitzungen mit 55 Beratungsgegenständen befaßt und auf das kulturelle Leben unserer Stadt förderlichen Einfluß genommen. Durch laufende Terminberatung der Veranstalter bemühte sich das Kulturamt um die allgemeine Koordinierung des Veranstaltungswesens.

Die Stadtverwaltung hat mit Wohlwollen und Anteilnahme das Leben in über 100 *Vereinen* der Stadt beobachtet und auch im Rahmen ihrer begrenzten finanziellen Möglichkeiten dort gefördert, wo Notlage oder dringender Bedarf sich spürbar machten. Bei repräsentativen Anlässen tritt in Tübingen insbesondere die traditionsreiche *Stadtgarde zu Pferd* hervor. Unter Führung ihres Rittmeisters hat sie in Stuttgart dem Bundespräsidenten zu seinem 70. Geburtstag gratuliert und den Präsidenten Hoover bei seinem Besuch in Tübingen festlich empfangen. Das Kulturamt konnte die Anliegen der Stadtgarde zu Pferd in verschiedener Hinsicht fördern. Zuschüsse erhielten auch der Zoologische Garten sowie der Einzelhandelsverband anlässlich der weihnachtlichen Straßenbeleuchtung.

Die Stadt hat auch an der Förderung von *Gedenktagen* teilgenommen. Sie konnte es nicht als ihre Aufgabe an-



RESTAURIERUNGSARBEITEN
AM RATHAUS



Freigelegte alte Fassadenmalerei
an der Südfront

sehen, selbst Träger derartiger Veranstaltungen zu werden, sondern hat diese Aufgabe den zuständigen Organisationen der freien Vereinigungen überlassen. Diese wurden jedoch bei ihrer eigenen Initiative durch tatkräftige Förderungsmaßnahmen der Verwaltung unterstützt. Wir erwähnen u. a. die *Gedenktage zum Juni-Aufstand*, für die *Kriegsgefangenen* und für die Toten am *Volkstrauertag*. Die Bürgerschaft hat an diesen Gedenktagen bewegten Anteil genommen.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, aller Vereine und ihrer Leistungen zu gedenken. Es sei nur an die vielen Stiftungsfeste erinnert und den Vereinsvorständen und allen aktiven Mitgliedern gedankt für den geleisteten Beitrag zur Kulturarbeit in Tübingen.

Zahlreiche *Altersjubilare* wurden durch die Stadt geehrt. 244 Bürger feierten den 70., 182 den 75. *Geburtstag*. Wir gratulierten 107 Bürgern zum 80., 30 zum 85. und sieben zum 90. Geburtstag. Den über 90jährigen Bürgern wurde ebenfalls der Gruß der Stadt überbracht; es waren dies 10 Bürger, unter ihnen zwei im Alter von 94 Jahren. Zur *goldenen Hochzeit* konnte 24 Paaren gratuliert werden. Insgesamt wurden 610 Glückwünsche von der Stadt überbracht.

Die Kulturabteilung des Gemeinderats hat sich auch mit der *Benennung neuer Straßen* befaßt. Verschiedene Flurnamen konnten bei der Namensgebung berücksichtigt und so im Sprachgebrauch erhalten werden. Die Namensgebung erstreckte sich von der Täglesklinge über die Danziger Straße bis zur Schnarrenbergstraße. Ein aufschlußreiches Referat vom Leiter des Instituts für Volkskunde und Namensforschung, Prof. Dr. Dölker, gab vor der Kulturabteilung des Gemeinderats wertvolle Hinweise und Anregungen für die zukünftige Bearbeitung dieser Aufgabe.

Wir können hier nicht auf das umfangreiche *Vortragswesen* eingehen, welches in einer Universitätsstadt immer eine beachtenswerte Rolle spielt. Dieses Vortragswesen wird nicht nur von der Universität, sondern auch vom Büro für Heimatdienst, von der Volkshochschule, dem Amerikahaus und dem Centre d'Etudes Françaises gepflegt.

Die *Volkshochschule* befindet sich in erfreulicher Entwicklung. Sie hat im Wintersemester die bisher höchste Zahl an Teilnehmern mit 917 Hörern erreicht. Gut angesprochen haben 17 wertvolle Einzelveranstaltungen, daneben die neuen Kurse für Rezitation und für das Spiel der Blockflöte, sodann die altbewährten Staatsbürgerkurse sowie Gemeinschaftsveranstaltungen zwischen Volkshochschule und Gewerkschaft Druck und Papier über Schrift, Plakatzeichnen und technisches Zeichnen.

Wenn wir hier auch nicht den Raum haben, um auf das Wirken von *Amerikahaus* und *Centre d'Etudes Françaises* des näheren einzugehen, so möchten wir es aber nicht versäumen, den Leitern dieser Kulturinstitute verbindlich zu danken für ihre fruchtbare Arbeit. Im Berichtsjahr hat das Amerikahaus 63 000 Bände und Zeitschriften ausgeliehen, eine große Zahl englischer Sprachkurse, meh-

tere Konzerte sowie zahlreiche Vorträge veranstaltet. In ähnlicher Weise hat sich auch das entsprechende französische Kulturinstitut für die Erwachsenen und die Jugend eingesetzt. In einer Ausstellung in der Universitätsbibliothek wurde der deutsch-französische Kulturaustausch in eindrucksvoller Weise dokumentiert. Der *Volksbühnenverband* bemühte sich mit wachsendem Erfolg um die Heranführung eines breiteren Publikums an die Schauspielkunst. Den *Lichtspieltheatern* gelang die Heranziehung guter Filme, vor allem für Sondervorstellungen. Für das *Studio Tübingen des Südwestfunks* begann eine ganz neue Arbeitsperiode mit der Einweihung seines Neubaus.

Der *Denkmalschutz* bemüht sich nicht nur um die Erhaltung des Überlieferten, sondern versucht auch Verlorengegangenes neu zu entdecken und zu restaurieren. An Hand alter Ansichten, im Besitz der städtischen Sammlungen, wurde eine Untersuchung des Südgiebels vom Rathaus vorgenommen, die zu einer Freilegung alter Fresken durch den Ulmer Restaurator Hammer führte. Es handelt sich um eine Fassadenmalerei aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts, wie sie in unserem Regierungsbezirk nicht wieder in so schöner Erhaltung gefunden werden kann. Die aufgemalten Grisailen im Stile des Ohrmuschelwerks dekorieren mit Gehängen, Säulen und anderen architektonischen Ornamenten den gesamten Giebel. Tübingen ist durch diese Restaurierung um einen wertvollen Traditionsbesitz reicher geworden.

Im Zuge einer eingehenden Untersuchung der *Jakobuskirche* (Spitalkirche) wurden 25 Bauzeichnungen angefertigt. Das Amt förderte die Freilegung von Fachwerk an den Häusern Haagasse 3 und Ammergasse 32.

Neben den üblichen vertraglichen Leistungen, welche die Stadtgemeinde gegenüber den *Kirchen* zu erfüllen hat, wurde diesen im vergangenen Jahr erhöhte Förderung zuteil. Die Stadt beteiligte sich an der Beschaffung je einer Glocke für die Stiftskirche und die Jakobuskirche. Auch gab sie ansehnliche Beiträge zum Bau des Carlo-Steeb-Heims und des evangelischen Gemeindehauses in Lustnau. Die Tübinger katholische Kirchengemeinde zählt zur Zeit rund 10 000 Seelen und hat im Berichtsjahr die erste größere öffentliche Fronleichnamsprozession (seit Einführung der Reformation) abgehalten. Hinter dem Pauline-Krone-Heim ist in raschem Zuge die evangelische Martinskirche gebaut worden.

Tübingen, als die Stadt eines Friedrich Silcher und Ludwig Uhland, kann auch heute noch auf eine blühende Pflege des *Chorgesangs* hinweisen. Bei den diesjährigen Stiftungsfesten zeigten die Chöre ihre Leistungsfähigkeit zur Freude der zahlreich erschienenen Zuhörer. Der *Tübinger Kantatenchor*, von dessen vorzüglichen Aufführungen die h-moll-Messe von Bach genannt sei, bedurfte ebenso einer Förderung wie das *Tübinger Streichquartett*, welches das Kloster Bebenhausen als Konzertstätte erschlossen hat. Auch die *Reutlinger Symphoniker* erhielten einen kleinen Förderungsbeitrag. Sie sind mit ihren Zyklen, mit Brahms- und Bachkonzerten sowie einer Romantiker-

reihe aufgetreten. Die ernste Musik wurde in der *Motette* und bei den *Konzerten im Stift* gepflegt, die volkstümliche besonders durch den Musikverein Lustnau, welcher viel Beifall gefunden hat. Der Tag der Hausmusik ist in diesem Jahr in schöner Weise erhöht worden durch eine Ansprache von Prof. Dr. Spranger. Ein beachtenswertes Musikereignis waren die im Mai unter der Programmberatung von Prof. Harald Genzmer durchgeführten *Tübinger Musiktage* für zeitgenössische Tonkunst. Es wurden 1 Chorkonzert, 2 kammermusikalische Abende, 1 offenes Singen, 2 Vorträge und 2 Orchesterkonzerte mit hervorragenden Solisten und Orchestern durchgeführt. Auch schloß sich erstmals eine Operaufführung an dank eines Gastspiels der Heidelberger Oper mit Alban Bergs „Wozzeck“.

Die vom Kulturrat inspirierte „Woche der offenen Ateliers“ hat sich gut eingeführt und in diesem Jahr hohe Besucherziffern aufgewiesen. Viele der Künstler wurden von über 100 Personen aufgesucht. Die bei diesen Besichtigungen stattgefundenen Aussprachen zwischen Künstler und Publikum dürfen als eine förderliche Auseinandersetzung mit den verschiedensten Kunstfragen angesehen werden. Anlässlich der „Woche der offenen Ateliers“ wurde im Sommer gleichzeitig der Versuch unternommen, durch Einstellung von Kunstwerken in die Schaufenster von Ladengeschäften eine Ausstellungsstraße für Kunstwerke aufzubauen.

Auf dem Gebiet der *Schauspielkunst* müssen die Leistungen des Landestheaters dankbar hervorgehoben werden. Unter Leitung des Intendanten Dr. Herterich hat das Theater zahlreiche Premieren traditionsbewährter wie auch zeitgenössischer Stücke gebracht. Höhepunkte bedeuteten die Aufführung des „König Ödipus“ in der neuen Übersetzung des hiesigen Graecisten Schadewaldt und die Aufführung der „Glasmengerie“ von Tennessee Williams. Die neue Spielzeit wurde mit einer eindrucksvollen

vollen Vorstellung von „Romeo und Julia“ begonnen und fand ihren Glanzpunkt in einer Aufführung der „Hexenjagd“ von Miller in der überzeugenden Inszenierung durch den bewährten Regisseur Erwin Piscator. Die Leistungen des Landestheaters sind um so mehr anzuerkennen, als es sich um eine Landesbühne handelt, welche die Verpflichtung hat, viele Abende in der Woche an auswärtigen Plätzen mit ihren verschiedenartigen Bühnen zu gastieren. Dieser dauernde Reisebetrieb stellt an die Schauspieler hohe Anforderungen.

Von den Gastspielen seien genannt: Das Theater Babylon aus Paris mit „Warten auf Godot“ von Beckett, die vorzügliche Wiedergabe von „Das Schloß“ des Franz Kafka durch die städtische Bühne Ulm und die überragende Schauspielkunst von Elisabeth Bergner in Rattigans „Tiefe blaue See“.

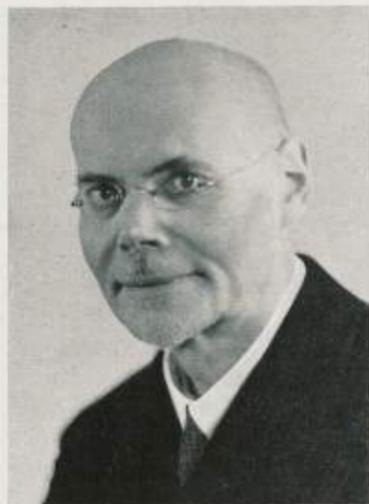
Die alte Tübinger Tradition der Durchführung von Operngastspielen konnte aus finanziellen Gründen bis jetzt noch nicht aufgenommen werden. Immerhin konnte Heidelberg mit einer Aufführung von Verdis „La Traviata“ gewonnen werden. Auch waren einige Operetten zu hören. Die kleine Tübinger Studio-Oper trat mit Webers „Abu Hassan“ und Mozarts „Zaide“ an die Öffentlichkeit. Auf dem Gebiet des Tanzes seien ein Eurythmisches Gastspiel und das Auftreten von Harald Kreutzberg genannt. Auch sah man Pantomimische Gastspiele. Neben einem Marionettentheater warben um das Publikum Laienspielaufführungen des „Thespis-Karrens“ und der evangelischen Studentengemeinde.

Die Verbundenheit von *Stadt und Universität* kam in feierlicher Weise zum Ausdruck in der Verleihung des *Ehrenbürgerrechts* an den Tübinger Theologen Prof. Dr. D. Karl Heim anlässlich seines 80. Geburtstages. Der Text der Ehrenbürgerurkunde lautet: „Die Universitätsstadt Tübingen hat durch Beschluß des Gemeinderats Herrn Univ.-Prof. Dr. D. Karl Heim, dem Lehrer einer Genera-



„König Ödipus“
von Sophokles, aufgeführt
vom Landestheater in der
Übertragung von
Wolfgang Schadewaldt

Univ.-Prof. em.
Dr. D. theol.
Karl Heim
Ehrenbürger der
Universitätsstadt
Tübingen



tion evangelischer Theologen, dem Gelehrten, der Theologie, Philosophie und Naturwissenschaften in der Zusammenschau erforscht hat, dem Prediger und Seelsorger der Bürgerschaft und der Studentengemeinde, aus Anlaß der Vollendung seines 80. Lebensjahres in Dankbarkeit und Anerkennung das Ehrenbürgerrecht verliehen.“

Auch auf einem ganz anderen Gebiet wurde diese Verbundenheit von Stadt und Universität dokumentiert, indem die Stadt zwei *Preisaufgaben* für die Studierenden der Universität aussetzte. Das Kulturrat hat den Rahmen für diese beiden Themen abgesteckt und die zuständigen Institutsdirektoren präzisierten das Thema im Interesse der Forschungen ihrer Institute. Die Aufgaben haben neben ihrem historischen Wert für die Erhellung der Stadtgeschichte auch aktuelles Interesse. Die Themen lauten: „Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Tübingen im 19. und 20. Jahrhundert“ und „Gericht und Rat in Tübingen zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert“. Professor Dr. Arnold, Ordinarius in der Kath.-Theolog. Fakultät, übernahm am 7. Mai 1954 das *Amt des Rektors* der Universität aus den Händen von Prof. Dr. Wenke, welcher als Schulsenator einem Ruf nach Hamburg folgte. In einer eindrucksvollen Feier ernannten der neue Rektor und Prof. Dr. Spranger die studentische Jugend in Ausführungen von hohem ethischen Gehalt zur Übernahme ihrer Verantwortung als lernende, bildungsbeflissene Menschen. Die Zahl an Studierenden hat ihren Höchststand mit 5200 Studenten erreicht.

Wir bedauern die Abberufung der Professoren Butevant, Wenke und Thielicke, welche letzterer unserem Gemeinderat angehörte, begrüßen es andererseits, daß Prof. Rothfels seinen Ruf nach Göttingen nicht angenommen hat und erwähnen die Antrittsvorlesungen der Herren Eschenburg und Schrade. Bezüglich der Bautätigkeit der Universität sei hingewiesen auf die Einweihung des vorbildlich eingerichteten Chemisch-Pharmazeutischen Instituts, den Aufbau des Studentenheims und auf das Institutsgebäude in der Wilhelmstraße. Im Bau sind ein Strah-

lungsbehandlungsinstitut mit Betatron und eine Universitätsapotheke. Auch in diesem Jahr wurde ein gut besuchter Studienlehrgang für ausländische Germanisten veranstaltet.

Die Stadt hat am Leben der Universität auch auf kulturellem Gebiet in vielfältiger Beziehung teilgenommen. Sie begrüßte Kongreßteilnehmer und empfing die Spitzen wissenschaftlicher Vereine und Gesellschaften. Sie hat auch die Interessen des Allgemeinen Studentenausschusses und der Vereinigung der Freunde der Universität gefördert. Des weiteren stiftete sie einen Beitrag für den Bau eines deutschen Studentenwohnheimes in der Cité Universitaire von Paris. Die Max-Planck-Gesellschaft, deren Mitglied die Stadt ist, beschloß, die Abteilung Biochemie für Virusforschung der Pflanzenbiologie als selbständiges Institut unter Leitung von Prof. Friedrich-Freksa in Tübingen zu konstituieren.

Eine ansprechende und glückliche Darstellung von Tübingen hat der Hamburger Hoffmann & Campe-Verlag mit seinem Augustheft der *Merianreihe* gegeben. Das mit farbigen Bildern und gediegenen Aufsätzen ausgestattete Heft wurde in einer Auflage von 60 000 Stück verbreitet. Auf diese Weise ist — ohne Entstehung von Unkosten für die Stadt — eine vorzügliche Werbung für Tübingen erzielt worden. Das Kulturrat hat den Herausgeber durch laufende Hinweise und Informationen und die Überlassung von Bildmaterial aus den städtischen Sammlungen und dem Fotoarchiv unterstützt. Die Stadt Tübingen dankt dem Verlag für diese vortreffliche Publikation. Auch anderen Zeitungen und Zeitschriften wurden städtische Fotos und Klischees zur Verfügung gestellt.

Die *städtische Volksbücherei* hat in diesem Jahr über 20 000 Bücher ausgeliehen. Sie erhöhte ihre Ausleihzeiten, um dem steigenden Publikumsbedarf nachzukommen. Im Berichtsjahr konnte der Katalog der Bücherei fertiggestellt werden, so daß der Leser nunmehr selbst sich die Buchtitel an Hand von 14 Nachschlagbänden auswählen kann. Die Buchbestände sind von 2000 zur Zeit der Währungsreform nunmehr auf 9000 angestiegen. Die Bücherei wurde nach Abteilungen aufgegliedert. Der Beschluß der Stadtverwaltung, die Volksbücherei in den Neubau des technischen Rathauses zu verlegen, wurde von der Leserschaft mit Dankbarkeit begrüßt.

Das *Archiv* der Stadt Tübingen war vor einigen Jahren noch zum größten Teil unzugänglich. Nachdem es mehr als die Hälfte zusätzlichen Raumes zugewiesen bekam — insbesondere durch Einbauten im Dachboden des Rathauses — sind nunmehr alle Archivalien in Gestellen sachgemäß untergebracht. Im Berichtsjahr wurden die Bestände auf dem Dachboden in 16 Abteilungen gegliedert und grob geordnet. Aus einer Art großer und unberührter Altregistratur ist so in den letzten Jahren in langsamer Aufbauarbeit ein ansehnliches Archiv geworden, von beachtlichem realem und noch höherem ideellem Wert. Im Berichtsjahr wurden die Repertorien gefertigt für die Bände der Spitalpflege vor 1806 und diejenigen der städ-

tischen Verwaltung vor 1806. Vom Hauptamt wurde die Altregistratur der Stadtverwaltung übernommen, unter deren Schriftgut sich noch Archivalien des 18. Jahrhunderts fanden. Die Gemeinde-Archive von Lustnau und Derendingen konnten grob gesichtet werden. Aus früheren Jahren und der Zeit der Besetzung wurden besonders in Derendingen erhebliche Verluste festgestellt. Angesichts der im Kriege andernorts eingetretenen großen archivalischen Verluste — z. B. verbrannte das Original des Tübinger Vertrags im letzten Weltkrieg, ohne daß davon eine Fotokopie überliefert wäre — wurde mit der Anfertigung einer Serie von Fotokopien wichtiger Urkunden begonnen.

Auf dem Gebiet der Stadtgeschichte wurden ein Ehrenbuch für die Gefallenen des ersten Weltkriegs, um dessen Zustandekommen sich Stadtamtmann a. D. Pfeiffer verdient gemacht hat, und eine Arbeit von Ehrenbürger Paul Löffler über die Tübinger Garnison und die Geschichte ihrer Truppenteile, fertiggestellt.

Die *städtischen Sammlungen* führen ihren Ursprung auf zwei Quellen zurück, einmal auf alte städtische Bestände, die im Laufe der Jahrhunderte gesammelt worden sind, zum andern auf die Besitztümer des ehemaligen Kunst- und Altertumsvereins. Diese Bestände sind wie diejenigen des Archivs in den letzten Jahren erstmals einer amtlichen Betreuung und Registrierung zugeführt worden. Auch wurde eine planmäßige Sammeltätigkeit aufgenommen. Der Aufbau dieser Sammlungen hat zu einem erfreulichen Ergebnis geführt. Seine Königliche Hoheit Prinz Joseph Clemens von Bayern hat diese Tätigkeit mit Aufmerksamkeit verfolgt und zur Anregung für weitere Kreise aus seiner Privatsammlung einen *St. Georg*, ein schwäbisches Relief in alter Fassung aus der Zeit um

1530, gestiftet. Die städtischen Sammlungen konnten des weiteren eine Reihe guter heimatlicher Kunstwerke erwerben, so ein Tafelgemälde „Christus am Ölberg“, aus der Zeit um 1480, ein edles Kruzifix des 18. Jahrhunderts und eine kleine Lindenholz-Statuette von 1500. Es gelang auch die Erwerbung einer Sepia-Feder-Zeichnung mit der Südansicht von Tübingen aus dem Jahre 1627, welche die älteste im Besitz der Stadt befindliche zeichnerische Darstellung von Tübingen ist.

Unsere *Autographensammlung* konnte erweitert werden durch die Erwerbung eines Briefes aus der Hand von Friedrich W. J. Schelling und Manuskripte von Friedrich Silcher, Karl Philipp Conz und Hermann Hesse. Es wurden auch eine Reihe von Tübinger Frühdrucken sowie Erstausgaben beschafft, so Werke vom ersten Rektor der Universität Johann Vergenhans (Nauclerus), von Johann Stöffler, Leonhard Fuchs, Michael Maestlin, J. Andreae sowie von Hölderlin, Schiller und Mörike, vor allem aus dem Cotta-Verlag. Auch ist der Eingang eines handgemalten Stammbaums von Melanchthon zu erwähnen. Von den alten Beständen der Sammlungen wurden die Stadtansichten registriert und ein Teil von ihnen in einer kleinen Ausstellung im Rathaus gezeigt.

Die Stadt betrauert das Ableben des *Kunstmalers Friedrich Schüz*, welcher in seinem 81. Lebensjahr einem Verkehrsunfall in Tübingen zum Opfer fiel. Der Künstler war Enkel des Tübinger Bibliothekars Tafel und Sohn des Malers Theodor Schüz, der als hervorragender Schilderer des schwäbischen Volkslebens bekannt ist. Die Stadt hat von Herrn Schüz eine umfangreiche Kunstsammlung geerbt. Dieses Kunstgut besteht aus Gemälden, Ölstudien, Handzeichnungen und Graphik vom Vater Theodor Schüz und den beiden Söhnen Friedrich und Hans Schüz,



Hölderlin-Zimmer
nach der
Renovierung



Einweihung des renovierten
Hölderlinhauses,
11. September 1954

deren ersterer dem Impressionismus, der jüngere einer expressionistischen Richtung zugetan war. Die Betreuung dieser Bestände stellt unserer Stadt eine neue, ihr bisher nicht zugefallene Aufgabe.

Tübingen wird gern als Musenstadt bezeichnet. Wissenschaft und Dichtung sind hier immer zuhause gewesen. Nach der Zerstörung des Uhlandhauses bestand aber keine Stätte mehr, die an die musische Seite von Tübingen erinnert hätte. Nach längeren Bemühungen ist es nun gelungen, eine Gedenkstätte dieser Art zu erneuern. Der Gemeinderat hat die Restaurierung des Erdgeschosses vom Hölderlinhaus beschlossen und dadurch einen Anziehungspunkt für Fremde und Einheimische geschaffen. Das Haus ist von einem kleinen neueren Anbau befreit worden. Einige in späterer Zeit eingezogene Wände wurden entfernt. Dabei wurde neben dem eigentlichen Gedenkzimmer im Turm ein Vorraum eingerichtet, welcher mit Belegen aus dem Leben des Dichters ausgestattet wurde. Im Rahmen einer vertraglichen Regelung mit der Friedrich-Hölderlin-Gesellschaft und der früheren Hölderlinturm-Vereinigung wurde das Sekretariat dieser Gesellschaft hier aufgenommen. Dank einer Spende von Frau Paula Zundel in Lustnau war es der Stadt dazuhin möglich, einen gut erhaltenen vierseitigen Brief Hölderlins vom 12. November 1798 zu erwerben. Der verständnisvollen Stifterin sei auch an dieser Stelle verbindlichst gedankt.

Auf dem Gebiet der Jugendarbeit darf die erstmalige Veranstaltung einer Jungbürgerfeier am 8. Juli hervor gehoben werden, die an den Tag des Jahres 1514 erinnerte, an welchem der Abschluß des Tübinger Vertrages erfolgt ist. Das Zusammenwirken der Jugendverbände im Tübinger Jugendring kam im vergangenen Jahr nicht in öffentlichen Veranstaltungen zum Ausdruck. Eine rege Tätigkeit entwickelte sich jedoch in den einzelnen Vereinen. Wir können nur auf wenige Veranstaltungen hinweisen, so auf den evangelischen Jugendsonntag und die Arbeit im Hause des Jungen Mannes (CVJM), sowie auf das Jugendsportfest der katholischen Jugend. Die Bundesjugendspiele standen unter der Leitung der Schulen. Eine Tübinger Jugendgruppe stattete unserer Schwesterstadt Bougie in Nordafrika einen Besuch ab. Das Kulturamt förderte den Jugendring wie auch einzelne Jugendverbände durch Beratung und Beiträge.

Der Verkehrsverein, unterstützt vom Hotel- und Gaststättenverband, hat sich der Gäste unserer Stadt angenommen und auch die 5400 Besucher des neubauten Campingplatzes mit 6300 Übernachtungen betreut. Die Stadtverwaltung stand des weiteren in Fühlung mit dem Landesverkehrsverband in Stuttgart und dem in diesem Jahr neu gebildeten Gebietsverband Mittlere Alb/Nekkar, der mit dem Sitz in Reutlingen eine eigene Werbung aufgenommen hat. Der steigende Besuch an auslän-

Eröffnung
des Camping-Platzes an der
Rappenberghalde



dischen Gästen, aber auch an ausländischen Reportern zeigt, daß Tübingen Wert legen muß auf eine wirkungsvolle, den angesprochenen Nationen angepaßte Auslandswerbung. Das städtische Foto- und Diapositiv-Archiv dient neben Zwecken der Dokumentation auch dieser werbenden Aufgabe.

Auf dem Gebiet der Leibesübungen war das wichtigste Ereignis die Neugründung des Stadtverbands für Leibesübungen im Frühjahr. Der bisherige Ehrenrat der Sportvereine hat damit seine Tätigkeit eingestellt und seine Aufgabe an den neuen Stadtverband übertragen. Für seine selbstlose Arbeit zur Förderung von Sport und Leibesübungen sei dem Ehrenrat der Sportvereine herzlicher Dank ausgesprochen. Es ist uns hier nicht möglich, die gesamten Leistungen der Leibesübungen treibenden Vereine unserer Stadt zu würdigen.

Während die Vereine sich um den einzelnen Sportler und Turner und um die Mannschaft annehmen, sieht die Stadt ihre Hauptaufgabe in der Schaffung von Sporteinrichtungen, wie Turnhallen, Bädern, Sportplätzen und Ausstattung der Hallen. Nach dem Bau des beliebten Freibads konzentriert sich jetzt die Stadt auf die Errichtung einer Doppelturnhalle im Ammertal. Neben diesen Großprojekten bemühte sie sich um die Erhaltung und Verbesserung vorhandener Sportstätten, so wurde in Derendingen eine Aschenbahn angelegt, für den Platz der TSG in Tübingen eine neue Einzäunung geschaffen und auf der Heinrichswiese in Lustnau eine schöne Spielwiese eingerichtet.

Neben der Finanzierung dieser Sportstätten hat das Kulturamt zahlreiche Beiträge für Vereine ausgeworfen und viele Sportpreise vergeben. Besondere Förderung wurde auch dem Körperbeschädigten sport zuteil. Unsere Turn- und Sportvereine haben weitere wertvolle Aufbauarbeit geleistet und schöne Erfolge errungen. Die Turner des

Achalmgaus fanden sich zu einem großen Treffen in Lustnau zusammen. Die Damenabteilung der TSG 1845 errang die württembergische Meisterschaft im Korbball. Der SV 03 entwickelte eine beachtliche Breitenarbeit in seinen vielen Abteilungen und veranstaltete u. a. einen leichtathletischen Städtekampf mit Straßburg. In seiner Fußballabteilung haben sich neue, junge Kräfte hervor getan. Die Tübinger Vorprüfung für die Olympische Military



TSG 1845 Herbstmeister 1954 in der Handballverbandsrunde
des Bezirks Achalm



Besuch des früheren Präsidenten der USA,
Herbert Hoover, in Tübingen
am 25. November 1954

war ein Erfolg. Das herrliche Gelände des Schönbuschs ist für derartige Veranstaltungen, wie dies auch das Hubertusreiten und ähnliche Veranstaltungen erweisen, gut geeignet. Die Jugendmannschaft des Tennis-Clubs hat sich trefflich geschlagen, ebenso wie die jungen Schwimmer erfolgreiche Schwimmvergleichskämpfe bestanden haben. Mehrere württembergische Bestleistungen wurden von

Tübinger Sportlern erzielt. Es wären noch viele Erfolge von Sportvereinen zu nennen, von den Veranstaltungen der Radfahrer bis zu denen des ADAC. Wir müssen es jedoch dabei bewenden lassen, den Vorständen und aktiven Mitgliedern der Vereine verbindlichen Dank zu sagen für die geleistete Arbeit. Wir wünschen guten Erfolg für die Zukunft.

Liste der Tagungen und Kongresse im Jahr 1954

1. 4.— 3. 4. Tagung des Schulausschusses des Ober-
schulamts Tübingen
2. 4. Besuch holländischer Reisefachleute
3. 4.— 5. 4. VdK-Bundeskonferenz
12. 4.—13. 4. Hauptversammlung des Württember-
gischen Lehrervereins
24. 4.—25. 4. Tagung der württembergischen Augen-
ärztlichen Vereinigung
15. 5.—16. 5. Tagung des Deutschen Roten Kreuzes
6. 6.—13. 6. Deutscher Zoologentag
10. 7.—17. 7. Sprachkurs der Universität Lund
25. 7.— 6. 8. Psychotherapeutischer Kongreß der Uni-
versitäts-Nervenlinik Tübingen

3. 8.—30. 8. Hochschulkurs für ausländische Germa-
nisten
7. 9.—10. 9. Tagung der Astronomischen Gesellschaft
20. 9.—25. 9. Kurs für zahnärztliche Helferinnen
1. 10.— 3. 10. Chirurgischer Kurs des Zahnärztlichen
Instituts
6. 10.— 7. 10. Tagung des Vereins für Kommunalwirt-
schaft und Kommunalpolitik e. V.
14. 10.—15. 10. Tagung der deutschen Staatsrechtslehrer
23. 10.—24. 10. Tagung des Landesbühnenverbands

Von Universität und Stadt wurde Präsident Hoover am 25. November begrüßt.

DAS VERKEHRSWESEN

In mehreren Sitzungen des seit 1952 bestehenden Verkehrsausschusses, dem außer sechs Mitgliedern des Gemeinderats noch je ein Vertreter der Landespolizei, des ADAC, des Bürger- und Verkehrsvereins und der Omnibusunternehmer angehören, wurden alle auftretenden Verkehrsfragen gründlich besprochen. Der Verkehrsausschuß stellt seine Anträge an den Gemeinderat. Dort werden die entsprechenden Verkehrsanordnungen getroffen.

Die engen Straßenverhältnisse innerhalb der Stadt machen einen flüssigen Verkehr und die Verkehrssicherheit äußerst

schwierig. Es wurden eine ganze Reihe von Verkehrsbeschränkungen, wie Stopstellen, Park- und Haltverbote usw. angebracht, einzelne Fußgängerüberwege wurden neu errichtet.

Geschwindigkeitsbeschränkungen im Stadtbezirk wurden bisher aus grundsätzlichen Erwägungen nicht eingeführt.

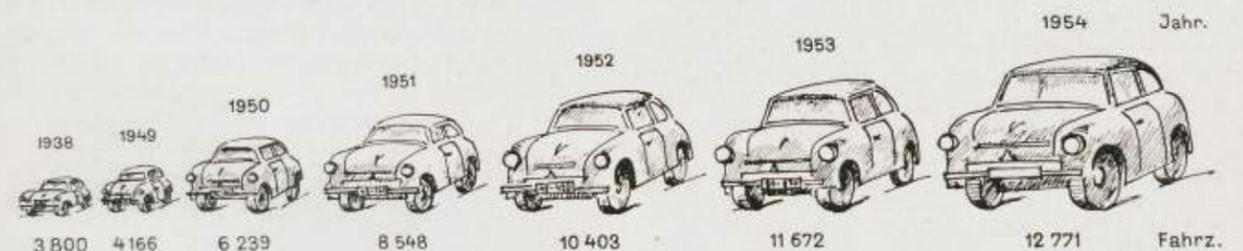
Der Verkehr hat in diesem Jahr *viele Todesopfer* gefordert. Alle schweren Unglücksfälle sind auf mangelnde Verkehrsdisziplin, Außerachtlassung der nötigen Vorsicht und auf unzulängliche Kenntnis der Verkehrsvorschriften zu-

rückzuführen. Besondere Gefahrenstellen sind bei der Kreuzung der Reutlinger Straße/Stuttgarter Straße und beim „Adler“ in Lustnau. Gerade die Kreuzung Reutlinger Straße/Stuttgarter Straße hat den Verkehrsausschuß und den Gemeinderat immer wieder beschäftigt. Als Sofortmaßnahme wurde nun die Einrichtung einer Stopstelle bei den beiden Einmündungen der Reutlinger Straße in die Stuttgarter Straße und die Einrichtung einer Blinkanlage über der Straßenkreuzung angeordnet. Für die Herstellung einer senkrechten Einmündung der Reutlinger Straße in die Stuttgarter Straße, statt der spitzwinkligen Kreuzung, werden jetzt von den technischen Ämtern die entsprechenden Pläne ausgearbeitet. Die Stuttgarter Straße bleibt also nach wie vor die Vorfahrtsstraße.

Auch bei der Einmündung der *Wilhelmstraße* in die Stuttgarter bzw. Bebenhäuser Straße beim „Adler“ in Lustnau ist ein Umbau der Verkehrsinsel vorgesehen, um eine senkrechte Einmündung der Wilhelmstraße herbeizuführen. Die Vorarbeiten hierzu sind im Gange.

Zur *Bekämpfung des Straßenlärms im Klinikviertel* wurden folgende vorläufigen Maßnahmen ergriffen: Die Prüf-
stelle für Kraftfahrzeuge des Landratsamts wurde von der Rümelinstraße in die Westbahnhofstraße verlegt. Das von der Rümelin-, Gmelin- und Calwer Straße umgrenzte Gebiet der Universitätskliniken wurde für den Verkehr mit Motorrädern, Motorrollern und Mopeds gesperrt. Für die Rümelinstraße wurde ein Fahrverbot für Motorräder von 22.00—6.00 Uhr angeordnet.

Innerhalb des *Stadtverkehrs Tübingen* wurde die Linie Hauptbahnhof—Schönblick bis zum Virus-Institut verlängert und für den Österberg und für die Neckarhalde versuchsweise ein Linienverkehr eingerichtet. Die Linie in die Neckarhalde mußte wegen unzureichender Benützung wieder aufgehoben werden. Die Ausdehnung des Linienverkehrs in die Südstadt (Gegend der Kiesackerstraße und des Gaswerks) wird angestrebt.



In diesen Zahlen sind die zugelassenen Anhänger nicht berücksichtigt.

Im Berichtsjahr wurden beim Amt 810 *Führerscheinanträge* (im Vorjahr 768) bearbeitet.

Um den *Mangel an Parkplätzen* zu beheben sind umfangreiche und kostspielige Baumaßnahmen erforderlich, die aus finanziellen Gründen noch nicht durchgeführt werden konnten.

Fremdenverkehr

Wenn auch in den meisten Städten die Ziffern des *Fremdenverkehrs* laufend steigen, so sind doch nicht in allen

Sämtliche *Omnibushaltestellen* haben eine einheitliche Bezeichnung erhalten und wurden mit einem übersichtlichen Fahrplan versehen. Der *Winterfahrplan* für den Stadtverkehr hat durch die Einlegung weiterer Kurse, namentlich in den Abendstunden, eine weitere Verbesserung erfahren. Die berechtigten Wünsche der Bevölkerung wegen des Zubringerverkehrs zu den Schulen und Fabriken wurden weitgehend erfüllt. Eine weitere Verdichtung des Fahrplans, etwa durch die Einführung eines starren Fahrplans mit einem 15 oder 20 Minutenverkehr war bisher nicht möglich, auch nicht auf der Hauptverkehrsader vom Hauptbahnhof nach Lustnau, weil die vorhandenen Fahrzeuge nicht ausreichen. Auch sind hier insofern Grenzen gesetzt, als die Wirtschaftlichkeit des gesamten Stadt- und Ortslinienverkehrs auf Grund vertraglicher Bindung gesichert bleiben muß. Eine finanzielle Belastung der Stadt durch den Stadtverkehr ist wohl nicht tragbar.

Der *Fahrpreistarif* für den Stadtverkehr wurde neu geregelt. Ihm liegt ein Teilstreckenplan zugrunde, nach welchem die Fahrpreise berechnet werden. Der Mindestpreis beträgt nun 25 Pfennig statt bisher 20 Pfennig. Bei Zeit- und Monatskarten, wie auch für Kinder, Schüler, Kriegsverwehrt, werden Preisvergünstigungen gewährt.

Der Absicht, an der Wilhelmstraße gegenüber der Universität und gegenüber dem Haus Restle in Lustnau für den Stadtverkehr *Wartehallen* einzurichten, stehen immer noch geldliche und technische Gründe entgegen. Trotz verschiedener Verbesserungen läßt der Stadtverkehr immer noch zu wünschen übrig. Die Unzulänglichkeiten liegen in der Hauptsache auf betriebstechnischem Gebiet. Die Stadtverwaltung ist unablässig bemüht, eine verlässliche und ordnungsmäßige Betriebsführung zu ermöglichen.

Die *Zunahme der Fahrzeuge im Straßenverkehr* ist aus folgenden Zahlen ersichtlich:

Im Kreis Tübingen waren zugelassen:

Fällen die Unterschiede zu den Besucherzahlen vor dem Kriege so groß wie in Tübingen. Nach der Währungsreform hat ein ausnehmend rascher Anstieg der Übernachtungszahlen eingesetzt. Im Jahre 1952 waren bereits doppelt so viel Übernachtungen festzustellen wie im Jahre 1938, nämlich 72 183 gegenüber 36 743. Diese Zahlen sind auch in diesem Jahr wieder gestiegen. Freilich ist nun die Aufnahmekapazität der Stadt erreicht und nur durch die Vergrößerung der Bettenzahlen können auch höhere Gästezahlen erreicht werden. Höhepunkte der Fremdenverkehrssaison war der Monat August mit 15 719 Übernachtungen.

1954 waren insgesamt 55 838 Gäste zu verzeichnen und 91 038 Übernachtungen. Darunter sind 11 622 ausländische Gäste und 22 101 Übernachtungen. Vertreten waren bei den Übernachtungen der Ausländer

die Franzosen mit 4130, die Schweizer mit 3213, die Amerikaner mit 2363, die Engländer mit 2141, die Holländer mit 1886, die Schweden mit 1701 und die Italiener mit 1566.

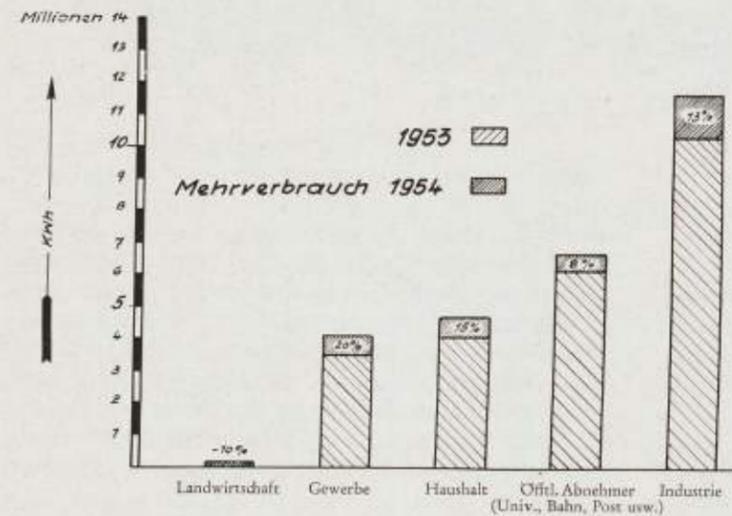
STEIGENDER BEDARF AN STROM, GAS UND WASSER

Elektrizitätsversorgung

Der Stromabsatz zeigt eine überaus befriedigende Entwicklung. Der Mehrabsatz des Jahres 1954 gegenüber 1953 beträgt 13 Prozent. Die nutzbare Stromabgabe liegt 1954 damit bei 27 Millionen kWh. Der Strombedarf nähert sich damit der 30-Millionen-Grenze.

Da die Stromerzeugung aus Wasserkraft etwa in der Höhe des Vorjahres liegt, wurde der Mehrbedarf gegenüber 1953 in Höhe von 3 Millionen kWh durch Mehrbezug von der Landesversorgung gedeckt. Die Ausbringung an Strom aus Wasserkraft zeigt ein von der allgemein üblichen Auffassung abweichendes Bild, obwohl das Jahr 1954 besonders naß verlief. Die nutzbare Wasserführung des Neckars war nur im April und ab September höher als im Jahr 1953, während in den übrigen Monaten im Jahr 1953 mehr Strom aus Wasserkraft erzeugt werden konnte als im Jahr 1954.

An dem Anstieg des Stromabsatzes sind, bis auf die Landwirtschaft, alle Verbrauchergruppen beteiligt. Besonders bemerkenswert ist der Mehrverbrauch an Strom des Gewerbes um 20 Prozent und der Haushaltungen um 15 Prozent. Da die Zahl der Haushaltszähler gegenüber dem Vorjahr nur um 7 Prozent zugenommen hat, ergibt sich, daß die einzelnen Haushaltungen in erheblich stärkerem Maße von den Möglichkeiten der Stromverwendung Gebrauch gemacht haben. Die Entwicklung des Stromverbrauchs der Industrie und des Gewerbes zeigt ein erfreuliches Bild vom Aufstieg des gewerblichen und industriellen Lebens unserer Stadt.



Aufteilung des Stromabsatzes auf die verschiedenen Verbrauchergruppen

Das Bestreben der Stadtwerke ist, den Fortgang dieser Entwicklung durch Bereitstellung der nötigen elektrischen Energie auch weiterhin zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist aber, daß laufend die Stromverteilungsanlagen erweitert und verstärkt werden. Es wurde daher im Jahr 1954 rund eine Million DM in Neuanlagen des Elektrizitätswerkes investiert.

Im Kraftwerk an der Rappenberghalde wurden die Maschinen-Schaltanlage und die 5000-Volt-Verteilungs-Schaltanlage umgebaut und auf einen neuzeitlichen Stand gebracht. Auch im Wasserkraftwerk an der Brückenstraße befindet sich die 5000-Volt-Maschinen-Schaltanlage im Umbau zwecks Verstärkung. Das Kraftwerk an der Rappenberghalde und die Gebäude des Neckarwerkes entlang der Werkstraße erhielten durch einen neuen Verputz wieder ein gepflegtes Aussehen. Im Werk Nonnengasse wurde die Erweiterung der Baulichkeiten mit der Aufstockung des Maschinenhauses abgeschlossen. Der alte Verwaltungsbau und das Maschinenhaus wurden in ihrem Äußeren den Neubauten angeglichen, so daß der ganze Gebäudekomplex nunmehr einen einheitlichen Charakter hat.

Im Berichtsjahr wurden drei neue Transformatorstationen erstellt. Die Transformatorstationen beim Trinkwasserbehälter Sand und im Hochzonenbehälter auf der Eberhardshöhe dienen in erster Linie der Sicherung der Wasserversorgung der hochgelegenen Stadtteile, aber auch der Versorgung der umliegenden Stadtteile, insbesondere der Wildermuth-Siedlung und der Waldhäuser Höhe, mit Strom. Die Transformatorstation auf der Eberhardshöhe war außerdem Voraussetzung für die Belieferung des Neubaus der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere mit Baustrom. Die neue Transformatorstation Bebenhausen ermöglicht die Umstellung der Stromversorgung von Bebenhausen von 110 Volt auf die normale Spannung von 380/220 Volt.

Transformatorstation Bebenhausen



Eine größere Zahl neu verlegter Hochspannungskabel ermöglicht eine stärkere Anspeisung der in der Stadt zerstreut liegenden Transformatorstationen. Insgesamt wurden neun Kilometer neue Kabel und acht Kilometer neue Freileitungen verlegt.

Die Umstellung der Stromversorgung von Gleichstrom auf Drehstrom macht weitere Fortschritte und wirkt sich auf den Absatz an Gleichstrom aus, der sich um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr verringert hat.

Mit den Arbeiten für eine wesentlich stärkere und sicherere Belieferung der beiden größten Industrieabnehmer, Frot-

tierweberei und Braun & Kemmler, wurde begonnen. Zu diesem Zweck wurde von der Energie-Versorgung Schwaben die 15 000-Volt-Freileitung vom Gaswerk bis Braun & Kemmler käuflich erworben. Sie wird in nächster Zeit teilweise verkabelt und teilweise mit stärkeren Leitungsdrähten belegt. In der Nähe der Firma Braun & Kemmler wird ein Schalthaus erstellt als Knotenpunkt für die Hochspannungsversorgung des unteren Neckartals. Von hier aus wird im nächsten Jahr ein Verbindungskabel zur Frottierweberei gezogen und eine Verbindung geschaffen zu dem 15 000-Volt-Netz der Energie-Versorgung Schwaben. Die Schalteinrichtungen wie auch die Kabel sind bereits in Auftrag gegeben. Mit dem Rohbau wird demnächst begonnen. Auch die Erstellung der Hochspannungszuleitung zum Schnarrenberg für den Neubau der Medizinischen Klinik und des Berufsunfallkrankenhauses ist in die Wege geleitet.

Straßenbeleuchtung

Die Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Innenstadt wurde planmäßig weitergeführt. Die veralteten Lampen in der Kornhausstraße, Hafengasse, Pflughofstraße, Lange Gasse, Collegiumsgasse, Brunnenstraße und Neckargasse wurden durch neuzeitliche Leuchten mit Blendungsschutz ersetzt. Dabei wurden die Überspanndrähte, soweit nötig, verstärkt. Durch einzelne zusätzliche Leuchten wurde die Beleuchtung ausgeglichen. Im östlichen Teil der Uhlandstraße wurden die alten Beleuchtungskörper durch Röhrenleuchten ersetzt.

Straßenbeleuchtungen wurden neu angebracht in der Waldhörnlstraße Derendingen, in der Wildermuth-Siedlung und in der Schwärzlocher Straße sowie an zahlreichen Bedarfsstellen. Auf dem Sternplatz wurde eine Röhrenpilzleuchte und an der neuen Steinlachbrücke in der Gartenstadt zwei Betonmasten mit Röhrenleuchten an Auslegern aufgestellt.



Das umgebaute Verwaltungs-Gebäude der Stadtwerke in der Nonnengasse



Neuer Trinkwasser-Hochbehälter auf dem Sand

Zur Verbesserung der Beleuchtung des Marktplatzes wurde am Hotel Lamm eine Lampe in einem handgeschmiedeten Korb an einem ebenfalls handgeschmiedeten Ausleger angebracht.

Insgesamt wurden 38 neue Leuchten mit Glühlampen und 8 Leuchten mit Röhren montiert.

Die Ausstattung der Stuttgarter Straße zwischen Hechinger Eck und Reutlinger Straße mit Röhrenleuchten an Auslegern von Betonmasten steht vor dem Abschluß.

Insgesamt wurden für die Straßenbeleuchtung 123 000 DM aufgewendet, von denen auf Stromkosten 55 000 DM, auf die Unterhaltung des Leitungsnetzes 28 000 DM und auf die Einrichtung neuer Anlagen 40 000 DM entfallen.

Gasversorgung

Auch der Gasabsatz hat, nachdem im Vorjahr der Eindruck einer Stagnation entstehen konnte, wieder merklich, und zwar um 4,5 Prozent zugenommen. Er liegt jetzt bei 5,7 Millionen cbm im Jahr. Es wurden 103 Häuser mit 271 Zählern neu angeschlossen. Da die Zunahme an Zählern 2,7 Prozent, der Anstieg des Gasabsatzes aber 4,5 Prozent beträgt, ist der Mehrverbrauch nicht nur durch das Wachstum der Stadt bedingt, sondern durch einen echten Mehrverbrauch der alten Abnehmer. Zur Verbesserung des Gasdruckes im Viertel Bismarckstraße—Schaffhausenstraße wurde eine Druckreglerstation in der Nähe der Firma Sidler aufgestellt. Sie füllt das Niederdrucknetz aus der Mitteldruckleitung Gaswerk—Neckarwerk auf. Abweichend von der bisher üblichen Praxis wurde die Druckreglerstation anstatt in einem gemauerten Haus in einem wesentlich gedrängteren Blechschrank mit gutem Erfolg untergebracht. Die Gasmitteldruckleitung wurde vom Fernheizwerk bis zur Ecke Rümelin-/Schmiedtorstraße verlängert. In der Nähe des Kelterplatzes wird in Bälde ebenfalls eine Druckreglerstation aufgestellt, um den Druck in der Weststadt anzuheben und die Voraussetzung für die Belieferung der Klinikneubauten auf dem Schnarrenberg zu schaffen. Insgesamt wurden 4,2 km Gasrohrleitungen in Straßen verlegt.

Wasserversorgung

Eine Überraschung bereitete die Entwicklung des Wasserabsatzes im Jahr 1954. Es ist eine sprunghafte Steigerung des Wasserabsatzes eingetreten, und zwar wurden mit 2,6 Millionen cbm 16 Prozent mehr Wasser abgesetzt als im Vorjahr. Dies ist um so überraschender, als das Jahr 1954 ja kein Trockenjahr war. Es ist anzunehmen, daß erhebliche Schwierigkeiten in der Wasserversorgung aufgetreten wären, wenn sich der Wasserbedarf noch mehr gesteigert hätte durch einen besonders trockenen Verlauf des Jahres.

Aus dieser überraschenden Entwicklung muß die Folgerung gezogen werden, daß gerade auf die Bereitstellung weiterer Wassergewinnungsmöglichkeiten sehr großer Wert gelegt werden muß und daß die Stadt bei den hierfür eingeleiteten Schritten richtig gehandelt hat. Im Laufe des Sommers wurde nämlich im unteren Neckartal mit dem Bau eines neuen Horizontalfilterbrunnens begonnen. Der Brunnen selbst mit seinen Filtern ist bereits hergestellt. In den nächsten Wochen wird mit dem Bau des Pumpenhauses und mit der Anschlußrohrleitung angefangen. Aus den vom Grunde des Kesselbrunnens in horizontaler Richtung in den Kiesschichten des Talgrundes vorgetriebenen Filterröhren strömten beim Bau erhebliche Wassermengen, so daß anzunehmen ist, daß der in Kürze vorzunehmende Pumpversuch ein befriedigendes Ergebnis zeigen wird. Mit diesem neuen Brunnen wird es wohl gelingen, den Mehrbedarf an Wasser in den nächsten Jahren zu befriedigen und die Frist bis zur Fertigstellung der Bodensee-Wasserversorgung zu überbrücken.

Der endgültige Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung ist im Oktober 1954 gegründet worden. Die Stadt Tübingen hat sich mit 4,6 Prozent kapitalmäßig beteiligt, was der Anschlußleistung von 75 Liter in der Sekunde entspricht. Da die Anschlußleistung mindestens zu 50 Prozent ausgenutzt werden muß, sind wir verpflichtet, nach der Fertigstellung der vom Bodensee kommenden und bei Tübingen vorbeiführenden Rohrleitung etwa 1,2 Millionen cbm im Jahr zu beziehen. Maximal können wir aus der Bodenseeleitung etwa 2,4 Millionen cbm im Jahr entnehmen.

Während so die notwendigen Wassermengen bereit gestellt werden, gelang es durch Fertigstellung des im Vorjahr im Rohbau erstellten neuen Trinkwasserbehälters auf dem Sand nunmehr wieder einen Tagesbedarf an Wasser aufzuspeichern und damit eine Reserve für stoßweise auftretende Nutzabgaben und Feuerlöschzwecke sowie für etwaige Stromausfälle zu schaffen.

Das in einem Anbau des Trinkwasserbehälters Sand untergebrachte und ebenfalls bereits in Betrieb genommene Pumpwerk gestattet, aus diesem Behälter Wasser in die Hochzone Waldhäuser Höhe zu drücken. Damit ist diese Hochzone nun von zwei Seiten aus angespeist und es ist eine stärkere und sicherere Versorgung der hochgelegenen Stadtteile um die Waldhäuser Höhe erreicht.

Erhebliche Rohrleitungen mußten zum Anschluß des erwähnten Trinkwasserbehälters an die von den Pumpwerken heranzuführende Leitung und an das Rohrnetz der Hochzone verlegt werden. Besonders erwähnt sei auch der Bau einer Hauptspeise-Rohrleitung von 250 mm lichter Weite von den Pumpwerken in der Au durch die Eisenbahnstraße bis zu deren Einmündung in die Reutlinger Straße. Durch diese Leitung können aus den Pumpwerken von Süden her dem Stadtinneren erheblich größere Wassermengen zugeführt werden als bisher. Außerdem dient die Leitung einer stärkeren Belieferung der Stadtteile südlich der Eisenbahn.

Eine Reihe von Straßen wurde durch Verlegung von Wasserrohren neu erschlossen; in anderen Straßen wurden die Leitungen verlängert. Insgesamt wurden etwa 5 km Wasserleitungsrohre neu verlegt.

Etwa 122 Häuser wurden an das Rohrnetz angeschlossen. Die Zahl der Wassermesser hat damit um 2,7 Prozent zugenommen und überschritt 5000.

Die Bäder

Das Uhlandbad erfreut sich einer zunehmenden Beliebtheit bei der Bürgerschaft, was sich in den Benützungszahlen der ersten 10 Monate des Jahres 1954, die den entsprechenden Zahlen des Jahres 1953 gegenübergestellt wurden, ausdrückt:

	Schwimm-Bäder	Brause-Bäder	Wannenbäder		Dampf-Bäder	Medizin. Bäder
			I. Klasse	II. Klasse		
1953	46 910	40 470	17 681	28 326	2 331	2 192
1954	47 871	43 185	17 500	31 625	2 504	2 226
Anstieg						
in %	+ 2,1	+ 6,7	— 1	+ 11,7	+ 7,4	+ 1,5

Lediglich bei den Wannenbädern I. Klasse ist eine kleine Abnahme zu verzeichnen. Hier hat anscheinend nach Verbesserung der Wannenbäder II. Klasse eine gewisse Abwanderung auf die II. Klasse stattgefunden.

Auch im Berichtsjahr wurden die Bemühungen, das Uhlandbad in allen seinen Einrichtungen in einen erfreulichen Zustand zu bringen, fortgesetzt. In der Schwimmhalle wurden sämtliche Fenster erneuert, im Wannenbad I. Klasse wurden die Kabinen frisch gestrichen und in zwei Kabinen die Wannen ausgewechselt. Der Fußboden des Ganges im Wannenbad II. Klasse wurde mit Terrazzoplatten ausgelegt und die Beleuchtung verbessert. Der Fußboden des Massageraumes wurde neu isoliert und mit Platten ausgelegt. Außerdem wurde der Massageraum durch den Einbau eines neuen Entlüftungskamins verbessert.

In der Warmwasserbereitungsanlage für die Wannenbäder wurde ein Mikrophos-Filter eingeschaltet, um die Verkalkung dieser Anlage zu verhindern. Eine zusätzlich eingebaute Einrichtung in die Reinigeranlage sorgt dafür, daß das Wasser des Schwimmbades leicht alkalisch gehalten wird, um Augenreizungen durch das Chlor zu verringern.

Die Ergebnisse der bakteriologischen Untersuchungen der laufend aus dem Schwimmbad entnommenen Wasserproben zeigen, daß der hygienische Zustand des frisch gereinigten Wassers wie auch des Wassers am Ablauf des Schwimmbeckens sehr befriedigend ist. Dasselbe Ergebnis wurde bei den Wasserproben des Freibads festgestellt.

Der Besuch des Freibads hat sehr unter der kühlen und feuchten Witterung gelitten. Während im Jahr 1952 154 000 und im Jahr 1953 140 000 Besucher gezählt wurden, waren es 1954 nur 97 000. Auch der sehr starke Andrang an den wenigen Sonnentagen konnte das Ergebnis nicht entscheidend verbessern. Die höchste Besucherzahl wurde am 20. 6. mit 5 942 (gegenüber 5 650 am 27. 7. 53) festgestellt. Der durchschnittliche Tagesbesuch an 134 Betriebstagen betrug 720 Personen. Überraschend angestiegen ist die Benützung der Warmwasserbrausen. Sie wurden 2014 mal von Männern und 1 618 mal von Frauen benützt, gegenüber einigen wenigen 100 Benützungen im Vorjahr. Vielleicht bestand das Bedürfnis, sich nach einem kalten Bad wieder aufzuwärmen. Die Durchschnittstemperatur des Schwimmbeckens betrug 18,2° gegen 18,5° im Vorjahr. Die Einrichtungen der Kinder-Plansch- und Spielwiese wurden durch den Bau eines Hauses mit Auskleide- und Toilettenräumen ergänzt. Auf der Südseite des Freibadgeländes wurde eine Reihe von Bäumen neu angepflanzt.

Abschied von Direktor Richard Beck

Der kaufmännische Werkleiter, Direktor Richard Beck, ist mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand auf 31. Dezember 1954 in den Ruhestand getreten. In einer kleinen Feierstunde kurz vor Weihnachten würdigten Oberbürgermeister Dr. Mülberger und der technische Werkleiter, Direktor Appel, die Verdienste von Direktor Beck um die Entwicklung der Stadtwerke und sprachen ihm den Dank und die Anerkennung aus für seine der Stadt Tübingen in 32 Jahren geleisteten treuen Dienste.

Direktor Beck trat im November 1922 in den Dienst der Stadt ein. Damals wurde ihm die Leitung des Wohnungsamtes übertragen, welche Stelle er bis zur Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, Ende des Jahres 1930, bekleidete.

Zu Beginn des Jahres 1931 wurde Direktor Beck als Rechnungsführer zu den städtischen technischen Werken versetzt. Im Jahre 1935 übernahm er die Geschäfte der Verwaltung und die Kasse dieser Werke und wurde kurze Zeit später offiziell zum Leiter der Verwaltung der Werke bestellt. Nach seiner Beförderung zum Oberrechnungsrat bzw. Stadtmann wurde er im Jahre 1951 zum Direktor ernannt.

Direktor Beck stellte stets seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen als Verwaltungsfachmann in den Dienst der Stadt. Seine besondere Aufmerksamkeit schenkte er der ständigen Verbesserung und Verfeinerung des Voranschlags- und Rechnungswesens der Stadtwerke. Im Jahre 1935 wurden von ihm für die Verwaltung der

Werke Geschäftsverteilungspläne aufgestellt, wodurch die Abgrenzung der Aufgaben des technischen Leiters und des kaufmännischen Werkleiters vorgenommen wurden.

Direktor Beck hat in kluger Vorausschau Finanzierungsfragen von wesentlicher Bedeutung gelöst. Hierbei sei erwähnt die Sanierung der Kraftwerk-Tübingen GmbH.

SONSTIGE ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN

Feuerlöschwesen

Durch die Anschaffung eines neuen Tanklöschfahrzeugs „Fabrikat Magirus“ wurde der Bestand an Löschfahrzeugen um ein modernes Gerät erweitert. Das neue Fahrzeug verfügt über einen Wassertank von 2400 l und ist mit einem 130 PS luftgekühlten Dieselmotor sowie einem Allradantrieb ausgestattet. Das entbehrlich gewordene bisherige Tanklöschfahrzeug der Feuerwehr wurde dem Kreisfeuerlöschverband überlassen.

Das älteste Fahrzeug der Feuerwehr (Baujahr 1925), das in Derendingen als Schleppwagen verwendet wurde, ist ausgeschieden und durch ein Kleinlöschfahrzeug ersetzt worden.

Um die dringend notwendige Vergrößerung des Schulhofs der Volksschule Derendingen durchführen zu können, wurde das Gerätemagazin der Derendinger Löschgruppe abgebrochen. Die Geräte dieser Löschgruppe befinden sich nun in einem Raum des Rathauses Derendingen.

An *Einsätzen* hatte die Freiwillige Feuerwehr zu verzeichnen: 9 Großfeuer, 12 Mittelfeuer, 8 Kleinf Feuer, 20 Wald- und Flurbrände, 8 böswillige Alarmer, 19 Hilfeleistungen, ferner 107 Sicherheitswachen, 63 Bereitschaftswachen an Sonn- und Feiertagen und 2 Probealarmer.

Land- und Forstwirtschaft

Die im Jahre 1952 wegen des Ausbruchs der Trichomonadenseuche in Tübingen, Lustnau und Derendingen eingeführte künstliche Besamung der Rinder hat sich gut bewährt und wird vermutlich beibehalten werden. Die Ziegenbockhaltungen werden in derselben Größe wie bisher aufrechterhalten.

Durch die anhaltende Bautätigkeit und durch den Abschluß der Flurbereinigungen Galgenberg und Ziegeltäle mußte die Universitätsstadt Tübingen einen großen Teil ihrer verpachteten Grundstücke im Berichtsjahr vorzeitig zurücknehmen, was einen Rückgang der Pachteinnahmen zur Folge haben wird. Vorübergehend wird auch ein Mangel an Pachtgrundstücken eintreten, bis es der Stadt gelungen sein wird, wieder entsprechendes Gelände für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse in diesem Jahr ist der *städtische Obstertrag* gut gewesen. Dieses Ergebnis ist einer vorbildlichen Obstbaumpflege und Schäd-

und der Kauf der zweiten Hälfte des Kraftwerks Tübingen—Herrenberg gegen Bezahlung von rund 1 Million RM unter gleichzeitiger Übernahme der Geschäftsführung von Herrenberg nach Tübingen sowie die Weiterführung der Kraftwerk-Tübingen GmbH als Einmann-Gesellschaft nach eingehender Prüfung der Rentabilität und aller damit zusammenhängenden Fragen.

lingsbekämpfung zu danken. Ein Zuschußbedarf wird auch in diesem Jahr vorhanden sein, weil die Erlöse aus Obst durch die Rekordernte fast in allen Teilen des Landes weit unter dem vorjährigen Durchschnitt liegen.

Die bisher von der Besatzungsmacht beschlagnahmten *Jagden* sind auf 1. Juli 1954 freigegeben worden. Im Laufe des Sommers wurden die Jagdbezirke neu eingeteilt und an deutsche Jäger verpachtet.

In den *städtischen Waldungen* sind im abgelaufenen Forstwirtschaftsjahr — abgesehen von einem Sturmshaden in der Gaishalde — keine außergewöhnlichen Eingriffe erfolgt. Der aufgestellte Nutzungsplan wurde mit 2966 fm erfüllt, davon entfallen 960 fm auf Laubholz und 2006 fm auf Nadelholz. Erlös 204 000 DM. Der Nutzholzteiler des Gesamteinschlags betrug 68 Prozent.

Für den Stiftungswald wurde ein neuer *Wirtschaftsplan* für das Jahrzehnt 1954/1963 gefertigt. Der Nutzungssatz konnte von 230 fm auf 420 fm Derbholz erhöht werden. Auch für die übrigen städtischen Waldungen sind neue Wirtschaftspläne in Bearbeitung.

Den *Kulturarbeiten* wurde auch im vergangenen Jahre wieder besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Mit 184 400 Jungpflanzen wurde seit Kriegsende die höchste Zahl an Neupflanzungen erreicht, davon sind 100 000 Rotbuchen aus eigenen Beständen als Vorbau in Nadelholzbeständen eingebracht worden.

Im Stadtwald *Derendingen* wurden die Holzabfuhrwege durch Chausseierung der Erdwege verbessert.

Veterinärwesen

Das Städtische Fleischbeschauamt hat im Jahre 1954 bei insgesamt 13 917 Stück Schlachtvieh die Schlachtvieh- und Fleischschau vorgenommen. Vom Städtischen Trichinenschauamt wurden 7553 Schweine und 52 Wildschweine auf Trichinen untersucht. Während die Schlachtungen seit Kriegsende in ständigem Anstieg begriffen waren, ist im Berichtsjahr gegenüber 1953 (14 526) erstmalig ein Rückgang um 4,2 Prozent zu verzeichnen. Die *Ursachen des Rückganges* der gewerblichen Schlachtungen sind *steigende Einfuhren von Frischfleisch und Fleischwaren*, vornehmlich durch die Niederlassung einer auswärtigen Großschlachtereie in Tübingen. Bei weiterem Rückgang der gewerblichen Schlachtungen am Schlachthof Tübingen wird aus naheliegenden Gründen die Erhebung einer Ausgleichs-

abgabe für eingeführtes Frischfleisch nicht mehr zu umgehen sein.

Die Schlachtungen haben zwar den Stand des Jahres 1938 immer noch um 10,2 Prozent überschritten, der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung liegt aber auch heute noch wesentlich unter dem Vorkriegsstand.

Im Rahmen der tierärztlichen Lebensmittelüberwachung und der planmäßigen Beaufsichtigung der Metzgereibetriebe, Lebensmittelgeschäfte usw. wurden zahlreiche Besichtigungen von Gewerbebetrieben und Untersuchungen von Lebensmitteln tierischer Herkunft vorgenommen.

VERWALTUNGSÄMTER

Aus der Arbeit des Hauptamts

Seit der letzten Gemeinderatswahl haben sich im *Gemeinderat* folgende *Änderungen* ergeben: Die am 15. November 1953 gewählte Stadträtin Dr. Himmelreicher ist am 24. Januar 1954 gestorben. An ihre Stelle ist auf der Liste der Freien Demokratischen Partei Gottfried Fritz nachgerückt. Außerdem ist am 17. Mai 1954 der am 15. November 1953 gewählte Stadtrat Prof. Dr. Thielicke wegen seiner Berufung nach Hamburg ausgeschieden. An seine Stelle trat Stadtrat Helmut Lutz (Christlich-Demokratische Union).

In *21 Sitzungen des Gemeinderats* (in der Regel mit einem öffentlichen und nichtöffentlichen Teil) und *30 nichtöffentlichen Sitzungen der Inneren und Technischen Abteilung* wurden vom Gemeinderat über 547 Gegenstände und von der Inneren und Technischen Abteilung über 793 Gegenstände beraten.

Auch in den übrigen Abteilungen und Ausschüssen des Gemeinderats ist in zahlreichen Sitzungen umfangreiche und erprießliche Arbeit geleistet worden.

Einen kurzen Überblick über die sonstige, vielseitige Tätigkeit des Hauptamts geben die folgenden Zeilen: Weitere Überarbeitung des Ortsrechts (z. B. Ortsbausatzung über Werbeeinrichtungen) und Aufstellung eines Geschäftsverteilungsplans für die Stadtverwaltung, Betreuung des Umzugs der technischen Ämter in den Verwaltungsneubau an der Brunnenstraße, der Umzug des Steueramts von der Silberburg ins Rathaus und die Zusammenlegung aller Dienststellen des Amts für öffentliche Ordnung in der Silberburg, wie auch die Durchführung der *Oberbürgermeisterwahl* am 24. September 1954 im Museum lag in den Händen des Hauptamts.

Das Wahlamt war im Berichtsjahr mit der Bearbeitung der zentral zusammengefaßten *kommunalen Statistiken* und der vom Gemeinderat auf den 10. Oktober 1954 festgesetzten *Oberbürgermeisterwahl* beauftragt.

In den 25 Stimmbezirken der Stadt Tübingen waren insgesamt 25 765 Gemeindebürger wahlberechtigt, wovon 17 321 = 67,2 Prozent ihre Stimme abgaben.

Das Tierheim der Universitätsstadt Tübingen wurde fertiggestellt und dem Tierschutzverein Tübingen e. V. zum eigenverantwortlichen Betrieb übergeben. Auf Grund vertraglicher Regelung hat der Tierschutzverein die der Stadt obliegenden Aufgaben bezüglich der Unterbringung, Wartung und Pflege herrenloser Hunde und Katzen sowie die Verwahrung und Pflege seuchenverdächtiger Tiere auf Grund tierseuchenpolizeilicher Anordnung übernommen. Zur Durchführung dieser umfangreichen Aufgaben erhält der Tierschutzverein aus der Stadtkasse eine jährliche Entschädigung.

Von den abgegebenen 17 211 gültigen Stimmen entfielen im 1. Wahlgang am 10. Oktober auf die Bewerber

Oberbürgermeister Dr. Wolf Mülberger	7 136 = 41,46 %
Oberregierungsrat Hans Gmelin	7 061 = 41,03 %
Regierungsrat Dr. Karl Heuer	3 003 = 17,45 %
Zersplittert	11 = 0,06 %

Zusammen: 17 211 = 100 %

Nachdem im ersten Wahlgang keiner der Bewerber die vorgeschriebene absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte, wurde eine Stichwahl unter den beiden Bewerbern

Oberbürgermeister Dr. Wolf Mülberger und
Oberregierungsrat Hans Gmelin

erforderlich, die vom Gemeinderat auf den 24. Oktober 1954 festgesetzt wurde. Im zweiten Wahlgang, der ebenfalls nach den Grundsätzen der ersten Wahl durchzuführen war, gaben insgesamt 18 447 Wahlberechtigte = 71,6 Prozent ihre Stimme ab. Die Wahlbeteiligung lag somit um 4,4 Prozent höher als bei der ersten Wahl. Von den abgegebenen 18 338 gültigen Stimmen erhielten:

Oberregierungsrat Hans Gmelin	10 052 = 54,82 %
Oberbürgermeister Dr. Wolf Mülberger	8 286 = 45,18 %

Zusammen 18 338 = 100 %

Damit ist *Oberregierungsrat Hans Gmelin für die kommenden 8 Jahre zum Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen gewählt.*

Adremaabteilung

Neben den vielen *Druckarbeiten*, die von der Adrema mit zwei Druckmaschinen für die Verwaltung und für die Stadtwerke ausgeführt werden, z. B. Steuerkarten, Wählerlisten, Wahlausweise, Adressenvordrucke usw., usw., müssen täglich die *Platteien* auf Grund der polizeilichen An-, Um- und Abmeldungen ergänzt und erneuert werden. Im Jahre 1954 waren etwa 12 000 poli-

zeitliche Meldungen und 1 400 standesamtliche Veränderungen zu bearbeiten. Die nachstehenden Zahlen sollen einen Einblick in die Aufgaben der Adrema vermitteln:

Ausgewählte Adresseneindrücke:

19 100 in Grundsteuer-Bescheide und -Vorauszahlungsbescheide
900 in Hundesteuerbescheide
46 560 in Einwohnersteuer-Bescheide und Veranlagungsregister
26 000 in Wählerlisten zugleich als Druck der Wahlausweise für die Oberbürgermeisterwahl am 10. und 24. Oktober 1954
18 650 in Steuerkarten für 1955, außerdem je etwa
13 000 Adressenvordrucke für Abnehmerkarten und Ablesebücher der Stadtwerke.

Die Verteilung der staatlichen Bauförderungsmittel wurde beim Hauptamt vorgenommen. (Siehe darüber den eingehenden Bericht beim Abschnitt „Bauwesen“.)

Aus dem Standesamt und Rechtsamt

Die Einwohnerzahl der Universitätsstadt Tübingen ist bis zum 1. Januar 1955 auf 44 334 gestiegen. Die Zunahme in der Zeit vom 1. Januar 1954 bis 1. Januar 1955 beträgt 1 569 Personen (im Monat rund 130 Personen). Im Jahr 1954 war ein Geburtenüberschuß von 323 und ein Wanderungsgewinn von 1 246 zu verzeichnen.

Entwicklung der Stadt Tübingen seit 1910:

1910	22 953 Einwohner
1919	24 500 Einwohner
1925	24 652 Einwohner
1939	30 418 Einwohner (1934 Eingemeindung von Lustnau u. Derendingen)
1945/46 (zwei Jahresdurchschnitte)	34 000 Einwohner
1950	37 506 Einwohner
1. 1. 1952	40 379 Einwohner
1. 1. 1953	41 654 Einwohner
1. 1. 1954	42 765 Einwohner
1. 1. 1955	44 334 Einwohner

Bei den Standesämtern in Tübingen, Lustnau und Derendingen sind im Jahr 1954 658 Geburten ortsansässiger Mütter (gegenüber 682 im Vorjahr) zu verzeichnen und 11 Totgeburten; darunter 78 Geburten von französischen Müttern und sonstigen Ausländerinnen.

1 226 Kinder wurden in der Universitäts-Frauenklinik von ortsfremden Müttern geboren (gegenüber 1028 im Vorjahr).

Die Eheschließungen sind mit 352 (gegenüber 372 im Vorjahr) weiter zurückgegangen; darunter sind 17 Eheschließungen, wobei Mann oder Frau oder beide Ausländer sind, zu verzeichnen.

Von der ortsansässigen Bevölkerung sind 335 Personen (gegenüber 382 im Vorjahr) gestorben, außerdem in den Tübinger Universitätskliniken 502 ortsfremde Personen,

gegenüber 547 im Vorjahr. 19 ortsansässige und 182 ortsfremde Kinder unter 1 Jahr sind gestorben.

58 Kirchnaustrittserklärungen gegenüber 68 im Vorjahr wurden gemeldet.

Mit der Registrierung der Geburts- und Sterbefälle, der Kirchnaustritte sowie mit den Aufgebots- und Eheschließungen ist die Tätigkeit des Standesamts bei weitem nicht erschöpft. Zahlreiche Personenstandsunterlagen (insbesondere Geburts- und Sterbeurkunden) sind auszustellen, die Personenstandsbücher sind fortzuführen durch Randeinträge über alle möglichen Handlungen wie Adoptionen, Namenserteilungen, Ehescheidungen usw., usw. In das laufend fortgeführte Familienregister wurden insbesondere zahlreiche heimatvertriebene Familien, die schon längere Zeit in Tübingen wohnen, neu aufgenommen.

Zum eigentlichen Aufgabengebiet des Rechtsamts gehört die Ausstellung von Armenrechtszeugnissen, Äußerungen zur Ausstellung von Staatsangehörigkeitsausweisen und Heimatscheinen (durch das zuständige Landratsamt), Unterschriften- und Abschriftenbeglaubigungen aller Art.

Eine weitere Dienstaufgabe des Rechtsamts ist die Vorbereitung und Mithilfe bei der Durchführung der jährlich etwa 800 Pockenschutzimpfungen bei Erst- und Wiederimpfungen.

Die Grundbuchratschreiberei beurkundete 252 städtische Kauf-, Tausch- und Erbbaurechtsverträge (gegenüber 174 im Vorjahr).

Beim Sühneamt sind in der Zeit vom 1. November 1953 bis 15. November 1954 34 Anträge auf Vornahme von Sühneversuchen wegen Beleidigung, Verleumdung, Bedrohungen und leichten Körperverletzungen gestellt worden. In 18 Fällen sind die Antragsgegner zum anberaumten Sühnetermin nicht erschienen, so daß von den Antragstellern Privatklage beim Amtsgericht Tübingen erhoben wurde. Von den 16 durchgeführten Sühneverhandlungen konnten 11, das sind 70 Prozent mit Erfolg abgeschlossen werden. 5 Verhandlungen sind trotz eingehenden Vermittlungsversuchen des Sühnebeamten gescheitert.

In der Zeit vom 1. November 1953 bis 15. November 1954 sind bei der städt. Preisbehörde für Mieten und Pachten für rund 103 Wohnungen schriftliche Anträge von Vermietern, Mietern und Untermietern auf Mietpreiserhöhung, Mietpreissenkung, Mietpreisfestsetzung oder -feststellung und 12 Anträge auf Feststellung der gesetzlichen Untermiete sowie 12 Anträge auf Abgabe eines mietpreisrechtlichen Gutachtens eingegangen. Davon wurden im einzelnen erlassen für:

- 70 Wohnungen Mietpreiserhöhungsbescheide
- 2 Wohnungen Mietpreissenkungsbescheide
- 2 Wohnungen Mietpreisfestsetzungsbescheide
- 20 Wohnungen Mietpreisfeststellungsbescheide.

In 12 Fällen wurde durch Bescheide die gesetzliche Untermiete festgestellt. Von den abgegebenen 12 mietpreisrechtlichen Gutachten entfallen auf die Stadtverwaltung und Stadtwerke 7 und auf das Amtsgericht 5. In 4 Fäl-

len wurden der Sachbearbeiter der städt. Mietpreisbehörde und der Bausachverständige als Zeugen bzw. Gutachter zu Verhandlungen beim Amtsgericht Tübingen herangezogen. Gegen zwei Bescheide der städt. Preisbehörde wurde beim Regierungspräsidium Verwaltungsbeschwerde eingelegt, über die bis heute noch nicht entschieden ist. Rechtsbeschwerde wurde in einem Falle beim Verwaltungsgerichtshof erhoben.

Der Publikumsverkehr in den Vormittagsstunden zur Einholung von Auskünften in mietpreisrechtlichen Fragen ist nach wie vor recht stark.

Rechnungsprüfungsamt

Die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes bewegte sich in demselben Rahmen wie in den früheren Jahren, d. h. das Rechnungsprüfungsamt hat die Jahresrechnung, die verschiedenen Kassen, die Rechnungsführung der Ämter, die Bestände an Büchern, Kunstwerken, Möbeln usw. zu überprüfen. Im Verwaltungsbericht des letzten Jahres wurde hierüber ausführlich berichtet. Es soll deshalb an dieser Stelle lediglich darauf verwiesen werden.

Vom Amt für öffentliche Ordnung

Durch die Unterbringung aller Diensträume des Amtes für öffentliche Ordnung in der Silberburg konnte die Raumfrage für das ganze Amt befriedigend gelöst werden. Der Personalstand hat sich nicht verändert, obwohl dem Amt neue Aufgaben übertragen wurden und hier wie bei allen Ämtern die Arbeit gewachsen ist.

Auf dem Gebiet des Ortsrechts wurde am 4. Juli 1954 vom Oberbürgermeister mit Zustimmung des Gemeinderats eine neue Marktordnung und Marktgebührenordnung erlassen. In Verbindung damit sollte in der Südstadt während der Beerenzzeit ein zweiter Wochenmarkt eingerichtet werden. Der Versuch ist zunächst gescheitert, da der Markt nur von einzelnen Verkäufern besetzt wurde. Die Neuregelung des Marktwesens hat sich bewährt.

Am 26. Juli 1954 wurde eine Ortsbausatzung über Werbeeinrichtungen aufgestellt, um den Auswüchsen der Wirtschaftsreklame entgegenzutreten zu können. Die Altstadt genießt nun einen besonderen Schutz. Werbeeinrichtungen die in ihrer Gestaltung zu einer Beanstandung durch das Stadtplanungsamt führen, werden einem Sachverständigenbeirat, der aus zwei Vertretern des Gemeinderats, je einem Vertreter des Handels und Gewerbes, des Landesamts für Denkmalpflege und einem Vertreter des BDA zusammengesetzt ist, zur Begutachtung vorgelegt. Dieser Sachverständigenbeirat ist bisher einmal zusammengetreten. Die Entscheidung über die Ablehnung einer Werbeeinrichtung liegt bei der Technischen Abteilung des Gemeinderats. Eine ausgesprochene Fremdreklame wird grundsätzlich abgelehnt.

Die Reklameschilder an den Eingangsstraßen zur Stadt

außerhalb des geschlossenen Wohnbezirks wurden zum größten Teil beseitigt, der Rest wird demnächst auch entfernt werden.

Auf dem Gebiet des Gewerberechts wurden 518 gewerbliche An- und Abmeldungen, 73 Anträge auf Erteilung der Erlaubnis nach dem Einzelhandelsschutzgesetz, 14 Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften, 19 Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Branntweinhandel und 6 Ausverkäufe bearbeitet.

Ein neues Arbeitsgebiet, die Aufstellung von mechanischen Spielgeräten ist noch hervorzuheben. In den meisten Gaststätten sind 1 oder 2 Spielgeräte aufgestellt, für die jeweils die Genehmigung zur Aufstellung erteilt wurde. Spielhallen bestehen in Tübingen noch nicht.

In Tübingen wohnen zur Zeit 535 Ausländer aus 40 Staaten, dazu kommen noch 102 heimatlose Ausländer. Die meisten von ihnen stammen aus Österreich, Frankreich, Italien, Amerika, Schweiz, Griechenland und England. Von den asiatischen Ländern ist der Irak mit 19 Personen am stärksten vertreten.

Die Paß- und Ausländerstelle bearbeitete u. a. 5055 Reisepaß-Neuausstellungen und -Verlängerungen, 376 Aufenthaltserlaubnisse für Ausländer und 125 Wiedereinreiseseitvermerke. Eine große Anzahl von Wandererbescheinen, Legitimationskarten, Waffenscheinen für Sport- und Faustfeuerwaffen, Fischereischeine und Leichenpässe wurden ausgestellt.

Rund 5500 Anträge auf Ausstellung von Personalausweisen (im Vorjahr etwa 2200) wurden bearbeitet. Bei der Fundstelle wurden 1125 Fundsachen und 1350 verlorene Gegenstände angemeldet. 1025 Führungszeugnisse wurden ausgestellt. Auf Grund der eingegangenen Strafanzeigen wurden dem Amtsgericht 1456 Strafvorschläge gemacht. Zur Teilnahme am Verkehrsunterricht wurden 75 Personen vorgeladen.

Verhältnismäßig zahlreich waren die Fälle, in denen Familien auf Grund von Räumungsurteilen eine Notunterkunft im Wege der Obdachlosenfürsorge beschafft werden mußte. Ihre Unterbringung bereitet häufig große Schwierigkeiten. Für Familien, die nicht wieder kurzfristig in ihre bisherige Wohnung oder in Teile derselben eingewiesen werden können, sollte die Bereitstellung von Behelfsunterkünften erwogen werden.

Auf Grund des Gesetzes über die Unterbringung von Geisteskranken, Geistesschwachen und Suchtkranken in Krankenanstalten vom 26. 2. 1952 mußten 6 Verfahren durchgeführt werden.

Das Einwohnermeldeamt hatte erheblichen Auskunftsdienst zu leisten. U. a. waren 12 084 Meldescheine zu bearbeiten, davon 5368 Anmeldungen, 4070 Abmeldungen, 2646 Ummeldungen und rund 300 Aufenthaltsanzeigen von Ausländern.

Über das beim Amt für öffentliche Ordnung einschlägige Verkehrswesen siehe die besondere Abhandlung Seite 38.

Lustnau

Durch den Bezug der *Neubauten* auf dem Aule, woselbst im Frühsommer 33 Wohneinheiten, größtenteils für Flüchtlinge, fertig wurden, sowie durch den Bezug der weiteren Neubauten in der Eberhard-Wildermuth-Siedlung ist die Bevölkerungszahl von Lustnau auf nahezu 6000 gestiegen. Weitere 47 Wohneinheiten sollen auf dem Aule erstellt und der restliche Platz (für etwa 20 Wohneinheiten) für andere Zwecke reserviert werden.

Um den immer wieder auftretenden Überschwemmungen der Wilhelmstraße durch den *Gutleuthausbach*, unter denen die Anlieger sehr stark zu leiden haben und die den Verkehr auf der Wilhelmstraße vielfach lahmgelegt haben, abzuwenden, beschloß der Gemeinderat, dem Gutleuthausbach in seinem unteren Teil eine andere Führung zu geben, ihn einzudoln und zur Ammer abzuleiten. Man hofft nun, im Zusammenhang mit dem in der Tagesklinge geschaffenen Rückhaltebecken in Zukunft die Wilhelmstraße hochwasserfrei halten zu können.

Die Anlage eines *Spielplatzes* auf der Heinrichswiese in unmittelbarer Nähe der Turnhalle bedeutet für die Schule zur Durchführung ihrer Turnstunden während der Sommermonate eine große Erleichterung; entfällt doch dadurch der weite Anmarschweg zu den Sportplätzen. Außerdem ist die Schuljugend nicht mehr gezwungen, außerhalb der Schulstunden auf den Verkehrsstraßen zu spielen.

Im neuen *Ev. Gemeindehaus*, das im letzten Jahr begonnen wurde, werden zur Zeit die Innenausbauten durchgeführt; auch die Arbeiten an der *Katholischen Kirche* und am *Altersheim* in der Pfrondorfer Straße, mit denen erst im Sommer begonnen wurde, gehen rasch vorwärts. Über weitere größere Bauten, wie den Trinkwasserbehälter auf dem Sand, berichtete das Hochbauamt.

Der *Turn- und Sportverein Lustnau* konnte in diesem Jahr mit dem Bau eines Sporthauses auf dem Sportplatz beginnen. Die Vereine haben im Berichtsjahr vielfältige Veranstaltungen durchgeführt.

Die *Württ. Frottierweberei Lustnau* konnte ihr neues Gefolgschaftsheim seiner Bestimmung übergeben, auch wurden innerhalb der Fabrikanlagen große Erweiterungsbauten vorgenommen. Die *Frottierweberei M. Jope & Co.* hat ihr Fabrikgebäude um ein weiteres Stockwerk erhöht und auch die Firma *Braun & Kemmler, Metallwarenfabrik*, mußte Erweiterungsarbeiten infolge der Entwicklung des Werkes vornehmen. Die Firma *Gebr. Queck, Zementwarenfabrik*, mußte eine weitere Werkhalle erstellen, um dem steigenden Bedarf ihrer Erzeugnisse gerecht zu werden.

Die Hauptaufgabe der *Geschäftsstelle* bestand wieder

darin, die Bürger des Stadtteils Lustnau in vielen Fragen des öffentlichen und privaten Rechts zu beraten und ihnen in allen Fällen an die Hand zu gehen. Vor allem wurde hier die Verbindung zu den städt. Ämtern hergestellt, bzw. erleichtert. Besonders erwähnt werden soll noch die Neueinrichtung des Geschäftszimmers, das jetzt auch als Trauzimmer dient.

Derendingen

Die Tätigkeit in Derendingen soll hier nur mit einzelnen Aufgaben erwähnt werden, da die einzelnen Berichte in das Arbeitsfeld der verschiedenen städt. Ämter fallen. Hier sei vor allem noch einmal auf den Bau der Mühlbachbrücke hingewiesen. Das Rathaus wurde an die städt. Dole angeschlossen. Ferner wurde die Innenausstattung des Rathauses verbessert, die Westseite instandgesetzt und mit neuen Fenstern versehen. Auch wurden im Rathaus Unterstellräume für das Feuerwehrgerät geschaffen, nachdem das Feuerwehrmagazin auf dem Hof der Christlichen Gemeinschaftsschule aus Platzgründen abgebrochen worden war. Auf dem Spielplatz wurde eine *100-m-Aschenbahn* angelegt. Obwohl es an geeignetem Bauland fehlt und die private Baufreudigkeit nicht groß ist, konnten 6 Häuser erstellt werden, 2 Wohnblocks der Firma Montanwerke Walter befinden sich im Bau.

Auf der *Geschäftsstelle* herrschte reger Publikumsverkehr. Hier wurden zahlreiche Fragen der Einwohner bearbeitet. Der Personalstand blieb unverändert.

Zu erwähnen sind noch die Bundesjugendspiele und die Schulentlassfeier, die beide gut gelungen sind; die Derendinger Vereine haben sich auch an auswärtigen Veranstaltungen erfolgreich beteiligt.

Die *Ortsausschüsse von Lustnau und Derendingen* haben sich in zahlreichen Sitzungen und mehreren Besichtigungen mit allen die beiden Stadtteile berührenden Fragen befaßt. Unter den Beratungsgegenständen sind in erster Linie die Wohnungsprobleme zu nennen, weiter Grundstücksfragen, die Stellungnahme zu Ortsbauplänen, die Instandsetzung von Straßen und Wegen, Kanalisationsarbeiten, Bauarbeiten, Unterhaltung der städtischen Gebäude, außerdem Fürsorgeanträge, Gesuche gewerblicher Art und Grundstücksverpachtungen. Den beiden Ortsausschüssen soll an dieser Stelle für die Arbeit, die sie als Mittler zwischen Bevölkerung und Stadtverwaltung geleistet haben, besonders herzlich gedankt werden. Sie ermöglichten eine reibungslose Zusammenarbeit mit den städt. Ämtern und konnten durch ihre Orts- und Sachkenntnisse der Stadtverwaltung wertvolle Anregungen geben.

Die Zahl der *Beamten* ist im Kalenderjahr 1954 vorübergehend von 85 auf 84 gefallen. Sie wird im nächsten Jahr wieder ansteigen, da die Stadt Tübingen die ihr nach dem Gesetz zu Art. 131 GG. auferlegte Verpflichtung bis heute noch nicht ganz erfüllt hat. Die Stadt Tübingen hat 17 Planstellen zu besetzen und hat hiervon bis heute erst 13 besetzt. Der Ausgleichsbetrag, den die Stadt auf Grund des Gesetzes zu Art. 131 GG. an den Bund zu leisten hat, hat sich um etwa 3000 DM ermäßigt, beträgt aber immer noch rund 42 000 DM jährlich. Die Zahl der *Angestellten* ist im Berichtsjahr von 244 auf 259, also um 15, gestiegen. Dieser Zuwachs ist im Vergleich mit dem Anwachsen der Bevölkerung sowie im Hinblick auf die dadurch für die Stadtverwaltung sich ergebenden neuen Arbeiten und Aufgaben gering.

Die Zahl der *Arbeiter* (266) hat sich nicht verändert.

Was die Einstellung besonderer *Personengruppen* betrifft, so hat die Stadt Ende 1954 beschäftigt:

an politisch Verfolgten	3 = 0,49 %
an Heimatvertriebenen	51 = 8,37 %
an Schwerbeschädigten	50 = 8,21 %
an 131ern	20 = 3,26 %

Über die *Gehälter* der kommunalen *Angestellten* und über die Löhne der kommunalen *Arbeiter* wurden im vergangenen Jahr zahlreiche Verhandlungen geführt, an denen der Oberbürgermeister als Vertreter der kommunalen arbeitsrechtlichen Vereinigung Südwürttemberg-Hohenzollern beteiligt war.

a) Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) einerseits und die Gewerkschaft ÖTV und die Deutsche Angestelltengewerkschaft andererseits haben am 10. September 1954 einen Tarifvertrag geschlossen, der bewirkt hat, daß die monatlichen Grundvergütungen der *Angestellten* im Durchschnitt um 5 Prozent erhöht wurden. Ein weiterer Tarifvertrag sichert den Angestellten die gleichen Weihnachtsgatifikationen wie in den vergangenen Jahren.

b) Die Tariflöhne der kommunalen *Arbeiter* richteten sich bisher nach dem Bundeslohntarif Nr. 3 vom 31. 3. 1953. Am 10. 9. 1954 wurde der den Bundeslohntarifvertrag Nr. 3 ablösende Bundeslohntarifvertrag Nr. 4 geschlossen, der am 12. 9. 1954 in Kraft trat. Er sieht vor, daß der Ecklohn (Handwerkerlohn) in Ortsklasse A um 0,06 DM erhöht wird. Dort wo die Eckloohnerhöhung für den einzelnen Arbeiter eine Lohnerhöhung von we-

niger als 0,05 DM ergeben würde, beträgt die Lohnerhöhung 0,05 DM. Gleichzeitig wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der die Bestimmungen des § 62 Nr. 37 B MT-G über den *Urlaubslohn* neu regelte. Weiter wurde auch für die kommunalen Arbeiter ein Tarifvertrag geschlossen, der ihnen die gleichen *Weihnachtsgatifikationen* wie in den beiden vergangenen Jahren sichert. Am 13. Oktober 1954 wurde sodann der Bezirkslohntarifvertrag Nr. 1 für das *Haus- und Küchenpersonal* durch den Bezirkslohntarif Nr. 2 abgelöst. Durch diesen Vertrag wurde der Monatsbarlohn des Haus- und Küchenpersonals im Durchschnitt um 8 DM erhöht. Die Löhne der *Waldarbeiter und Steinbrucharbeiter* wurden in Verhandlungen mit der Gewerkschaft Steine und Erden und Land- und Forstwirtschaft ebenfalls um 0,05 DM pro Stunde erhöht. Die Verhandlungen über einen Bundesmanteltarifvertrag für Waldarbeiter sind bis zur Abfassung dieses Berichts noch nicht abgeschlossen worden. Es darf aber damit gerechnet werden, daß die Waldarbeiter in Zukunft wie die Tiefbauarbeiter Krankenlohn und einen neuen Urlaubslohn erhalten und Kinderzuschläge in gleicher Höhe wie alle übrigen kommunalen Arbeiter.

Der *Personalaufwand* der Stadt ohne Stadtwerke betrug im Rechnungsjahr 1953: 2 816 125 DM (1952: 2 494 265 DM). Er hat in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1954 betragen: 1 430 919 DM (1953: 1 336 968 D-Mark).

Anstelle einer Maifeier wurden im Berichtsjahr wiederum getrennt für Stadtverwaltung und Stadtwerke *Betriebsausflüge* in den nördl. Schwarzwald und nach Ludwigsburg (Blühendes Barock) bzw. nach Welzheim und an den Ebnisee ausgeführt, die allen Teilnehmern unvergeßliche Eindrücke von der landschaftlichen Schönheit dieser unserer weiteren Heimat vermittelten.

Personalvertretung

Wie im Vorjahr, so hätte auch im Jahre 1954 die Personalvertretung bzw. der Betriebsrat der Stadtwerke bei einer Reihe von Neueinstellungen, Aufrückungen und Versetzungen von Angestellten und Arbeitern mitgewirkt. In den allermeisten Fällen konnte durch Vorgesprächen mit der Verwaltung den Anträgen, Vorschlägen und Wünschen der Betriebsvertretung entsprochen werden. Hierbei ist ganz besonders die große Zahl der auf 1. April beantragten Vorrückungen zu erwähnen.

Verstorbene

aus der Bürgerschaft:

- 12. 3. 1954 Archivrätin a. D. Prof. Dr. Friedrich Rauers
- 20. 5. 1954 Kaufmann Friedrich Beutelspacher
- 2. 6. 1954 Bürgermeister a. D. Anton Häussler
- 10. 6. 1954 Korrektor Ferdinand Zeeb (chem. Gemeinderat)
- 23. 9. 1954 Kaufmann Friedrich Schnaith
- 11.10.1954 Rechtsanwalt Friedrich Bacher
- 13.10.1954 Kunstmaler Friedrich Schüz
- 16.11.1954 Chefredakteur Will Hans Hebsacker

aus der Universität:

- 13. 1. 1954 Prof. Dr. Karl Hofmann

aus der Stadtverwaltung:

- 19. 3. 1954 Maria Pietsch, Trichinenschauerin
- 16. 6. 1954 Julie Hartmaier, Schreibgehilfin
- 8. 9. 1954 Berta Nowack, Putzfrau

Ernennungen

in der Stadtverwaltung

- Städt. Baurat Beicher, Stadtplanungsamt
- Stadtbaurat Giesing, Hochbauamt
- Städt. Verm.-Rat Henig, Vermessungsamt
- Städt. Baurat Sauter, Tiefbauamt
- Stadtoberinspektor Raisch, Steueramt
- Stadtsekretär Schindler, Rechnungsprüfungsamt
- ap. Verm.-Sekretär Gugel, Stadtmessungsamt
- Städt. Veterinär Dr. Höhn, Fleischbeschauamt
- Stadtamtman Seizinger, Amt für öffentliche Ordnung
- Stadtbauberinspektor Henkel, Hochbauamt
- Stadtinspektor Karch, Stadtpflege
- Stadtsekretär Baumann, Stadtwerke
- Stadtinspektor Pfauth, Stadtwerke

im Schuldienst

- Studienrat Dr. Arnold, Wildermuthgymnasium
- Studienrat Hermann Beeser, Kaufm. Berufsschule
- Hauptlehrerin Bochterle, Haushaltungsschule
- Hauptlehrer Johannes Fischer, Ev. Volksschule Tübingen-Lustnau
- Studienrat Dr. Freisler, Keplergymnasium

- Gewerbeschuldirektor Frieß, Gewerbl. Berufsschule
- Lehrerin Grabert, (Hölderlin-) Christl. Gemeinschaftsschule
- ap. Oberschullehrer Kassner, Keplergymnasium
- Studienrat Dr. Maisack, Uhlandgymnasium
- Studienrätin von Möller, Keplergymnasium
- Studienrat Dr. Müller, Wildermuthgymnasium
- Konrektor Müller, Ev. Volksschule Tübingen-Lustnau und Christl. Gemeinschaftsschule Tübingen
- Oberstudienrat Dr. Reyer, Gewerbl. Berufsschule
- Hauswirtschaftslehrerin Seidel, Hauswirtschaftl. Berufsschule
- Direktorin Schick, Haushaltungs- u. Frauenarbeitsschule
- Handelslehrer Schneider, Kaufm. Berufsschule
- Oberstudienrat Schweizer, Keplergymnasium
- Rektor Zwirner, Ev. Volksschule Tübingen
- Oberstudienrat Dr. German am Uhlandgymnasium wurde die Amtsbezeichnung *Oberstudienrat* verliehen

In den Ruhestand traten beim Schuldienst:

- Gewerbeschuldirektor Aichele, Gewerbl. Berufsschule
- Oberlehrerin Bandtel, Ev. Volksschule Tübingen
- Oberstudienrat Dr. Bückle, Keplergymnasium
- Lehrer Huber, Christl. Gem. Schule, Tüb.-Derendingen
- Hauptlehrerin Schwarz, Haushaltungs- u. Frauenarbeitsschule

Dienstjubiläen

25jähriges Dienstjubiläum in der Stadtverwaltung feierten:

- 9. 2. 1954 Adolf Brodbeck, Monteur
- 2. 4. 1954 Karl Schwaigert, Techn. Kaufmann
- 15. 4. 1954 Ernst Lichtenberger, Obermonteur
- 24. 4. 1954 Friedrich Hipp, Bauhofschmied
- 1. 9. 1954 Wilhelm Reinhardt, Maschinenmeister
- 1. 9. 1954 Pauline Helle, Schuldienerin in Lustnau
- 9. 10. 1954 Josef Stopper, Maurer
- 13. 11. 1954 Karl Werner, Stadtoberinspektor
- 25. 11. 1954 Jakob Mall, Obermaschinist

40jähriges Dienstjubiläum in der Stadtverwaltung feierten:

- 22. 5. 1954 Hermann Brodbeck, Straßenwärter
- Nov. 1954 Wilhelm Staiger, Waldarbeiter

Hier sind beigelegt drei Ansprachen, die aus Anlaß der *Verabschiedung* von Oberbürgermeister Dr. Mülberger und Stadtdirektor Asmuß in der öffentlichen Gemeinderatsitzung am 30. Dezember 1954 im Rathaus in Tübingen gehalten wurden: von Beigeordnetem Otto Erbe, von Regierungspräsident Dr. Walser, von Sr. Magnifizenz, Universitätsprofessor Dr. Arnold, sowie die beiden *Danksagungsreden* von Oberbürgermeister Dr. Mülberger und Stadtdirektor Asmuß.

Ansprache des Beigeordneten Erbe

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister!

Wenn man Ihre Leistungen, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Mülberger würdigen will, so braucht es nicht viel Worte. Man kann sogar mit dem Bibelwort sagen:

Wenn diese schweigen, so werden die Steine reden. Stehen sie doch alle da, die vielen Bauwerke, die in Ihrer Amtszeit erstellt worden sind. Man muß ja schon auf das 15. Jahrhundert zurückgehen, um eine ähnliche Häufung von Bauleistungen in Tübingen zu finden.

Manche meinen, die schillernde Gabe der Popularität sei Ihnen nicht in die Wiege gelegt worden. Dem mag sein wie ihm wolle, eines jedenfalls steht fest: Ihre sämtlichen Unternehmungen stellen eine ausgesprochen soziale Gesinnung unter Beweis.

Ihre ganze Sorge galt den kleinen Leuten, denen das Schicksal schwer mitgespielt hat.

Sie haben es nicht dabei bewenden lassen, durch den Bau von fast 2600 Wohnungen Heimatvertriebenen, Kriegsverehrten und Spätheimkehrern ein neues Heim zu schaffen, sondern Sie sind am Tage vor dem Einzug nach Niedernau gefahren, um die für Tübingen bestimmten Familien persönlich zu begrüßen. Nach dem Einzug haben Sie bei 40 Familien Besuch gemacht, um Ihre persönliche Verbundenheit mit dem Schicksal dieser Opfer des Krieges zu bekunden. Sie haben überdies eine heimatvertriebene Familie in Ihre Wohnung aufgenommen. Wieviele Tübinger Familien haben dies getan?! Sie hatten es als Oberbürgermeister nicht nötig, in der Zeit der größten Wohnungsnot persönlich die Wohnungen zu besichtigen, um den Wohnraum gerecht zu verteilen. Ihre soziale Gesinnung hat Sie aber dazu veranlaßt, diese unpopuläre Aufgabe persönlich zu übernehmen. Es ist eine große Genugtuung für Sie, daß in der letzten von Ihnen geleiteten Sitzung der Gemeinderat 300 000 DM für den Bau von Wohnungen bewilligt hat, Wohnungen, die hauptsächlich Tübinger Wohnungssuchenden und leistungsschwachen Mietern zur Verfügung gestellt werden können.

Die Tübinger *Schulen* verdanken Ihnen außerordentlich viel. Sie haben dafür gesorgt, daß die Räume der alten Schulen neu hergerichtet wurden und auch die Kinder der Altstadt jetzt gut untergebracht sind. Zum erstenmal seit Bestehen dieser Schulen werden auch die Kinder der Altstadt einen geordneten Turnunterricht genießen in der mit allen Finessen der Neuzeit ausgestatteten neuen Doppelturnhalle im Ammertal.

Zum erstenmal seit Jahrzehnten wurde ein neues vorbildliches Volksschul-Gebäude gebaut: die *Mörrike-Schule*.

Ihren sozialen Sinn bewiesen Sie auch durch die Einrichtung einer *Mittelschule*, die vom Gemeinderat beschlossen wurde, in einer Zeit, wo wir wirklich nicht wußten, wo sie unterzubringen wäre.

Der Bau der neuen *Gewerbe- und Handelsschule* ist ein besonderes Ruhmesblatt Ihrer Amtszeit. Damit haben Sie Handwerk und Industrie auf Jahrzehnte hinaus entscheidend gefördert. Es ist schade, daß Sie sich gerade wegen dieser Pioniertat viel Feindschaft zugezogen haben. Sie hatten aber immer den Mut, auch gegen den Strom zu schwimmen, wenn es galt, dem Fortschritt zu dienen.

Welchen Angriffen sahen Sie sich wegen der *Erweiterung der Eberhardsbrücke* ausgesetzt. Aber die am ärgsten gewettert, sind still und stumm, heißt es im Tübinger Kommersbuch. Auf der Brücke entwirren sich die Autoschlängen und Tausende von Arbeitern, die morgens, mittags und abends von und zu den Zügen gehen, verdanken Ihnen, daß sie nun auf den erweiterten Bürgersteigen gefahrlos gehen können. Auch die Alleenbrücke, die Waldhörlebrücke und der Indianersteg sowie der Freibadsteg wurden während Ihrer Amtszeit gebaut.

Ein dauerndes Denkmal wird das *Freibad* für Sie sein. Wie sehr haben Sie sich als alter Wassersportler gefreut, wenn jung und alt sich im Bade tummelte. Auch das Uhlandbad wurde neu hergerichtet. Ihr Herz schlug ja immer besonders für die Jugend, angefangen bei den Kindern im Kindergarten, und es ist Ihnen eine besondere Genugtuung, daß Sie den neuen Kindergarten in der Hallstattstraße noch selbst einweihen konnten.

Auch die Alten im *Bürger- und im Pauline-Krone-Heim* danken Ihnen für Ihre persönliche Fürsorge. Sie haben das Werk Ihres Vorgängers OBM Hartmeyer fortgesetzt und zwei Neubauten, das Parkhaus und das Birkenhaus, erstellt.

An jeder Feier im Bürgerheim und Pauline-Krone-Heim waren Sie persönlich anwesend und haben an Freud und Leid der Bewohner teilgenommen.

Die *Kirchen* beider Bekenntnisse und die *Religionsgemeinschaften* haben Sie in vorbildlicher Weise unterstützt, die Kirchenbauten, die Beschaffung von Glocken und die Kindergärten in jeder Weise gefördert. In den Sitzungen des Sozialausschusses haben Sie für jeden einzelnen Fürsorgefall ein warmes Herz gezeigt.

Auch den *Spätheimkehrern* galt – aus eigener Schicksalsverbundenheit heraus – Ihre besondere Anteilnahme, und Sie haben ihnen jede Hilfe erteilt. Für die *Vermissten*

stifteten Sie die *Gedenktafel* an der Stiftskirche, die erste in der Bundesrepublik und für die *Gefallenen* wurde das würdige *Ehrenmal* auf dem Bergfriedhof errichtet.

Die Tübinger *Musiktage* haben den Ruhm Tübingens als Kunststadt weithin bekannt gemacht. Hier sei Ihre persönliche Förderung hervorgehoben.

Das *Landestheater* war Ihnen als früheres Städtetheater besonders ans Herz gewachsen. – Durch Zuweisung eines sehr günstigen Bauplatzes ermöglichten Sie dem *Südwestfunk* den Bau des „Studio Tübingen“, auf das wir so stolz sind.

In Würdigung der turnerischen Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart wurde in Tübingen der „*Deutsche Turnerbund*“ neu gegründet.

Auch an der *Neubelebung* des Reitsports und des *Tennis* haben Sie tätigen Anteil genommen.

Dank gebührt Ihnen auch für die Förderung der historischen *Stadtgarde zu Pferd* und der *Pauper*.

Ein Ruhmesblatt für Sie ist die Entwicklung der *technischen Werke* über und unter der Erde und die Erschließung der Waldhäuser Höhe durch Straßen und Wasserhochbehälter, der von neuen Brunnen im Neckartal gespeist wird.

Die *Gewerbesteuer* ist die Hauptquelle der städt. Einnahmen. Auch bei dem Oberbürgermeister geht die Liebe durch den Magen. Es ist deshalb selbstverständlich, daß Sie sich um die Entwicklung von Industrie, Handwerk und Handel besonders bemüht haben.

Die Förderung der *alteingesessenen Industrie* stand Ihnen im Vordergrund, aber auch eine Reihe von *neuen Betrieben* wurden angesiedelt. In diesen Tagen wird die Firma Rösch ihre Fabrikturen öffnen und neue Arbeitsplätze schaffen.

Durch die lebhaftige Tätigkeit im Hoch- und Tiefbau war das Handwerk derartig überbeschäftigt, daß manches Bauvorhaben zurückgestellt werden mußte.

Das *Kommöde* der Museumsgesellschaft und das Ihrer guten Verbindung zur „Allianz“ zu verdankende *Allianzhaus* haben die Initialzündung für die Modernisierung der Läden der Altstadt gegeben. Es ist Ihr persönliches Verdienst, wenn Tübingen heute eine Einkaufszentrale für die weiteste Umgebung geworden ist.

In keiner Universitätsstadt fühlt sich der Bürger so mit seiner *Universität* verbunden wie in Tübingen. Wir sind Ihnen deshalb zu besonderem Dank verpflichtet, daß Sie mit der Universität ein so gutes Einvernehmen hatten. Sie waren in der Förderung der Belange der Universität stets mit ihrem Gemeinderat einig. Auch den Max-Planck-Instituten haben Sie in Würdigung ihrer Bedeutung für Tübingen alle Wünsche zu erfüllen versucht.

Ihnen ist es gelungen, den Sitz der *Bundesforschungsanstalt* für Viruskrankheiten der Tiere für Tübingen zu sichern.

Unendlich viele Verhandlungen wegen des Bauplatzes galt es zu führen mit Landes- und Bundesbehörden und

mit der Besatzungsmacht, und der Erfolg zeigt, daß Sie für diese überaus komplizierten und oft schwierigen Verhandlungen eine besonders glückliche Hand hatten.

Die besondere Liebe des Tübingers gehört den *Studenten*. Ihre Verbindung mit der Studentenschaft haben Sie dadurch unter Beweis gestellt, daß Sie so oft Sie konnten, an studentischen Veranstaltungen und Festen teilnahmen. Tatkräftig sind Sie dafür eingetreten, daß die Stadt zu dem für die gesamte Studentenschaft bestimmten neuen Heim gegenüber der Universität einen namhaften Beitrag spendete.

Ihre Berufskollegen haben Sie in *Anerkennung Ihrer Leistungen* als Kommunal-Politiker in den *Deutschen Städtetag* und in den *Gemeindetag* und in manche weitere Organisationen gewählt, wo Sie in fruchtbarem Erfahrungsaustausch großen Einfluß hatten. Auch im Kreistag und Kreisrat und in der Kreissparkasse waren Sie immer zu ersprießlicher Arbeit bereit.

Eine *Riesenarbeit* liegt hinter Ihnen, und wir Gemeinderäte haben uns oft über Ihre unverwüsthliche Arbeitskraft gewundert. Stets waren Sie über alle Einzelheiten der Projekte unterrichtet und kannten jeden Posten des Haushaltsplans.

Niemals haben Sie den *Anspruch* erhoben, daß alle *Erfolge* Ihr *alleiniges Verdienst* seien. Sie haben immer die Arbeit Ihrer Mitarbeiter anerkannt. Natürlich ist es ein „team work“, ein Gemeinschaftswerk. Aber das ist ja gerade das Große, daß Sie verstanden haben, Kräfte zu wecken durch Ihre vorbildliche Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und den Amtsvorständen. Darin liegt der Schlüssel Ihrer Erfolge und Ihrer vorbildlichen Amtsführung. Dieses gute Einvernehmen hat seine Auswirkung auch auf die Beamten, Angestellten, Arbeiter und den Betriebsrat gehabt.

Noch *eines* soll *nicht* unerwähnt bleiben: Das Amt des Oberbürgermeisters einer Universitätsstadt legt in nicht unerheblichem Umfang auch *Pflichten repräsentativer und gesellschaftlicher* Art auf. Diese Pflichten haben Sie in ausgezeichneter Weise erfüllt und die Stadt hierbei stets in würdiger Weise vertreten. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben sind Sie in liebenswürdigster Weise von Ihrer Gattin unterstützt worden, die durch den der Österreicherin angeborenen Charme die Herzen aller gewann. Sie dürfen die Gewißheit haben, daß Ihre Person und Ihre Leistungen bei zahllosen Tübingern immer die gebührende Anerkennung finden werden. Ich möchte hoffen und wünschen, daß diese Gewißheit Sie ohne Verbitterung aus Ihrem Amte scheiden läßt. Wir sind auch sicher, daß Sie künftig wieder in einem Ihren hohen Fähigkeiten und großen Leistungen angemessenen Wirkungskreis tätig sein werden.

In dieser Zuversicht wünschen wir Ihnen und Ihrer verehrten Gattin von Herzen vollen Erfolg und alles Gute. Als äußeres Zeichen unserer Dankbarkeit und zur Erinnerung darf ich Ihnen dieses Bild im Auftrage des Gemeinderats überreichen.

Sehr geehrter Herr Stadtdirektor Asmuß!

Auch von Ihnen gilt es, Abschied zu nehmen, denn Sie folgen einer ehrenvollen Berufung als Haupt-Geschäftsführer des Städteverbandes Baden-Württemberg.

Als Sie vor mehr als 6 Jahren den Posten des Stadtdirektors übernahmen, brachten Sie ein großes Kapital mit. Ein Kapital an Wissen und Erfahrung auf kommunalpolitischem Gebiet, das reiche Zinsen für die Stadt Tübingen getragen hat. Sie sind gleichermaßen anerkannt als kenntnisreicher *Verwaltungsjurist* und als praktischer *Verwaltungsfachmann*. So eng war Ihre Zusammenarbeit mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Mülberger, daß ich gar vieles wiederholen könnte, was ich über seine Tätigkeit gesagt habe. Sie haben ja die Verwaltungs- und Bauaufgaben gemeinsam mit Herrn Oberbürgermeister durchberaten und ausgearbeitet. Eine idealere Zusammenarbeit als zwischen Ihnen und Herrn Oberbürgermeister und dem Gemeinderat kann man sich nicht denken.

Ihre besondere Aufgabe war die Leitung des inneren Betriebes und besonders die Abstimmung der Arbeit der einzelnen Ämter. Ihre technische Veranlagung kam Ihnen bei der Koordinierung der technischen Ämter besonders zustatten.

Die Arbeit des Gemeinderats haben Sie durch Ihre Gutachten über alle zur Verhandlung kommenden Dinge unterstützt und haben uns die Unterlagen für eine objektive Beurteilung der Dinge geliefert. Gegensätze auszugleichen war immer Ihr besonderes Geschick.

Bei dem großen Ruf, den Sie in Fachkreisen genießen, konnte es nicht ausbleiben, daß Sie verschiedene ehrenvolle Angebote von größeren Städten, darunter auch von Ihrer Vaterstadt Ulm erhielten. Wir danken es Ihnen, daß Sie zugunsten Tübingens diese Berufungen abgelehnt haben. In der Verfassung unseres neugebildeten Landes Baden-Württemberg ist der bisherige Bereich der Selbstverwaltung wesentlich erweitert worden. Dies bringt neue und große Aufgaben für die Gemeinden mit sich. Zudem stehen im Landtag eine ganze Reihe von wichtigen Verwaltungsgesetzen zur Beratung, die die kommunale Verwaltung in Baden-Württemberg auf Jahrzehnte hinaus bestimmen werden. Wenn der Städteverband Baden-Württemberg Sie in dieser entscheidenden Stunde zu seinem Haupt-Geschäftsführer beruft, so muß die Stadt Tübingen zurückstehen. Ist doch Ihnen, Herr Asmuß, die Aufgabe, die Städte auf diesem Gebiet zu beraten, auf den Leib zugeschnitten.

Im Namen des Gemeinderats spreche ich Ihnen unseren herzlichen Dank für Ihre so wertvolle Mitarbeit aus und möchte Ihnen hier dies Bild als Andenken überreichen.

Wir wünschen Ihnen auch fernerhin alles Gute und hoffen, daß Sie gerne an Tübingen auch bei Ihrer Arbeit beim Städteverband Baden-Württemberg zurückdenken werden.

Ansprache von Regierungspräsident Dr. Walser

Herr Ministerpräsident, Eure Magnifizenz, Herr Oberbürgermeister, Herr Stadtdirektor, meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere verehrte Mitglieder des Tübinger Gemeinderats!

Es ist für mich eine Ehre, heute mit Ihnen in dem alterwürdigen Tübinger Rathaus gemeinsam tagen zu können und damit meine Anteilnahme an den Geschicken dieser Stadt auch nach außen hin sichtbar zu bezeugen. Es war schon lange mein Wunsch, einmal mit Ihnen allen zusammenzukommen, und ich habe es sehr bedauert, daß es mir vor Jahresfrist, als Herr Oberbürgermeister Dr. Mülberger dem Gemeinderat seinen Tätigkeitsbericht für 1953 erstattete, nicht vergönnt war, an der Sitzung teilzunehmen.

Dessen ungeachtet habe ich jedoch in den mehr als zwei Jahren, die ich nun hier in Tübingen tätig bin, sehr oft Gelegenheit gehabt, mich näher mit den Ereignissen des städtischen Lebens, mit den Hoffnungen der Bürgerschaft und den Sorgen des Gemeinderats zu befassen. Dabei denke ich keineswegs nur an die mannigfachen dienstlichen Beziehungen, in denen Tübingen als unmittelbare Kreisstadt zum Regierungspräsidium steht – etwa an die Förderung des Wohnungsbaus und der gewerblichen Wirtschaft, an die Fragen des Bau- und Wasserrechts, des Verkehrs, des Gesundheitswesens – um nur ein paar der wichtigsten zu nennen. Nein, es war mir weit darüber hinaus immer darum zu tun, Einblick in die gestaltenden Pläne und Vorhaben der Stadt überhaupt zu gewinnen und gemeinsam mit Ihnen an der Lösung der Probleme mitzuarbeiten, die sich aus der Nachkriegssituation, dem Wachstum des Gemeinwesens, aus den vielgestaltigen Bedürfnissen der Universität, ihrer Institute und Kliniken, aus dem gesamten kulturellen Streben dieses so ganz besonders geprägten Stadtwesens ergeben. Ich denke an die Beziehungen Tübingens zur Landeshauptstadt und ihren vielen zentralen Behörden und Einrichtungen, aber auch an die vielen, zuweilen schwierigen Fragen, die mit der Besatzungsmacht zu regeln sind.

Für alle diese Anliegen waren Sie, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, stets ein beredter Anwalt und Fürsprecher. Mit Freude habe ich schon bei meiner Amtsübernahme hier wahrnehmen dürfen, wie Sie sich weitgehend mit Planungen auf lange Sicht vertraut gemacht und die zur Ausführung herangereiften Projekte tatkräftig durchgesetzt haben, unterstützt und getragen allseits von der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat. Wir haben wohl alle in diesem Saale das Gefühl, daß hier und heute ein bedeutsamer, ja ein schicksalhafter Abschnitt in der Entwicklung dieser, unserer Stadt zu Ende geht. Die 6 Jahre Ihrer Amtstätigkeit, die vorhin ausführlich von meinem Herrn Vorredner gewürdigt wurden, brachten nahezu auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vor allem für die Selbstverwaltung des städtischen Gemeinwesens, grundlegend neue und schwere Aufgaben, sie forderten neue Erkenntnisse und Methoden, eine klare Einsicht in das vollkom-

men veränderte soziale Gefüge, eine entschlossene und doch elastische Führung der Geschäfte und die ständige Auseinandersetzung mit den örtlichen Meinungen, Strömungen und Kräften in demokratischem Sinne.

Dieses weitausgreifende Programm haben Sie, Herr Oberbürgermeister, mit sicherer und zugleich behutsamer Hand gesteuert und in vielen Richtungen zu einem guten Ende geführt. Wiederholt war ich Zeuge, wie Sie die Interessen der Stadt den Dienststellen des Bundes und des Landes gegenüber mit Geschick, Takt und Überzeugungskraft vertreten haben. Auch für das Regierungspräsidium waren Sie allzeit ein sachlich wohlinformierter, lebendiger und loyaler Gesprächspartner, dessen Anregungen wir gerne gefolgt sind. Ich meine damit nicht nur den Bereich der sogenannten übertragenen Staatsaufgaben, sondern das weite Gebiet der Selbstverwaltung, auf dem wir mit Ihnen zusammen raten und taten durften.

So möchte ich Ihnen, sehr verehrter Herr Dr. Mülberger, in dieser Stunde, da wir Sie mit Bedauern aus Ihrem Amtsbereich scheidend sehen, namens der staatlichen Behörden, insbesondere des Innenministeriums und des Regierungspräsidiums, aufrichtigen Dank und volle Anerkennung für Ihre Leistungen aussprechen. Die Stadt ist in ihrer heutigen Gestalt voll von Zeugnissen Ihrer Initiative. Sie dürfen das Bewußtsein mitnehmen, Bleibendes und Wertvolles geschaffen zu haben. Ihr Werk wird auch in der hiesigen Bürgerschaft unvergessen fortleben. Meine herzlichen Wünsche gelten Ihrem persönlichen Wohlergehen und einer Ihren Gaben, Kräften und Vorstellungen entsprechenden künftigen Wirksamkeit.

Sehr geehrter Herr Stadtdirektor!

Die Schatten, die über dem Ausklang dieses Jahres und der gegenwärtigen Abschiedsstunde lagern, werden verdichtet durch die Tatsache, daß Sie zugleich mit dem bisherigen Stadtoberhaupt aus dem Dienste der Stadt Tübingen scheidend. Es war ein gerütteltes Maß schwieriger, nicht immer dankbarer Arbeit, das Ihnen seit dem Herbst 1948 hier im Rathaus aufgebürdet war. Zu den vielen juristischen und Verwaltungsfragen, die Sie stets mit gleicher Fachkunde und Gerechtigkeit bearbeitet haben, kamen die persönlichen Anliegen der Einwohner von Tübingen, kamen ungezählte Einzelfälle im Wohnungs- und Siedlungswesen, im Hoch- und Tiefbau, in der Fürsorge und im Verkehr, in kulturellen Angelegenheiten. Meine Mitarbeiter und ich selbst haben von Ihnen stets sehr sorgfältige und wohl begründete Berichte und Darlegungen empfangen, die uns den Verkehr mit der Stadt aufs angenehmste erleichtert haben.

Auch Ihnen darf ich darum in dieser Stunde herzlich danken, ihrer geleisteten Arbeit die ihr gebührende aufrichtige Anerkennung zollen und Ihnen für Ihr neues, weites und schönes Arbeitsgebiet die besten Wünsche mitgeben.

Der Stadt Tübingen aber und ihren gewählten Vertretern hier im Gemeinderat wünsche ich, daß die Früchte der Arbeit, die von ihnen beiden scheidenden ersten Be-

amten geleistet worden ist, sich auch für die Zukunft der Stadt segensreich auswirken mögen.

Daß das Gute der Aera, die nun heute endet, sich auch als fester Kern in den kommenden Zeiten bewähren möge, das ist mein Neujahrswunsch für Sie alle!

Ansprache

Sr. Magnifizenz, des Herrn Rektors der Universität Tübingen Prof. Dr. Arnold

Herr Ministerpräsident, Herr Regierungspräsident, Herr Oberbürgermeister, Hoher Rat dieser Stadt, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In diesem Augenblick, da Sie, hochverehrter Herr Oberbürgermeister und Ihr Mitarbeiter, Herr Stadtdirektor Asmuß, das verantwortungsvolle Amt, das Sie sechs schwere Jahre hindurch an die Spitze dieser unserer Stadt gestellt hat, niederlegen, kann und darf ein Wort von seiten der Universität nicht fehlen. Es soll ein Wort aufrichtigen Dankes, hoher Anerkennung und treuer Verbundenheit sein.

Sie haben, Herr Oberbürgermeister, in den schweren Jahren Ihrer Amtstätigkeit nicht nur immer ein einwandfreies gutes Verhältnis zur Universität unterhalten, sondern auch deren Belange in einer Weise gefördert, die stets bis zu der äußersten Grenze des eben noch Möglichen ging.

Aus der Erkenntnis heraus, daß der Ruf und die Bedeutung Tübingens seit Jahrhunderten und auch in der Gegenwart in erster Linie von seiner weltberühmten Universität abhängt, haben Sie deren Interessen stets zugleich als solche auch der Stadt Tübingen zu würdigen gewußt.

Es ist bei der hier gebotenen Kürze nicht möglich zu schildern, wieviele fast tägliche Förderungen zumal in Ihren ersten Amtsjahren der Universität im ganzen oder einzelnen ihrer Institute und ihrer Angehörigen zustatten gekommen sind. Nur auf folgendes sei hier kurz hingewiesen:

In der Zeit ernstester Wohnungsnot haben Sie das Äußerste getan, um für neuberufene bedeutende Professoren Wohnungen zu beschaffen. In einer Reihe von Fällen hat Tübingen die Konkurrenz mit anderen Hochschulen um eine wichtige Berufung dadurch bestanden, daß durch Ihre Hilfe eine Wohnung verfügbar wurde. Aber auch den übrigen Universitätsangehörigen kam Ihre Wohnungspolitik sehr zugute; nicht zuletzt gilt dies für die immer mehr anwachsende Zahl unserer Studierenden.

Daß das Allianz-Studentenwohnheim zustande kam, verdankt die Universität Ihrer ganz persönlichen Initiative und den Beziehungen, die Sie, Herr Oberbürgermeister, zu den leitenden Persönlichkeiten der Allianz-Lebensversicherungs-AG. hatten und haben. Dieses Studentenheim ist das erste, das die Allianz überhaupt gebaut hat und das sie in Tübingen gebaut hat. Welch starkem Bedürfnis es abgeholfen hat, ist allgemein bekannt. Die Universität hatte für dieses Haus keinen Pfennig aus eigenen Mitteln aufzuwenden, wie mir der damalige Rektor, Prof. Dr. Erbe, ausdrücklich versicherte.

Dank Ihrer Initiative, Herr Oberbürgermeister, hat die Stadt Tübingen auch einen erheblichen Beitrag zu dem jetzt im Bau befindlichen Studentenheim gegenüber der Neuen Aula aufgebracht.

Abermals auf eigene Initiative des Oberbürgermeisters hat die Stadt Tübingen der Universität in ihrem nicht gefeierten Jubiläumswort 1952 einen namhaften Geldbetrag zukommen lassen.

Diese Spenden waren für eine Stadt wie Tübingen, die ja kein erhebliches Gewerbesteueraufkommen hat, ein wirkliches Opfer. Bei der Umstellung der Universitäts-Institute auf Wechselstrom mußten die Stadtwerke zu Lasten der Stadt einen Betrag von rund 20 000 DM selbst tragen, der an sich der Universität zur Last gefallen wäre. Es ist in erster Linie dem mäßigenden Widerstand des Oberbürgermeisters zu verdanken, daß dieses damals gelingen konnte.

In vielen anderen Fällen bringt die Stadt Tübingen seit langem erhebliche Opfer für die Universität, z. B. durch Tragung der Schwemmkanalisationkosten für die Kliniken und Institute, durch Bereitstellung von Grundstücken für Bauten, durch Anlegung von Straßen, die in anderen Universitätsstädten in gleicher Weise nicht üblich sind. Sie haben, Herr Oberbürgermeister, daran nicht nur selbst nicht gerührt, sondern auch alle Versuche abgewehrt, die eine durchaus mögliche Änderung zum Wohle der Stadt selbst herbeiführen wollten. Ein weniger universitätsfreundlicher Oberbürgermeister hätte in der Not, die Krieg und Nachkriegszeit ausgelöst haben, höchstwahrscheinlich anders gehandelt.

Um solches Tun zu rechtfertigen, hatten Sie, Herr Oberbürgermeister, begreiflicherweise oft nicht leichte Auseinandersetzungen mit Ihrer Verwaltung und mit der Bürgerschaft zu bestehen. Es ist nicht mit Zahlen meßbar, wie oft Sie Ihren persönlichen Einfluß und Ihre letzte Entscheidung einsetzen mußten, um schwierige Verwaltungsfragen zu einem für die Universität günstigen Ende zu führen. Die Gesamtleistung war jedenfalls auch für einen Oberbürgermeister einer Universitätsstadt ungewöhnlich und wird sich so leicht nicht wiederholen lassen. In der vorstehenden Aufzählung sind nur die wichtigsten Punkte der unmittelbaren Hilfeleistung für die Universität genannt. Es gibt auch zahlreiche mittelbare Förderungsakte, besonders die für unsere Studenten: ich erinnere an die Aufrufe an die Bevölkerung zugunsten der Studenten, z. B. in den Tagen kurz nach der Währungsumstellung oder anlässlich der Abhaltung von Ferienkursen für ausländische Germanisten, nicht zuletzt auch etwa an die Errichtung des Freibads, die ganz Ihrer Initiative und Tatkraft, Herr Dr. Mülberger, gehört. Auch wenn es galt, Belange der Universität vor Staat und Regierung nachdrücklich zu vertreten, hat die Universität bei Ihnen nie eine Fehltritte um Unterstützung getan.

Für all das schuldet die Universität Tübingen Ihnen, Herr Oberbürgermeister, wärmsten Dank und hohe Anerkennung. Es ist mir eine Freude und eine Ehre, Ihnen

diesen Dank in dieser Stunde öffentlich auszusprechen. Als kleines Zeichen unserer Dankbarkeit erlaube ich mir, Ihnen eine bescheidene Gabe, das große Siegel der Universität und ein literarisches Werk zu überreichen, an dem einige ihrer Mitarbeiter aus dem Lehrkörper der Eberhard-Karls-Universität mitgearbeitet haben.

Die Universität hofft, auch in der Zukunft in ehrenvoller Weise mit Ihnen und Ihrer edlen Frau Gemahlin und Ihrer Familie verbunden zu bleiben.

Die besten Wünsche von Rektor und Senat der Eberhard-Karls-Universität begleiten Sie, Herr Dr. Mülberger und Ihre Familie, und ebenso Sie, Herr Stadtdirektor Asmuß, auf allen Ihren künftigen Wegen. Wir wünschen Ihnen den Segen Gottes für alle Zukunft!

Dankrede von Oberbürgermeister Dr. Mülberger

Herr Ministerpräsident,
Herr Regierungspräsident,
Eure Magnifizenz,
Meine verehrten Damen und Herren!

Nach der offiziellen Begrüßung durch unseren 1. Beigeordneten Otto Erbe werden Sie mir verzeihen, wenn ich eingangs meiner Abschiedsworte nicht nochmals jeden einzelnen namentlich apostrophiere. Es ist für mich eine hohe Ehre, wenn Sie der Einladung des Gemeinderats zu meiner Verabschiedung so zahlreich gefolgt sind und an dieser öffentlichen Sitzung des Gemeinderats auch Presse, Funk und zahlreiche Bürger unserer Stadt teilnehmen.

Meine sehr verehrten Herrn Vorredner! Sie haben meine Person und mein Wirken in den vergangenen 6 Jahren in so vielfältiger und anerkennender Weise gewürdigt, daß ich mich dadurch zutiefst betroffen fühle. Auch die mir zuteil gewordenen Ehrungen und wertvollen Geschenke heute und in den Tagen zuvor, zeigen mir, in welchem hohem Maße mein Bemühen – zum Wohl der Stadt und des Kreises Tübingen zu wirken – von Ihnen Anerkennung fand. Dies bedeutet für mich im Hinblick auf das negative Wahlergebnis eine nachträglich große Befriedigung und Genugtuung. Dabei ist es nicht meine Absicht, eine Analyse der Oberbürgermeisterwahl vom 24. Oktober 1954 vorzunehmen. Die Lokalpresse hat ja nach der Wahl in ausgiebiger Weise die Wählerschaft zu Worten kommen lassen und ihren Lesern Gelegenheit gegeben, sich über die vielseitig politische und soziologische Prägung der Tübinger Wählerschaft ihr eigenes Urteil zu bilden. Ich will mich deshalb in meinen Abschiedsworten darauf beschränken, nochmals in kurzen Strichen meine Auffassung, mein Bekenntnis zur städt. Gemeindepolitik der letzten 6 Jahre darzulegen.

Meine verehrten Damen und Herren! Der Beruf des Oberbürgermeisters, in den ich nach Rückkehr aus mehrjähriger Kriegsgefangenschaft durch die Wahl der Tübinger Bürgerschaft im Jahre 1949 gelangte, wurde mir zu einer inneren Berufung und zum Schicksal. Die Richt-

linien meines persönlichen Handelns waren, wie stets in meiner beruflichen Tätigkeit, Gerechtigkeit und Sauberkeit in der Amtsführung, Pflichttreue und Tatkraft, sowie ein unbedingtes Vertrauensverhältnis zwischen Gemeinderat, Mitarbeitern und mir selbst. Im Bewußtsein der großen übernommenen Verantwortung haben mich diese Aufgaben in den letzten Jahren geformt und mich weiter reifen lassen. Die selbstgewählte Aufgabe hat mir immer Freude gemacht und auch selbst, oder gerade weil oftmals Schwierigkeiten zu überwinden waren, große Befriedigung geschenkt. So ist doch das Amt eines Bürgermeisters eng verflochten mit der Vielseitigkeit unseres menschlichen Lebens – ich möchte sagen von der Wiege bis zur Bahre – in der Vielgestaltigkeit gemeindlicher und staatlicher Verwaltung. Das Amt bedingte das tägliche Stellungnehmen zu dem Schicksal der anvertrauten Bürgerschaft, vor allem unserer vom Kriege hart betroffenen Mitbürgern, der Heimatvertriebenen sowie die Stellen des öffentlichen Lebens und der franz. Besatzung. Daneben war uns als Universitätsstadt ein besonderer Auftrag gestellt. Haben sich doch am Kriegsende an der Universität und bei den Max-Planck-Instituten eine Anzahl hervorragender Gelehrter und Wissenschaftler versammelt, die einen unerwarteten Zustrom von fast 5000 Studenten in die Hörsäle unserer Alma Mater auslösten. Das bedeutete auch für unsere Stadt einen Aufruf, ohne besonderen staatlichen Auftrag, alles daran zu setzen, um den Aufbau von Forschung und Lehre zu fördern. Wir waren bemüht, dies mit allen Kräften zu tun. Wir unterstützten den Bau der Max-Planck-Institute, wir trugen bei zur Erstellung neuer Studentenheime, durch die Bereitstellung von Wohnungen für Universitätsangehörige und anderer Institute, und durch die Erschließung neuen Baugeländes für Land und Bund. Wir stellten die Versorgung von Strom, Gas und Wasser auf neuzeitliche Verhältnisse um und wirkten persönlich mit tatkräftig im Studentenwerk und anderen sozialen Einrichtungen der Universität. Neben diesen großen Verpflichtungen gegenüber der Universität waren wir uns aber auch der Aufgabe bewußt, die andere kulturelle Einrichtungen an uns stellten. Es erscheint heute eine Selbstverständlichkeit, daß wir 2, 3mal in der Woche in Tübingen ins Theater gehen. Aber wie wenige von unserer Bürgerschaft machen sich klar, welch schwierige Bemühungen und Verhandlungen es bedurfte, in unserer Stadt diese Landesbühne zu erhalten, intensives Bemühen war bei dem Ausbau und der Verbesserung unseres Schulwesens aller Kategorien notwendig. Tübingen nimmt als anerkannte Schulstadt, vor allem auf dem Gebiete der höheren Schulen, eine besondere Stelle ein, denn 40 Prozent aller Schüler besuchen hier eines der 3 Gymnasien oder die Mittelschule. Ein Prozentsatz, wie er anderweitig wohl kaum erreicht wird. In großzügiger Planung wurden in wenigen Jahren 2 neue Schulgebäude – die Mörikeschule und die Gewerbeschule – errichtet. Die Freie Waldorfschule wurde finanziell gefördert. Die von der Inanspruchnahme frei gewordene Frauenarbeitsschule wurde wieder in-

standgesetzt. Die Wildermuthschule steht Dank eines endlich erreichten Neubaus für die franz. Schulkinder vor der Rückgabe an die städt. Schulverwaltung. Daneben geht eine nach neuzeitlichen Erkenntnissen errichtete Doppelturnhalle in der Weststadt ihrer Fertigstellung entgegen, die auch den Turn- und Sportvereinen unserer Stadt zur Pflege der Leibesübungen dienen wird. Ein nötiger Erweiterungsbau des Kepler-Gymnasiums wird im Jahre 1955 in Angriff genommen. Auch die zahlreichen Volksschulgebäude, um den Neubau der 18klassigen Mörikeschule vermehrt, sind einer gründlichen Instandsetzung unterzogen und ihre Einrichtung verbessert worden. Außerdem wurde im Zeichen der Schulfreundlichkeit unseres Gemeinderats als neue Schulgattung die Mittelschule und die Höhere Handelsschule eingerichtet. Bei dieser Gelegenheit spreche ich allen staatlichen Stellen und Schulleitern für die gute Zusammenarbeit meinen aufrichtigen Dank aus. Desgleichen danke ich dem Oberschulamt für die willkommene Möglichkeit, bei der Berufung und Besetzung von Rektorenstellen mitsprechen zu dürfen. Ich bin überzeugt, daß die Aufgaben auf kulturellem Gebiet für unsere Stadt in der Zukunft keine geringen sein werden. Ausstellungshalle, Theater, Konzertwesen, Musiktage, der Bau der Medizinischen Klinik und des Krankenhauses für Berufsunfallverletzte sowie die Erweiterung der wissenschaftlichen Institute werden in den nächsten Jahren viel verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Gemeinderat und diesen Bauträgern erfordern. Auch sind zusätzliche städtische Schulgebäude in anderen Stadtteilen nötig, um unserer Schuljugend die Möglichkeit zur besten Ausbildung für's Leben zu geben. Nicht nur in der Verbesserung und Verfeinerung neuzeitlicher Lehr- und Arbeitsmethoden, sondern auf allen Gebieten liegt die Zukunft unseres Volkes und darin Auftrag an einen aufgeschlossenen Gemeinderat. Möge dies auch bei der Inbetriebnahme der neuen Gewerbeschule von der Bevölkerung richtig erkannt werden.

Meine verehrten Damen und Herren! Neben der Kulturpflege erforderten auch die sozialen Verhältnisse unserer Bevölkerung viel Aufgeschlossenheit und warme Anteilnahme. Bau und tatkräftige Förderung von städt. und konfessionellen Kindergärten und Altersheimen ist dafür Beweis. Fast 10 Mill. DM sind in den stets von mir persönlich geleiteten Sitzungen der Sozialabteilung in den letzten 6 Jahren sowie durch das Tübinger Hilfswerk und das Lastenausgleichsamt unter Mitwirkung caritativer Verbände und der Gewerkschaften an bedürftige Menschen unserer Stadt geleistet worden. Tausende neu hinzugekommene Umsiedler und Flüchtlinge waren daran beteiligt. Vieles ist getan, vieles bleibt aber noch zu tun übrig. Der Lebenswille unserer Kirchen und Religionsgemeinschaften, die auch wir tatkräftig und vielfältig gefördert haben, kommt durch mehrere neue Kirchenbauten im Stadtbereich zum sinnfälligen Ausdruck. Sozialer Wohnungsbau, Flüchtlingssiedlungen, neue Friedhofanlagen und liebevolle Betreuung jedes ein-

zelnen in Not geratenen oder auch in Gefangenschaft wartenden Mitbürgers war unserer sozialen Arbeit das richtungweisende Axiom. So glaube ich, trotz mancher Kritik, mit meiner sozialen Haltung vor dem gerechten Urteil meiner Mitbürger und meinem eigenen Gewissen bestehen zu können. Die in vollem Gang befindlichen Landtagsdebatten über die Neugestaltung unseres Bundeslandes Baden-Württemberg haben gerade für uns Tübinger besonderes Interesse. Ohne auf die längere Vorgeschichte einzugehen, ist bekannt, daß unser gegenwärtiges Bemühen auf die Erhaltung des Regierungspräsidiums und des Oberschulamts gerichtet ist. Wir haben nach dem Zusammenbruch in schweren Zeiten der Regierung des Landes Württemberg-Hohenzollern vielfältige Hilfe bieten können. Wir erhoffen uns heute die Erfüllung dieser unserer Bitte. Dies ist, hochverehrter Herr Ministerpräsident, mein Anliegen als scheidender Stadtvorstand. Als Sprecher der Gemeinden möchte ich in Dankbarkeit der Aufgeschlossenheit unserer Landesregierung gedenken, die durch die Sicherstellung einer weitgehenden Selbstverwaltung der Kommunen in der Verfassung unseres Landes bekundet und durch einen gerechten Finanzausgleich unserer gemeindlichen Finanzwirtschaft bewiesen ist. Dabei seien Sie, lieber Herr Asmuß, Ihrer großen Verdienste nicht vergessen, da sie durch Abfassung von Anträgen und Denkschriften gerade dieser unserer besonderer Anliegen in so klar formulierter, überzeugender Weise Ausdruck verliehen haben. Es wurde so viel über Ihre Verdienste, lieber Herr Asmuß, heute gesprochen. Sie wissen, daß ich bei anderer Gelegenheit Ihnen dafür auch meinen herzlichen Dank als Kamerad und Freund zum Ausdruck gebracht habe. Ich will es heute noch einmal in Öffentlichkeit bekunden und Ihnen von Herzen Dank sagen für alles das, was wir gemeinsam hier für die geliebte Stadt Tübingen haben leisten dürfen. Ein Wort noch zur Finanzwirtschaft der Stadt Tübingen. Ich glaube, der hinterlassene geldliche Status unserer Stadt kann sich sehen lassen. Statt vieler Ausführungen möchte ich Ihnen aus einem Schreiben der Württ. Prüfungsanstalt aus den letzten Tagen folgende Sätze verlesen. Es schreibt der Präsident: „Es ist mir ein Bedürfnis auszusprechen, daß die Stadt Tübingen damit einen einzigartigen Fortschritt der Geschäftslage erarbeitete und ein überzeugendes Beispiel dafür bietet, daß bei verständnisvoller und tatkräftiger Verwaltung des Haushalts- und Rechnungswesens Jahresabschlüsse fristgerecht fertiggestellt werden können. Der Geschäftsstand der städt. Finanzverwaltung ist um so bemerkenswerter, als die Universitätsstadt Tübingen neben den allgemeinen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit noch die besonders umfangreichen schwierigen Aufgaben einer Besatzungsstadt zu bewältigen hatte und dabei geordnete und gesunde Finanzen aufweist, das nur durch überlegte und gewissenhafte Führung der Gesamtverwaltung und insbesondere der Haushalts- und Vermögenswirtschaft zu erreichen war.“

Ich glaube, diese Worte können und dürfen mit Recht

als Beweis einer gesunden Finanzpolitik unserer Stadt heute Erwähnung finden. Dabei war es in den letzten Jahren nicht immer leicht, die wirtschaftliche Entwicklung jeweils richtig abzuschätzen. Wo das Berechenbare aufhörte, mußte etwas anderes eintreten, was nicht mehr rein intellektuell, sondern vor allem von der Fantasie des Verantwortlichen abhängig war – ich meine Wagemut und Optimismus. – Ich habe mit meinem Optimismus glücklicherweise alle die Jahre Recht behalten, und ich bin froh, daß bis heute alles so gut verlaufen ist.

Meine verehrten Damen und Herren! Wie entscheidend hat sich in den 6 Jahren meiner Amtstätigkeit auch das Verhältnis zu unserem Nachbarvolk Frankreich gestaltet. Gerade in diesen Tagen und dieser Stunde finden im franz. Parlament die Beratungen über Verträge statt, welche das Schicksal unserer beiden Völker für die Zukunft hoffentlich neugestalten werden. Aus tiefster Überzeugung habe ich nie gezögert, mich mit meiner ganzen Person für die europäische Idee einzusetzen oder mich auch in häufigen Gesprächen mit den Angehörigen der franz. Gemeindeverwaltung oder der franz. Besatzung, um die Beseitigung jahrzehntelanger Vorurteile zu bemühen. Möge der Ernst der gegenwärtigen Weltsituation alle unsere Mitbürger davon überzeugen, daß nur auf der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich der Friede Europas gesichert werden kann. Ich komme zum Ende. Es bleibt mir noch, auch im Namen meines engsten Mitarbeiters – Herrn Gustav Asmuß –, Ihnen allen für die jahrelange ersprießliche Zusammenarbeit und Förderung auf das Allerherzlichste zu danken. Dieser Dank geht gleichermaßen an den Gemeinderat und die zahlreichen städt. Bediensteten. Das Werk der letzten 6 Jahre konnte nur in Gemeinschaft aller Mitarbeiter, aller Bürger und vor allem aller unserer Steuerzahler geschaffen werden. Herr Stadtdirektor Asmuß hat bereits eine ehrenvolle Berufung als geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Badisch-Württembergischen Städteverbandes angenommen. Mein weiterer Lebensweg ist noch unbestimmt. Ich hatte mich bei meinem Amt als Stadtvorstand von Tübingen so sehr eingesetzt und andere zwischenzeitlich ergangene ehrenvolle Berufungen ausgeschlagen. So stelle ich am Ende meiner Laufbahn als Kommunal-Politiker fest, daß die positiven Werte, die ich nach meiner Überzeugung in den vergangenen 6 Jahren geschaffen habe, mir ein Defizit nach der anderen Seite erbracht haben. Es gehört – wie unser hoch verehrter Herr Philosoph Eduard Spranger einmal ausgedrückt hat – zu den schweren Lebenskrisen, wenn man inne wird, daß man zu viel von der eigenen Existenz an fremdes Dasein geheftet hat. Ein solches Erwachen geschieht nie, ohne daß der Glaube an den Menschen tief erschüttert wird. Möge mir eine gütige Fügung bald wieder Gelegenheit geben, aus dieser Lebenskrise herauszukommen. Meine lieben Mitbürger, wenn jemand in den Jahren meiner Amtszeit nicht zu seinem Recht gekommen sein sollte, vielleicht aus Überarbeitung – sicherlich aber

nicht aus bösem Willen –, so bitte ich ihn heute um Verzeihung.

Ihnen allen aber, meine verehrten Damen und Herren und Ihnen meine Gemeinderäte und lieben Mitarbeiter, nochmals aufrichtigen Dank für Ihre Teilnahme und Ihre Wünsche für meine weitere Zukunft.

Dankrede von Stadtdirektor Asmuß

Herr Ministerpräsident, Herr Regierungspräsident, Eure Magnifizenz, meine Damen und Herren, vor allem meine Dame und meine Herren vom Gemeinderat!

Mein erstes Anliegen bei der heutigen Abschiedsfeier ist es, daß ich mich der Reihe der Herren anschließe, die Ihnen, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, zu Ihrem Abschied Worte des Dankes und der Anerkennung gewidmet haben. Als Ihr nächster Mitarbeiter bin ich Ihnen in den vergangenen sechs Jahren nicht nur in der beruflichen Arbeit, sondern auch persönlich nahe gestanden. Ich möchte Ihnen auch in dieser öffentlichen Abschiedsfeier noch einmal von Herzen danken für das großzügige Vertrauen, das Sie mir in meiner Arbeit entgegengebracht haben, und für die stets gleichbleibende Freundlichkeit, mit der Sie mir begegnet sind. Ich möchte die starke Initiative hervorheben, mit der Sie jeweils an die Aufgaben der Stadtverwaltung herangetreten sind. Sie haben damit eine große Reihe von wesentlichen Erfolgen erzielt, an deren Erreichbarkeit zuvor gerade derjenige zweifeln konnte, der sich aus unmittelbarer Kenntnis der Dinge der entgegenstehenden Schwierigkeiten voll bewußt war.

Wenn Sie, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, nun aus Ihrem Amt ausscheiden, so dürfen Sie sich dessen bewußt sein, daß Sie Ihre gewiß nicht leichte Aufgabe wahrhaftig gemeistert haben.

In dieser Stunde habe nun auch ich mich vom Gemeinderat und von der Stadtverwaltung, von der Aufsichtsbehörde und nicht zuletzt auch von der Bürgerschaft dieser Stadt zu verabschieden. Der *Entschluß, aus meinem Amt als Stadtdirektor auszuscheiden*, ist mir, wie Sie wissen, schwer gefallen; denn ich lasse damit ein wesentliches Stück meines Lebens und meiner Arbeit zurück. In dieser Stunde blicke ich auf die sechs Jahre zurück, in denen ich hier als Stadtdirektor gewirkt habe, angefangen von jenen Oktobertagen des Jahres 1948, als ich nach den Sorgen und Nöten des Zusammenbruchs, einer mehrjährigen Kriegsgefangenschaft und der Währungsreform glücklich war, hier in Tübingen wieder eine Arbeit im kommunalen Bereich gefunden zu haben. Ich hatte geglaubt, damit die letzte Station meiner Beamtenlaufbahn erreicht zu haben, und ich habe mich deshalb ja auch in den folgenden Jahren hier in Tübingen ansässig gemacht. In diesen sechs Jahren habe ich an der Entwicklung der Stadt auf den verschiedensten Gebieten mehr oder weniger intensiv teilgenommen. Diese Entwicklung unserer Stadt und die damit verbundenen vielseitigen Aufgaben sind Ihnen bekannt. Sie sind auch in

der heutigen Abschiedsfeier zum Ausdruck gekommen. Ich habe *gerne in Tübingen gearbeitet*; denn ich habe es als beglückend empfunden, in einer solchen Stadt tätig zu sein, die groß genug ist, um Arbeiten bedeutenden Ausmaßes in Angriff nehmen zu können, und die auf der anderen Seite doch so übersehbar ist, daß man als leitender Verwaltungsbeamter bei sehr vielem, was sich in einer solchen Stadt sichtbar entwickelt, das Bewußtsein haben kann, es stecke in diesem Aufbau ein Stück eigener Mitarbeit darin.

Ich danke in dieser Stunde für die freundlichen und anerkennenden Worte, die mir heute abend gewidmet worden sind von Ihnen, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, von dem Regierungspräsidenten, Herrn Beigeordneten Erbe und Frauendiener, von den Vertretern der Beamtenschaft, der Angestelltenschaft, der Arbeiterschaft und der Schulen unserer Stadt und auch für die Worte der Verbundenheit, die Sie mir, Eure Magnifizenz, gewidmet haben. Ich bin glücklich darüber, wenn ich einigermaßen die Erwartungen habe erfüllen können, die Sie in meine Mitarbeit gesetzt haben.

Ich selbst weiß nur zu gut, daß ich eine Reihe von Aufgaben noch ungelöst an irgendeinem Stadium der Vorbereitung zurücklassen mußte, weil die Zeit und die Arbeitskraft weder bei mir noch bei meinen Mitarbeitern ausgereicht hat, sie einer Lösung zuzuführen.

In der Amtsvorstandsbesprechung vom 21. Dezember habe ich bereits den Amtsvorständen sowie den sonstigen *Beamten, den Angestellten und Arbeitern* der Stadtverwaltung meinen Dank für ihre kameradschaftliche Zusammenarbeit ausgesprochen, und ich darf diesen Dank hier wiederholen. Die Leistung einer Stadtverwaltung ist ja ausgesprochenermaßen – wie ja heute schon zum Ausdruck kam – eine Gemeinschaftsarbeit. Unsere Aufgaben sind derartig vielseitig und so außerordentlich kompliziert, daß nur der Sachverstand zahlreicher Fachleute der verschiedensten Sparten und ihr unermüdlicher Arbeitseifer zusammengefaßt den Erfolg erzielen können. Ich danke heute im besonderen auch dem *Gemeinderat* für das Entgegenkommen, das er mir für meine Person in diesen sechs Jahren gezeigt hat, und darüber hinaus für das Vertrauen, das er in diesen Jahren in meine Arbeit und meine Ratschläge gesetzt hat. Ich habe gerade hier in Tübingen feststellen können, welch überaus wertvolle Arbeit der Gemeinderat dadurch leistet, daß er sich – auf Grund persönlicher Sachkunde und Erfahrung und auf Grund seiner engen Verbundenheit mit allen Schichten der Bevölkerung – kritisch mit den Vorschlägen der Verwaltung auseinandersetzt und durch seine Beschlußfassung die Verantwortung gegenüber der Bürgerschaft übernimmt.

Auch aus Kreisen der *Bevölkerung* habe ich in den vergangenen Wochen anlässlich meines Ausscheidens viele freundliche und anerkennende Worte gehört und dafür möchte ich auch an dieser Stelle von Herzen danken.

Am 1. Dezember 1954 habe ich mein neues Amt als *Hauptgeschäftsführer des Städteverbandes Baden-Würt-*

temberg in Stuttgart angetreten. Wenn ich den Gemeinderat gebeten habe, mich so rasch ausscheiden zu lassen, noch ehe mein Nachfolger bestellt ist, so ist dies geschehen, weil ich vom Vorstand des Städteverbandes dringend aufgefordert wurde, die neue Arbeit sofort aufzunehmen, da die Geschäftsstelle des Städteverbandes beinahe verwaist war. Die Erfahrung des hinter mir liegenden Monats hat mir bestätigt, daß mein Eintritt dringlich war. Gerade in diesen Wochen läuft die Arbeit des Landtages an den grundlegenden Gesetzen unseres Landes an, die für die Städte von entscheidender Bedeutung sind, an der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung und am Landesverwaltungsgesetz. Zu diesen Materien muß natürlich der Städteverband durch seine Organe und seine Geschäftsstelle ausführlich Stellung nehmen.

Schon in diesen wenigen Wochen konnte ich auch feststellen, daß meine *bisherige Arbeit* in der Stadtverwaltung Tübingen mir *für meine neue Aufgabe im Städteverband von großer Wichtigkeit* ist; denn neben meinen alten Erfahrungen aus der Stadtverwaltung Stuttgart habe ich als anschauliches Beispiel für die Bedeutung und Wirkung der gesetzgeberischen Maßnahmen nun immer den Vorgang der Stadt Tübingen vor Augen. Gerade hier in Tübingen bin ich durch intensive Zusammenarbeit mit sämtlichen städtischen Dienststellen in die Gesamtheit der kommunalen Probleme und weitgehend auch in die Einzelheiten der Rechtsvorschriften eingeführt worden.

Es ist mir eine Befriedigung und Beruhigung, daß ich *bei meiner neuen Arbeit in ständiger Verbindung mit*

der Universitätsstadt Tübingen bleibe. Alle paar Tage geht ein Rundschreiben des Städteverbandes auch an die Stadt Tübingen und immer wieder habe ich mich auch des Näheren mit Fragen oder mit Material der Stadt Tübingen zu beschäftigen.

Im übrigen bleibt meine Familie zunächst in Tübingen wohnen und ich will, auch wenn ich in absehbarer Zeit in Stuttgart eine Wohnung erhalte, mein Haus in Tübingen nicht veräußern, um in dieser schönen Stadt, die mir und meiner Familie so ans Herz gewachsen ist, ein Refugium zu behalten.

Wenn ich dem Gemeinderat dafür zu danken habe, daß er mich ohne Bitterkeit und ohne Groll in mein neues Amt ziehen läßt, so empfinde ich es besonders stark, daß der Gemeinderat mir zum Abschied auch noch ein wertvolles Gemälde des Tübinger Kunstmalers *Cammisar* zum *Geschenk* gemacht hat. Dieses Bild, das die liebliche Neckarlandschaft bei Tübingen darstellt, wird mir stets eine besonders schöne Erinnerung an Tübingen sein und mich immer wieder an meine hiesige Arbeit zurückdenken lassen.

Neben dem Ausdruck des Dankes verbleibt mir in dieser Stunde Ihnen, sehr verehrter Herr Regierungspräsident, Ihnen, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, und Ihnen, meine Dame und Herren vom Gemeinderat und von der Stadtverwaltung, alles Gute für Ihr persönliches Ergehen und für Ihre weitere Arbeit zu wünschen. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß unsere gute Universitätsstadt Tübingen auch in Zukunft eine weitere glückliche Entwicklung nehmen möge.

Übersicht über die Rahmenplanwerke des Stadtmessungsamts



Vorhanden sind: 1. Im Stadtkern Rahmenpläne im Maßstab 1:250, 1:500 und 1:1000. — 2. Für das Stadtrandgebiet und für die Stadtteile Lustnau und Derendingen Rahmenpläne im Maßstab 1:500. — 3. Für die Gesamtmarkung Flurkarten im Maßstab 1:2500, ferner Stadtpläne im Maßstab 1:5000 und 1:10000